

# Bevölkerungs- schutz



**Magazin für Zivil- und  
Katastrophenschutz**

**BVG-Urteil in Sachen  
Bevölkerungsschutz  
Blow-out-Spezialisten  
aus den neuen Ländern**







Der Bundesminister für Verkehr, Prof. Dr. Günther Krause, hat jetzt eine Informationsbroschüre herausgegeben, die dazu beitragen soll, einen Überblick über die Sicherheitsbestimmungen bei der Beförderung gefährlicher Güter zu geben.

Die Allgemeinheit hat einen Anspruch darauf, vor den Gefahren der technischen Entwicklung und den Risiken einer Industriegesellschaft soweit wie irgend möglich geschützt zu werden. Gefährliche Güter werden heute in unserer technisch ori-

entierten Gesellschaft vielfältig genutzt. Der weltweite Handel mit ihnen hat einen enormen Umfang erreicht und nimmt ständig zu. So wurden in der Bundesrepublik Deutschland bis zur Einigung nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes jährlich etwa 396 Millionen Tonnen Gefahrgüter befördert.

Beim Transport gefährlicher Güter hat die Sicherheit Vorrang. Es gilt, Unfälle zu verhindern. Die deutschen Gefahrgutvorschriften haben einen hohen Sicherheitsstandard und werden aufgrund neuer Erfahrungen und

Erkenntnisse in Wissenschaft und Technik sowie unter Berücksichtigung von Beschlüssen und Empfehlungen der Vereinten Nationen und anderer internationaler Gremien laufend überprüft und weiterentwickelt. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei der Verpackung, Kennzeichnung und Verladung der Gefahrgüter, der Ausbildung der Fahrzeugführer sowie dem Bau, der Ausrüstung und der Überprüfung der Fahrzeuge.

Trotz guter Vorschriften und Intensivierung der Schulung werden sich Unfälle mit gefährlichen Gütern wohl nicht vermeiden lassen – es bleibt ein Restrisiko. Für diese Fälle wurden von den Behörden der für die Schadensbekämpfung zuständigen Bundesländer sowie auch von der chemischen Industrie umfangreiche Vorsorgemaßnahmen getroffen.

An der Verbesserung aller vorhandener Systeme wird ständig gearbeitet. So wird beispielsweise derzeit bundesweit eine Gefahrgut-Schnell-Auskunft (GSA) aufgebaut. Die chemische Industrie stellt im Rahmen des „Transport-Unfall-Informationssystem“ (TUIS) ihr Wissen und ihre technische Ausrüstung auf Anforderung zur Verfügung.

Die Broschüre gibt zudem auch Auskunft über die Fragen:

- Was sind gefährliche Güter?
- Welche Gefahren können von gefährlichen Gütern ausgehen?
- Wie werden gefährliche Güter transportiert?
- Wie sind Gefahrguttransporte zu erkennen?
- Was ist bei der Beförderung und insbesondere beim Freiwerden gefährlicher Güter zu beachten?

Die Informationsschrift kann beim Bundesverkehrsministerium, Referat A13, Postfach 20 01 00, 5300 Bonn 2, angefordert werden.



**Anschrift der Redaktion:**  
Deutschherrenstraße 93-95, 5300 Bonn 2,  
Postfach 200161, Ruf (0228) 8401  
Telefax 840702

**Impressum:**  
Herausgegeben im Auftrag des  
Bundesministeriums des Innern vom  
Bundesverband für den Selbstschutz  
Deutschherrenstraße 93-95, 5300 Bonn 2,  
Postfach 200161, Ruf (0228) 8401

**Verlag:**  
Bundesverband für den Selbstschutz  
Das „Bevölkerungsschutz-Magazin“ erscheint  
monatlich;  
zweimal im Jahr als Doppelnummer

**Chefredakteur:**  
O. Ulrich Weidner

**Redaktion:**  
Rüdiger Holz, Sabine Matuszak,  
Günter Sers, Paul Claes

**Layout:**  
Paul Claes

**Druck,  
Herstellung und Vertrieb:**  
Druckhaus Neue Presse  
Postfach 2563  
8630 Coburg  
Tel. 09561/647-0, Telefax 647199

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis DM 2,80, Doppelnummer DM 5,60,  
Abonnement jährlich DM 33,60  
zzgl. Porto und Versandkosten.

Im Bezugspreis sind 7 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Abonnements werden am Beginn des Bezugszeitraums berechnet, Kündigungen müssen bis 6 Wochen vor Ablauf der Bezugszeit schriftlich vorliegen, sonst verlängert sich das Abonnement um den bisher vereinbarten Bezugszeitraum. Wenn nicht ausdrücklich ein kürzerer Bezugszeitraum gewünscht ist, gilt das Kalenderjahr als vereinbart. Erfüllungsort und Zahlungsort ist Bonn.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

<b>Umschau</b>	2
Aktuelles im Blickpunkt	
<b>Schutz der Bevölkerung ist Chefsache</b>	7
Haftung für Versäumnisse im Bevölkerungsschutz	
<b>Blow-out-Management</b>	11
Spezialisten für Gas- und Ölbrandbekämpfung	
<b>Investition in die Zukunft</b>	16
Nachwuchsausbildung bei der Berufsfeuerwehr Bonn	
<b>Gefahrgutunfall auf der A 61</b>	23
Über 130 Helfer im Einsatz	
<b>Die ersten „Jumbos“ sind schon da</b>	27
Beeindruckende Technik für die Münchner Flughafenfeuerwehr	
<b>Bundesverband für den Selbstschutz</b>	30
<b>Technisches Hilfswerk</b>	36
<b>Deutsches Rotes Kreuz</b>	40
<b>Arbeiter-Samariter-Bund</b>	43
<b>Johanniter-Unfall-Hilfe</b>	44
<b>Malteser-Hilfsdienst</b>	47
<b>Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft</b>	49
<b>Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/ -einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e.V.</b>	51
<b>Presseschau</b>	53
<b>Wissenschaft und Technik</b>	54
<b>Bücher</b>	55
<b>Minimagazin</b>	U 3





## FDP-Abgeordnete: Aufbau des Zivilschutzes vorrangig

Wie der Pressedienst der FDP-Bundestagsfraktion mitteilt, erklärte ihr Bundestagsabgeordneter Dr. Jürgen Schmieder zur ersten Lesung des Haushaltsentwurfs 1992 im Deutschen Bundestag:

„Der Ausbau des Zivil- und Katastrophenschutzes, insbesondere der erweiterte Katastrophenschutz, das Technische Hilfswerk und der Bundesverband für den Selbstschutz, muß nach Auflösung der früheren Zivilverteidigung in der ehemaligen DDR zügig vorangetrieben werden. In den neuen Bundesländern ist zur Zeit eine erhebliche Sicherheitslücke vorhanden. Angesichts des sprunghaft gestiegenen erheblichen Bedürfnisses nach Zivilschutz aufgrund des Beitritts bedarf es einer besonderen personellen und materiellen Ausstattung dieser Organisationen.“

Der Bund hat wegen seiner Zuständigkeit für den Zivilschutz nach Artikel 73, 1 Grundgesetz nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, den Schutz der Bürger in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen und Berlin sicherzustellen. Die Leistungen des Bundes beim Katastrophen- und Selbstschutz dürfen vom zuständigen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble in den neuen Bundesländern nicht nur auf planerische Maßnahmen beschränkt werden, während es gleichzeitig den Ländern und Gemeinden im Rahmen der Auftragsverwaltung überlassen bleibt, für den Schutz der Bevölkerung zu sorgen. Diese sind angesichts leerer Kassen nicht zu einer Finanzierung der not-

wendigen organisatorischen und baulichen Maßnahmen in der Lage.“

Wie es dort weiter heißt, äußerten sich die FDP-Bundestagsabgeordneten Dr. Burkhard Hirsch und Dr. Jürgen Schmieder nach der Anhörung zu den künftigen Strukturen im Zivilschutz wie folgt:

„Das vom Bundesinnenministerium vorgelegte Papier ‚Strukturen der zivilen Verteidigung‘ ist trotz einiger gravierender Widersprüche eine hinreichende Arbeitsgrundla-

### Landesregierung beschließt Gesetz- entwurf über Brandschutz

„Mit der Entscheidung des Kabinetts ist unser Land Mecklenburg-Vorpommern im Bereich des Brandschutzes ein erhebliches Stück vorgekommen. Wir haben damit nach zahllosen Diskussionen im Einklang mit den Betroffenen den Grundstein für ein hochmodernes Feuerwehrwesen gelegt, das beherrscht wird von Eigenverantwortung, Freiwilligkeit, dem Willen zu Kameradschaft und Gemeinschaft sowie von einem hohen Ausbildungs- und Ausrüstungsstand.“ Mit diesen Worten hat Staatssekretär Volker Pollehn vom Schweriner Innenministerium die Zustimmung der Landesregierung zum Entwurf eines „Gesetzes über den Brand-

schutz und die Hilfeleistungen der Feuerwehren (BrSchG) für Mecklenburg-Vorpommern“ bekanntgegeben. Der Entwurf enthält unter anderem Bestimmungen über Aufgaben und Träger des Brandschutzes, die Arten, Aufgaben und Organisationen der Feuerwehren, den vorbeugenden Brandschutz und die Zuordnung der damit verbundenen Kosten.

Neben einem zügigen Aufbau des erweiterten Katastro-

phenschutzes in den neuen Bundesländern erwartet die FDP-Bundestagsfraktion eine aufgabengerechte Organisation der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) und der bundesunmittelbaren Körperschaft Bundesverband für den Selbstschutz (BVS). Geplante Um- und Neustrukturierungsmaßnahmen haben die besondere Lage in den neuen Bundesländern zu beachten.“

Allerdings bestehe ein erheblicher Nachholbedarf bei der notwendigen technischen Spezialausrüstung wie beispielsweise bei der Ölabwehrbekämpfung, bei Gerätschaften für technische Hilfeleistung sowie bei der persönlichen Sicherheitsausrüstung. Pollehn wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß es gelungen sei, mit dem Bund eine Vereinbarung zu treffen, wonach die Feuerwehren Mecklenburg-Vorpommerns vom Bundesinnenminister noch in diesem Jahr für Großeinsätze mit insgesamt 39 Spezialfahrzeugen ausgestattet werden sollen.

Zur Verbesserung der Ausbildung und Fortbildung von Führungskräften und Spezialisten soll nach der Entscheidung des Kabinetts eine Landesfeuerweherschule errichtet werden. Sie wird voraussichtlich ihren Sitz in Malchow haben. Die Schule soll eine Kapazität von rund 80 Lehr-



gangsteilnehmern haben und mit 14 Lösch- und Sonderfahrzeugen ausgestattet werden. Ihr Jahreshaushalt wird sich 1992 auf rund 2,3 Millionen Mark belaufen. Zum Programm wird neben der allgemeinen Aus- und Fortbildung auch das Training der Führungsaufgaben zum Beherrschen von Großbränden, Explosionen, Überschwemmungen, Unwetterfolgen, Giftunfällen und anderes mehr gehören.

## Landtagsbeschuß zur Neuordnung des Zivilschutzes

Der Bayerische Landtag hat in seiner öffentlichen Sitzung am 17. Juli 1991 beraten und einstimmig beschlossen:

1. Antrag des Abgeordneten Dr. Ganzer (SPD) – Katastrophenschutz
2. Antrag der Abgeordneten Regenspurger, Hölzl, Dr. Weiß u. a. (CSU) – Neukonzeption des Zivilschutzes

Die Staatsregierung wird ersucht, beim Bund darauf hinzuwirken, daß der Zivilschutz im Hinblick auf die veränderte Bedrohungslage unter Wahrung der Kompetenz der Länder neu konzipiert wird. Dabei sind folgende Ziele vorrangig zu verfolgen:

1. Bei der Gefahrenabwehr sind künftig die Bundesmittel auf die Maßnahmen zu konzentrieren, die auch bei friedensmäßigen Gefahrenlagen nützlich sind.
2. Bei Organisation und Miteinsatz ist darauf zu achten, daß das Verhältnis von Aufwand zu Nutzen entscheidend verbessert wird.
3. Bei der Neukonzeption ist die Notwendigkeit des Fortbestandes des Bundesverbandes für den Selbstschutz, der Akademie für zivile Verteidigung und des Bundesamtes für Zivilschutz zu überprüfen.
4. Von der Förderung des

Baus neuer Schutzräume ist abzusehen.

5. Die Bundesauftragsverwaltung ist auf das absolut notwendige Maß zurückzuführen und zu vereinfachen.

## Halon-Ersatzgas in der Testphase

Die zweite Arbeitstagung des Werkfeuerwehrverbands Rheinland-Pfalz fand bei einem Feuerlöscherhersteller in Wadersloh statt. Als besonders heißes Thema wurde Halon und sein eventuelles Nachfolgeprodukt diskutiert.

Die Werkfeuerwehren brauchen ein schnelles und sauberes Löschmittel, um jeden Brand schon in der Entstehungsphase zu löschen. Alle Anforderungen erfüllte Halon 1211 oder für Objektanlagen Halon 1301. Mit Halon konnten Entstehungsbrände sehr schnell gelöscht werden. Halon hat nur einen großen Nachteil: Es greift die Ozonschutzschicht der Erde an. Aus diesem Grund hat der Gesetzgeber eine FCKW-Halon-Verbotsverordnung erlassen. Ab 1. Januar 1992 ist es verboten, Halone herzustellen, in den Verkehr zu bringen

oder zu verwenden. In der Übergangsvorschrift heißt es: Bis Ende 1993 dürfen Halone, die in Geräten und Anlagen der Brandbekämpfung enthalten sind, verwendet werden, wenn sie vor dem 1. Januar 1992 hergestellt worden sind.

Ein neues Löschgas bietet sich als Alternative zu Halon an: Seit Dezember 1987 werden Versuche mit „Solkaflam 123“ durchgeführt. Das nach Angaben des Herstellers ökologisch unbedenkliche Löschmittel liegt der Landesfeuerweherschule in Münster zur Genehmigung vor. Vorher muß noch das Hygieneinstitut in Gelsenkirchen eine toxikologische Unbedenklichkeit bescheinigen.

Die Werkfeuerwehr-Experten konnten bei Löschversuchen mit dem neuen Löschmittel dabei sein. Ein Benzinbrand in einer Wanne (unser Bild) konnte problemlos gelöscht werden. Ein Vergleich mit Halon zeigte jedoch, daß die schlagartige Wirkung von Halon noch nicht erreicht worden ist. Der Werkfeuerwehrverband wünscht der Herstellerfirma viel Erfolg bei der weiteren Entwicklung, damit das neue Löschgas bald als Alternative zu Halon vorgestellt werden kann und damit ein Problem gelöst wäre. Foto: Ortelt

## Bei Nebel Fuß vom Gas

Zu schnelles Fahren und zu geringer Abstand sind bei Nebel und schlechter Sicht fast immer die Ursache für Massenkarambolagen. Nachfolgend einige Regeln, die man beachten sollte, wenn man einigermaßen sicher durch die herbstliche Nebel-suppe kommen will:

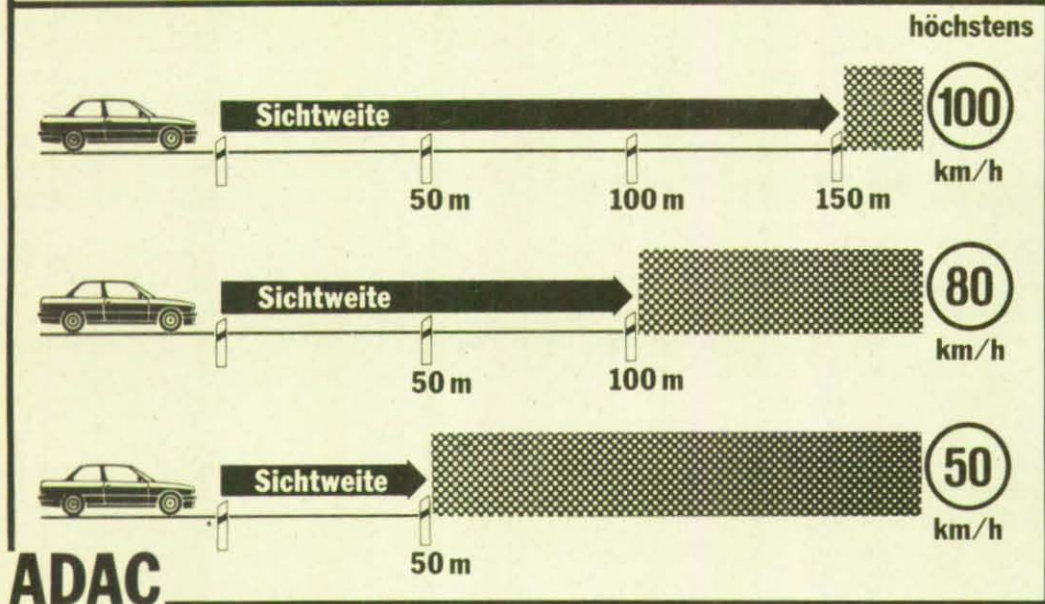
– Geschwindigkeit der Sichtweite anpassen! Als Orientierungshilfe dienen dabei die seitlichen Leitpfosten, die auf Autobahnen und Bundesstraßen meist im Abstand von 50 Metern stehen. Sieht man nur einen Pfosten, sollte man auf keinen Fall schneller als 50 km/h fahren. Häufig ist der Nebel sogar noch dichter. Tempo anpassen bedeutet dann, auch einmal nur 30 km/h oder noch langsamer zu fahren. Bei 100 Meter freier Sicht gilt als Obergrenze 80 und 100 km/h sollte man nicht überschreiten, wenn die Sicht 150 Meter weit reicht.

– Ausreichend Abstand halten! Als Faustregel hat sich bewährt: Sichtweite ist gleich Sicherheitsabstand. Wer sich im Nebel aus Bequemlichkeit dicht an vorausfahrende Fahrzeuge hängt, hat praktisch keine Chance, wenn der erste im Pulk plötzlich bremsen





## Bei Nebel Fuß vom Gas



muß oder gar auf ein Hindernis auffährt. Erfahrene Nebelfahrer halten lieber einen größeren Abstand, weil sie dann auch die Möglichkeit haben, die Flucht nach vorne anzutreten, falls durch ein zu schnelles oder drängelndes Fahrzeug die Gefahr eines Auffahrunfalls droht.

– Fahrlicht einschalten! Autos, die einem am Tag mit Licht entgegenkommen, lassen darauf schließen, daß schon bald mit schlechten Sichtverhältnissen zu rechnen ist. Die Nebelschlußleuchte darf ausschließlich bei Nebel und erst bei Sichtweiten unter 50 Meter eingeschaltet werden. Auf längeren nebelfreien Abschnitten sollte man sie wegen der Blendwirkung für nachfolgende Autofahrer wieder ausschalten.

– Nicht von dringenden Terminen in Zeitdruck bringen lassen! Gerade bei Nebel gilt: Sicherheit statt Hektik. Im übrigen wird der Zeitverlust, den man durch eine vorsichtige, der Sicht angepaßte Fahrweise hinnehmen muß, meist überschätzt.

– Scheiben, Scheinwerfergläser und Rückleuchten sauber halten! Sehen und gesehen werden ist gerade bei Nebelfahrten besonders wichtig.

Wem Fahren im Nebel zu anstrengend wird, dem sei empfohlen, öfters einen Park-

platz anzusteuern und eine kurze Pause einzulegen. Dabei sollte man aber das Licht eingeschaltet lassen, damit andere Parkplatzbenutzer das stehende Hindernis rechtzeitig erkennen können. Zum Schluß noch ein Tip für Mitfahrer: Fahren im Nebel erfordert volle Konzentration. Man sollte den Fahrer deshalb möglichst nicht durch Gespräche ablenken.

### Aus- und Fortbildung weiterhin im Mittelpunkt

Die Feuerwehren gehören zu den ältesten bürgerschaftlichen Selbsthilfeeinrichtungen. Unter ihrem Dach vereinen sich Bürgersinn und Gemeinschaftsgeist, Idealismus und Engagement auf das Beste – Eigenschaften, ohne die unser Gemeinwesen nicht auskommen kann. Wie Baden-Württembergs Innenminister Dietmar Schlee vor kurzem bei der Verbandsversammlung des Landesfeuerwehrverbands in Stuttgart deutlich machte, ist der technische Wandel auch an den Feuerwehren nicht spurlos vorbeigegangen. Es sei aber stets gelungen, Fortschritt und

Tradition unter einen Hut zu bringen und zum Wohle der Mitmenschen einzusetzen.

„Die Tätigkeit bei der Feuerwehr ist praktischer Dienst am Nächsten, die Feuerwehr gibt dem Leben in der Gemeinschaft einen Sinn und sie ist Vorbild für die Jugend“, machte der Minister deutlich. Zu den zentralen Aufgaben des Landes im Feuerwehrbereich gehöre unverändert die Förderung der Aus- und Fortbildung. Hauptziel sei und bleibe daher die Erhöhung der Ausbildungskapazität. Die Besetzung der vorhandenen Planstellen für Ausbilder mit qualifizierten Bewerbern sei derzeit das Hauptproblem. Durch verstärkte Anstrengungen zur Personalgewinnung auch ehrenamtlicher Kräfte, durch die Aufspaltung in ein- und zweiwöchige Lehrgänge und die mögliche Verlagerung von Lehrgängen auf die Standortebene hoffe man die Wartezeiten weiter abbauen zu können.

Mit dem Bau einer neuen Übungsanlage der Landesfeuerwehrschule Bruchsal, die in einem ersten Bauabschnitt die Übungshalle mit Ausbildungs- und Sozialräumen umfaßt, soll im Sommer 1992 begonnen werden.

Die Förderung der Jugendfeuerwehren ist für den Innenminister ein besonderes

Anliegen. Die Jugendfeuerwehr biete ihren Mitgliedern nicht nur eine sinnvolle, aktive und betreute Freizeitbeschäftigung, sie sei auch eine unverzichtbare Institution für die Gewinnung von ausreichendem Nachwuchs für die Feuerwehr.

Als eindrucksvolle Beispiele für eine reibungslose Zusammenarbeit zwischen Landesfeuerwehrverband und Innenministerium stellte Schlee die Unterstützung der Republik Ungarn und die Hilfe für Baden-Württembergs Partnerland Sachsen heraus.

### DGzRS zieht Bilanz in Mecklenburg-Vorpommern

Auch für das deutsche Seenotrettungswerk ist der 3. Oktober 1990 ein Tag von historischer Bedeutung gewesen. Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland wurde der staatlich geführte Rettungsdienst an den Küsten Mecklenburg-Vorpommerns in die auf rein privater Basis tätige Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS) integriert.

Vorausgegangen war eine entsprechende Vereinbarung zwischen beiden deutschen Verkehrsministerien und die Auflösung des Seefahrtsamtes in Rostock, das in der DDR unter anderem auch für die Seenotrettung zuständig war. Damit hatte das Rettungswerk, das seinen Hauptsitz in Bremen hat, die Arbeit auch in jenem Bereich der Ostsee wieder aufgenommen, der bereits bis 1945 von der DGzRS betreut wurde.

Ein Jahr nach der Übernahme zog die DGzRS eine erste Bilanz. Danach wurden von den in Mecklenburg-Vorpommern stationierten Booten allein in der Zeit von Juni bis August diesen Jahres 142 Einsätze gefahren und dabei 36 Menschen aus Seenot gerettet sowie weitere 85 Per-



sonen aus Gefahr befreit. Saisonbedingt galten fast zwei Drittel dieser Einsätze dem Wassersport.

Nachdem zunächst zwischen Timmendorf/Poel und Zinnowitz elf Rettungsstationen in die Verantwortung der DGzRS übergegangen waren, konnte im Januar 1991 auf der Insel Greifswalder Oie eine zwölfte eingerichtet werden. Besonders begrüßt hat die Gesellschaft die Bereitschaft der 15 festgestellten und rund 150 freiwilligen Rettungsmänner auf diesen Stationen, ihren Dienst unter der Flagge der DGzRS fortzusetzen.

Mit der Übernahme der Beschäftigungsverhältnisse war die Grundlage für einen reibungslosen Übergang und den Ausbau des SAR (Search and Rescue)-Dienstes in Mecklenburg-Vorpommern geschaffen. Aufgrund der hohen Qualifikation und Motivation der Rettungsmänner war es möglich, deren Arbeitsplätze zu erhalten und durch die Erweiterung des Stationsnetzes zusätzliches Personal einzustellen.

Während es somit keinerlei personelle Probleme gab, steht die DGzRS auf dem nautisch-technischen Sektor vor großen Herausforderungen. Die vom Seefahrtsamt übernommenen Boote sind vor allem zu langsam, für Brandbekämpfung und medizinische Versorgung kaum ausgerüstet und nicht uneingeschränkt einsetzbar. Erhebliche Investitionen sind erforderlich, um hier einen Standard zu erreichen, der dem für das Gebiet der Deutschen Bucht und der westlichen Ostsee vergleichbar wäre.

Eine Schlüsselrolle im Seenotrettungsdienst kommt der Kommunikation zu. Hierzu zählt vor allem die Verständigung zwischen der Seenotleitung Bremen und den Stationen und Einheiten sowie zwischen den Booten untereinander. Eine wesentliche Verbesserung kann hier durch die Erweiterung des DGzRS-eigenen UKW-Netzes auf Mecklenburg-Vorpommern erreicht werden.



Die Inbetriebnahme soll in Kürze erfolgen, zur Zeit befindet sich das System noch in der Testphase.

Bei der DGzRS ist man mit dem bisherigen Verlauf der Entwicklung insgesamt zufrieden. Das Ziel, möglichst kurzfristig den SAR-Dienst an der Küste zwischen der Wismar- und der Oder-Bucht auszubauen, ist erreicht worden. Vieles bleibt jedoch noch zu tun, und hierbei ist das Rettungswerk auf die Mithilfe der Bevölkerung angewiesen.

Wie schon zur Zeit ihrer Gründung im Jahre 1895 beansprucht die DGzRS zur Erfüllung ihrer vielfältigen Aufgaben keinerlei staatliche oder öffentliche Zuschüsse. Das Rettungswerk, dessen Schirmherr Bundespräsident Dr. Richard von Weizsäcker ist, wird ausschließlich durch freiwillige Zuwendungen getragen.

Unser Bild zeigt den Seenotkreuzer „G. Kuchenbecker“ von der Station Saßnitz, der seit Mitte vergangenen Jahres östlich von Rügen im Einsatz ist. Foto: DGzRS

## Schnelle Hilfe auf dem Heimweg

Vier Feuerwehrmänner aus Aachen konnten dank der mitgeführten Hilfsgeräte einem Menschen, der mit seinem Fahrzeug gegen einen Baum geprallt war, das Leben retten. Die Feuerwehrmänner hatten sich auf der Rückfahrt aus der Ukraine befunden, wohin man Hilfsgüter transportiert hatte, als sie Zeuge wurden, wie das Fahrzeug bei Königs Wusterhausen von der Fahrbahn abkam und mit hoher Geschwindigkeit gegen einen Baum prallte.

Da ein Fahrzeug, das Hilfstransportes mit Blaulicht ausgerüstet war, konnte man den Mittelstreifen überqueren und die Unfallstelle ohne Zeitverlust erreichen und absichern. Der Fahrer, der schwer verletzt im Fahrzeug eingeklemmt war, wurde von den Feuerwehrmännern mit Hilfe von Hebekissen und Wagenhebern unter Aufsicht des Notarztes, der zwischenzeitlich eingetroffen war, befreit.

Die später eingetroffenen Feuerwehrmänner aus Königs Wusterhausen beklagten, daß sie keine geeignete Rettungsausrüstung besitzen, um in solchen Situationen schnell helfen zu können.

## Hochenergiebatterie eröffnet neue Chancen im Stadtverkehr

Ihre Einsatz- und Leistungsfähigkeit hat jetzt die Natrium-Schwefel-Hochenergiebatterie bei der Erprobung in Elektroautos des Bundesministeriums für Forschung und Technologie bewiesen. Das Prinzip beruht auf der Nutzung des elektrochemischen Systems Natrium und Schwefel in Verbindung mit einem speziell entwickelten Festkörperelektrolyten aus Keramik.

Im Vergleich zur Bleibatterie wird bei gleichem Inhalt an Energie nur die Hälfte des Bauvolumens und ein Viertel des Gewichts benötigt. Damit ergeben sich im mobilen Einsatzbereich neue Chancen. Besonders in den Innenstädten könnte die Verwendung von Elektro-Pkws oder batteriebetriebenen Omnibussen zu einer merklichen Entlastung von Emissionen und Lärm führen.

Eine Hochenergiebatterie verleiht einem Personenwagen der Mittelklasse eine Höchstgeschwindigkeit von 120 km/h bei einer Reichweite von 150 bis 200 Kilometern. Der Stromverbrauch liegt bei rund 25 Kilowattstunden auf 100 Kilometer, was je nach Stromtarif etwa 5 DM an Kosten verursacht. Das Aufladen der Batterie dauert bis zu acht Stunden und kann schätzungsweise tausendmal durchgeführt werden. Von den Entwicklungskosten in der Größenordnung von 220 Millionen DM hat das BMFT etwa ein Drittel getragen.



## Frachter rammt Hubbrücke im Nebel

Der polnische Frachter „Stanislaw Kulczynski“ rammt in dichtem Septembernebel im Hamburger Hafen die größte Hubbrücke Europas, die Kattwyk-Brücke, und brachte sie teilweise zum Einsturz. Bei der Kollision löste sich der 84 Meter lange östliche Teil der insgesamt 360 Meter langen Kattwyk-Brücke und stürzte in die Süderelbe. Die 250 Tonnen schwere Stahlkonstruktion streifte das Brückenhaus, in dem sich zwei Wärter befanden, und drückte es teilweise ein. Die beiden Männer erlitten einen Schock, einer von ihnen wurde leicht verletzt. Auch die Hochspannungsleitung der Hafenbahn riß ab. Der Schaden beträgt nach ersten Angaben des Hamburger Amtes für Strom und Hafenbau einige Millionen Mark. Die Reparatur der Brücke dürfte ein Jahr dauern.

Der 192 Meter lange polnische Frachter wurde mit Dellen am Bug und einem Loch über der Wasserlinie in den Sandauhafen gebracht. Die Elbe wurde von den Einsatzkräften vorsorglich gesperrt,



Beim Linksabbiegen wurde Mitte September im Duisburger Stadtteil Hamborn ein Tanklastzug von einer Straßenbahn gerammt. Elf Menschen wurden dabei schwer verletzt. Der Tanklastzug hatte Methylstyrol geladen, ein hochexplosives Gemisch. Der Straßenbahnfahrer wurde in seinem Führerstand eingeklemmt und erlitt schwere Verletzungen. (Foto: dpa)

da zunächst unklar war, ob der Rest der Brücke noch stabil genug oder ebenfalls vom Einsturz bedroht ist.

Obwohl der mittlere Teil der kombinierten Straßen- und Eisenbahn-Hubbrücke angehoben worden war, um den 21 456 Bruttoregistertonnen großen Frachter passieren zu lassen, fuhr das Schiff aus

weithin ungeklärten Gründen nicht unter dem hochgezogenen Mittelteil durch, sondern prallte gegen ein nicht bewegliches Seitenstück der Brückenkonstruktion. Der Frachter wurde zum Zeitpunkt des Unglücks von einem Schlepper begleitet und hatte einen Hafenslotsen an Bord.

Die Kattwyk-Brücke ver-

band die Hafenbecken in Hamburg mit dem südlichen Teil des Hamburger Hafens. Die Brücke wurde 1973 für 25 Millionen Mark gebaut. Zuvor war die Elbe an dieser Stelle noch mit Fährschiffen überquert worden. (Foto: dpa)



## Der Druckfehlerteufel

In der Ausgabe 7-8/91 des „Bevölkerungsschutzmagazins“ hat sich in dem Beitrag über den 11. Bundeswettkampf des THW an zwei Stellen leider der Druckfehlerteufel eingeschlichen: Auf Seite 19 muß es richtig heißen: „Bundeswettkampf“ (nicht: „Bundeswehrwettkampf“ und auf Seite 20 wurde aus Kanzleramtsminister Rudolf Seiters ein „Kanzleramtssekretär“.

Wir bitten, das Versehen zu entschuldigen.



# Schutz der Bevölkerung ist Chefsache

## Haftung für Versäumnisse im Bevölkerungsschutz

Die Unwetter im Sommer dieses Jahres im Süden und in anderen Regionen der Bundesrepublik haben ein weiteres Mal das bei solchen Ereignissen übliche Ritual gezeigt: Die Medien berichten über die Wassermassen, die, über die Ufer gehend, Straßen, Plätze und Hauskeller überschwemmen. Es scheint unvermeidlich, daß durch die lehmfarbenen Fluten watende Personen oder mit großen Fontänen durch die Wasser fahrende Autos die Bildschirme füllen. Ein Höhepunkt der Berichterstattung ist es, wenn beispielsweise gezeigt werden kann, wie auf Hausdächer geflüchtete

Menschen durch Hubschrauber gerettet werden. Sodann sind die Zeitungsspalten für kurze Zeit voller Nachrichten, welche Schäden bis hin zur Vernichtung von wirtschaftlichen Existenzen eingetreten und wieviele Tote zu beklagen sind.

Auf der staatlichen Seite kommen die gestreßten Einsatzstäbe und -kräfte zu Wort, die darauf hinweisen, wie überraschend und unbeherrschbar die Ereignisse mit Urgewalt über die Gegend hereingebrochen seien. Minister eilen in das Katastrophengebiet und lassen sich medien- und fernsehwirksam an Ort und Stelle über die

Lage informieren. In den Hauptstädten beschließen die Kabinette oder verkündet der Ministerpräsident, daß der Finanzminister bzw. die Finanzbehörden bei der Einziehung der fälligen Steuern in den betroffenen Gebieten großzügig verfahren werden. Ist das Hochwasser abgelaufen, gibt es meistens in den Printmedien noch einen Schlußbericht mit dem Tenor, es seien zwar große Schäden eingetreten, im großen und ganzen sei man aber noch einmal davongekommen. Hinsichtlich der Toten wird gelegentlich angemerkt, es habe sich überwiegend um ältere Menschen gehandelt.

Es spricht vieles dafür, daß dieses Ritual schon in Kürze um weitere Elemente erweitert wird, nämlich z. B. um die Forderung nach Ersatz der vollen Schäden durch die öffentliche Hand und die Einleitung von Strafverfahren gegen die verantwortlichen Personen wegen fahrlässiger Tötung oder sogar Totschlags mit dem Ziel der Feststellung, ob die Todesopfer aufgrund von schuldhaften Versäumnissen im Bevölkerungsschutz zu beklagen waren. Für diese Annahme spricht ein vom Bundesverfassungsgericht mit Entscheidung vom 8. Mai 1991 – 2 BvR 1691/90 – bestätigtes rechtskräftiges Urteil der Großen Strafkammer des Landesgerichts Paderborn vom 26. März 1990 – 2 KLs 10 Js 417/89 – AK 56/89 –. Dem Urteil liegt folgender Sachverhalt zugrunde:

Auf dem Marktplatz einer Stadt in Westfalen befindet sich ein im vorigen Jahrhundert errichteter Brunnen, der mit einem 15 cm hohen Podest umgeben ist, auf dem eine



Wolfgang Beyer

1,19 m hohe Mauer den Brunnen umgrenzt. Der Brunnen hat von der Mauerkrone aus gesehen eine Tiefe von 2,60 m. Der Brunnen ist unter anderem auch ein Anziehungspunkt

für Kinder, die versuchen, auf die Umfassungsmauer zu klettern, um auf ihr zu balancieren. Fällt ein Kind in den Brunnen, so besteht bei der Wassertiefe von etwa 2,60 m angesichts der glatten Innenwand keine Chance der Selbstbefreiung. So wurde am 31. August 1984 ein in den Brunnen gestürztes Kind von einem in der Nähe arbeitenden Bauarbeiter vor dem Ertrinken gerettet. Diesen Vorfall nahm der Rat der Stadt in seiner Sitzung am 3. September 1984 zum Anlaß, über Sicherheitsmaßnahmen am Brunnen zu beraten. Er kam zu dem Beschluß, daß eine provisorische Sicherung des Brunnens erfolgen und die Verwaltung prüfen solle, welche geeigneten Sicherungsmaßnahmen für die Zukunft in Frage kämen. Aufgrund dieses Beschlusses wurde der Wasserspiegel abgesenkt und in dem Brunnen ein Holzgerüst eingezogen. Gleichzeitig wurde der Versicherungsverband für Gemeinden und Gemeindeverbände um eine schriftliche Stel-



lungnahme über die Erforderlichkeit von Sicherungsmaßnahmen am Brunnen gebeten. Mit Schreiben vom 21. September 1984 führte der Versicherungsverband, der die einzelnen Umstände des Vorfalles nicht kannte, unter anderem folgendes aus:

„Im Rahmen Ihres Haftpflichtversicherungsvertrages sind die gesetzlichen Haftpflichtrisiken aus dem Eigentum und der Verkehrssicherungspflicht für Brunnen beitragsfrei mitversichert. Soweit bauaufsichtsrechtliche Bestimmungen Sicherungsmaßnahmen nicht vorschreiben, bleibt es eine Ermessensfrage, ob und welche Sicherungsmaßnahmen durch Sie durchgeführt werden. Mit Rücksicht auf die von Ihnen geschilderte Tiefe des Brunnens und die Art der Brüstungsmauer empfehlen wir Ihnen, im Rahmen der Ihnen obliegenden Verkehrssicherungspflicht eine Schutzmaßnahme zu treffen, die insbesondere verhindert, daß Kinder in den Brunnen stürzen können. . . . Wir bitten Sie zu prüfen, ob und inwieweit Sie unserer Empfehlung folgen können. Hierbei bitten wir auch die mögliche strafrechtliche Verantwortung der zuständigen Bediensteten zu berücksichtigen.“

In einer Sitzung am 6. November 1984, in der auch der angeklagte Stadtdirektor anwesend war, faßte der Bauausschuß der Kommune folgenden Beschluß: „Der Rat der Stadt hat in der Sitzung am 3. September 1984 beschlossen, geeignete Sicherungsmaßnahmen anbringen zu lassen. Aus diesem Grunde wurde während der Bauphase der Wasserspiegel des Kumpes abgesenkt und ein Holzgerüst eingebaut.

In verschiedenen Sitzungen des Bauausschusses wurde über Sicherungsmaßnahmen diskutiert, wobei folgende Möglichkeiten genannt wurden:

1. Auffüllung des Kumpes mit Grobkies,
2. Einhängung eines beweglichen Netzes unter der Wasseroberfläche,
3. Einbau einer starren Stahlkonstruktion unterhalb der Wasseroberfläche,
4. Anbringen eines Zaunes auf der Brüstung.

Alle diese Maßnahmen würden das innerstädtische Gesamtbild überaus verschlechtern, zum anderen würden Netze oder Stahlkonstruktion unterhalb der Wasseroberfläche weitere erhebliche Gefahren in sich bergen. Es bleibt zu erwähnen, daß in

der Bevölkerung der Wunsch gehegt wird, den alten Zustand wieder herzustellen. Der Bauausschuß beschließt einstimmig, dem Rat die Aufhebung des Beschlusses vom 3. September 1984 zu empfehlen.“

Der Bauausschuß ging bei der Beschlußfassung davon aus, daß weitergehende Sicherungsmaßnahmen als die in § 37 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vorgeschriebene Brüstungshöhe von 90 cm gesetzlich nicht geboten seien und daß die gesetzlichen Verpflichtungen angesichts der Umwehrung von 119 cm erfüllt seien. Der angeklagte Stadtdirektor informierte den Bauausschuß nicht darüber, daß die Landesbauordnung nur Mindestmaße für Sicherungsmaßnahmen vorschreibt und die Verkehrssicherungspflicht weitere Maßnahmen erfordert, wenn die Umstände eine gesteigerte Gefährlichkeit erkennen lassen. In der Ratssitzung vom 19. November 1984 wies der angeklagte Stadtdirektor die Kommunalvertretung ebenfalls nicht auf diese Rechtslage hin mit der Folge, daß der Rat mit einer Gegenstimme beschloß, seine frühere Entscheidung vom 4. September 1984 aufzuheben. Der angeklagte Stadtdirektor beanstandete diesen Beschluß auch nicht als rechtswidrig. Vielmehr wurde das provisorisch in den Brunnen eingebrachte Holzgerüst wieder entfernt und die Wassertiefe auf die alte Höhe von ca. 2,60 m gebracht. Am 6. Juni 1989 fiel ein noch nicht 10 Jahre altes Kind in den Brunnen und ertrank.

Bestätigt durch das Bundesverfassungsgericht sah die Große Strafkammer des Landgerichts Paderborn diesen Sachverhalt als ausreichend an, um den angeklagten Stadtdirektor wegen fahrlässiger Tötung zu verurteilen. Beiden Gerichtsentscheidungen kommt in einer Reihe von Punkten für den Bevölkerungsschutz mit seinen Komponenten des Katastrophen- und Zivilschutzes erhebliche Bedeutung zu:

– Das Urteil behandelt zwar „nur“ den Fall eines einzelnen Todesopfers. Es schließt aber nicht aus – und kann es auch nicht –, daß das Strafverfahren ebenso durchgeführt worden wäre, wenn zwei, drei oder eine noch größere Anzahl von Toten zu beklagen gewesen wäre. Der durch noch soviel Geld nicht mehr reparable Tod auch nur eines einzelnen Menschen ist schon zuviel. Das gilt um so mehr, wenn mehrere oder

viele Personen tödlich verletzt worden wären.

– Verurteilt wegen fahrlässiger Tötung wurde der Stadtdirektor, d. h. der sog. Hauptverwaltungsbeamte der Kommune. Die Strafkammer hat das Verschulden des Angeklagten unter anderem darin gesehen, daß er als Volljurist die Pflicht zur Absicherung des Brunnens hätte erkennen müssen, zumal er durch das Schreiben des Gemeindeversicherungsverbandes ausdrücklich darauf hingewiesen worden war, daß auch bei Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften der Bauordnung weitere Sicherungsmaßnahmen erforderlich seien, um eine strafrechtliche Sanktion zu vermeiden. Dem Angeklagten sei ferner vorzuwerfen, daß er weder den Bauausschuß noch den Stadtrat auf die Verkehrssicherungspflicht hingewiesen habe bzw. den entsprechenden Stadtratsbeschluß nicht als rechtswidrig beanstandet habe.

Das Bundesverfassungsgericht begründet die Schuld des Angeklagten auf andere Weise. Danach hatte die Stadt als Eigentümerin kraft ihrer Sachherrschaft eine Garantstellung für den Brunnen inne. Die Stadt hatte die von dem Brunnen ausgehenden Gefahren zu kontrollieren und die Schädigung fremder Rechtsgüter zu verhindern. Der Angeklagte sei als Stadtdirektor die Gemeindebehörde der Stadt und schon deshalb nach außen für die Wahrnehmung der Garantpflichten unmittelbar verantwortlich. Durch die Beachtung der Mindesthöhe für Umwehrungen nach der Landesbauordnung von Nordrhein-Westfalen habe die Stadt ihrer aus der Garantstellung fließenden Verantwortung nicht genügt.

Die Ausführungen des Bundesverfassungsgerichts sind zu begrüßen. Sie stellen klar, daß die Verantwortung nicht auf einen „kleinen Sachbearbeiter oder einen Amtsleiter“ abgeschoben werden kann. Wenn es um Leben oder Tod der Bürger geht, muß die Verantwortung bei der Spitze des jeweiligen Gemeinwesens liegen. Nur so kann sichergestellt werden, daß für Leben und Tod die Mitbürger entscheidende Fragen nicht im Wirrwarr innerbehördlicher Zuständigkeiten oder Kompetenzkonflikten stecken bleiben können, sondern stets vom Hauptverwaltungsbeamten unmittelbar – unbeschadet entsprechender interner Vorarbeit durch Dritte – kraft seiner übergeordneten Stellung zu entscheiden sind. Angelegenheiten des



Schutzes der Bevölkerung sind Chefsache.

– Beide Entscheidungen gehen davon aus, daß eine Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften eine Sorgfaltspflichtverletzung nicht entfallen läßt. Das Maß der anzuwendenden Sorgfalt bestimme sich vielmehr nach den konkreten Umständen des Einzelfalles. Im übrigen werde auch im Schrifttum die Auffassung vertreten, daß die Landesbauordnung von Nordrhein-Westfalen keine abschließende baurechtliche Regelung über die Sicherung von Umwehrungen, die Kinder zu einem Überklettern verleiten könnten, enthalte.

– Das Landgericht hat es mit Recht als nicht den Angeklagten entschuldigend angesehen, daß Bauausschuß und Stadtrat die für die Verkehrssicherung abträglichen Maßnahmen beschlossen haben. Die Zahl der Entschuldigungsgründe und deren Umfang sind gesetzlich festgelegt. Die Strafkammer hat es darum – bestätigt durch das Bundesverfassungsgericht – auch nicht für erforderlich gehalten, hierauf näher einzugehen, sondern nur darauf hingewiesen, der Stadtdirektor hätte den Beschluß als rechtswidrig beanstanden und der Aufsichtsbehörde zur Entscheidung zuleiten müssen.

– Für den objektiven Tatbestand des Tötungsdeliktes ist es ohne Bedeutung, ob bereits das erste oder erst das zweite in den Brunnen gefallene Kind ertrunken ist. Im Strafrecht gibt es keinen Freibrief für den ersten Fall. Übertragen auf den Straßenverkehr müßte andernfalls jedem Autofahrer das Recht eingeräumt werden, einen Passanten umfahren zu dürfen. Das Groteske dieses theoretischen Beispiels zeigt, daß Verhaltensweisen wie „Das haben wir immer so gemacht“ oder „Das haben wir noch nie so gemacht“ strafrechtlich unerheblich sind.

– Das Urteil der Strafkammer gründet sich – bestätigt durch das Bundesverfassungsgericht – auf die Verletzung der Verkehrssicherungspflicht durch den Stadtdirektor. Beim Zivilschutz handelt es sich um die Pflicht des Staates, der Bevölkerung in den besonderen Gefahren eines bewaffneten Konfliktes Schutz zu gewähren. Beim Katastrophenschutz, der anderen Komponente des Bevölkerungsschutzes, geht es um die Pflicht des Staates, den Mitbürgern vor, während oder nach durch Naturgewalten oder technolo-

gische Risiken bedingten Gefahren beizustehen. Es wird im Einzelfall umstritten sein, ob und welche Pflichten mit Garantstellung sich aus den Begriffen des Katastrophenschutz und Zivilschutzes ableiten lassen. Andererseits würde eine ins einzelne gehende Darstellung den Rahmen dieser Ausführungen sprengen. Ohne den Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, seien aber beispielhaft einige Felder umrissen, die für strafrechtliche Verfahren von Bedeutung sein können:

- Der Annahme von Pflichten zum Schutz der Bevölkerung steht nicht der absolute Einwand entgegen, daß Naturkatastrophen als höhere Gewalt und technologische Risiken als sozialadäquat hingenommen werden müßten. Zwar lassen sich Naturereignisse, wie Erdbeben oder Sturmfluten, nach den heutigen Erkenntnissen – wenn überhaupt – nur begrenzt beeinflussen. Wissenschaft und Technik bieten aber vielfältige Möglichkeiten der Vorbeugung, der Vorhersage und der Schadensminderung. Dasselbe gilt bei technologischen Risiken. Im Interesse des Wohlstandes und des Fortschritts wird es z. B. als sozialadäquat hingenommen, daß Autos produziert und Fabriken zur Herstellung von Chemikalien errichtet werden, obwohl jedermann weiß, daß durch Verkehrsunfälle Menschen getötet und durch Störungen im Produktionsablauf durch den Austritt giftiger Stoffe Mitbürger ums Leben kommen können. Aber auch in diesem Bereich bieten Wissenschaft und Technik ein umfangreiches Instrumentarium der Vorbeugung, der Bekämpfung und der Verringerung des Ausmaßes derartiger Gefahren. Alle Untersuchungen werden sich daher darauf konzentrieren, ob diese Möglichkeiten genutzt worden sind oder nicht.

- Die Vorbeugung ist die zweckmäßigste Form der Bekämpfung von Naturereignissen oder technologischen Risiken. Naturgewalten, deren Energien sich aufgrund entsprechender Vorsorgemaßnahmen nicht für den Menschen schädigend auswirken können, verlieren ein Großteil ihrer Schrecken. Werden z. B. am Fuße eines Berges, dessen Abhänge erdrutschgefährdet sind, keine Baugebiete ausgewiesen und keine Baugenehmigungen erteilt oder in hochwasserbedrohten Flußniederungen die Ansiedlung von Menschen nicht gestattet, so kommt diesen Maßnah-

men eine erhebliche Bedeutung der Schadensminderung zu.

Maßnahmen der öffentlichen Hand werden daher stärker als bisher einer Prüfung auf ihre Bevölkerungsschutzverträglichkeit zu unterwerfen sein.

- Eine nicht unwesentliche Rolle könnte auch die Frage spielen, ob ein wirkungsvolles Warnsystem eingerichtet und in Betrieb gehalten worden ist. Rechtzeitig gewarnt zu sein, kann vielen Menschen das Leben retten. Mit welchen technischen Mitteln gewarnt wird, spielt eine untergeordnete Rolle. Viel bedeutsamer ist es, daß eine den örtlichen Gefahren angepaßte schnelle Warnung vor etwaigen Risiken erfolgt.

- Von Einfluß könnte auch die Feststellung sein, inwieweit der Eintritt von Katastrophensituationen und ihr Wirksamwerden dem Zufall überlassen geblieben ist oder ob im Interesse einer wirksamen Abwehr vorausschauend an die zu erwartenden Gefahren angepaßte Katastrophenschutzabwehrpläne erarbeitet worden sind. Art, Inhalt und Umfang derartiger Pläne sind seit langem bekannt und bedürfen keiner näheren Erläuterung.

- Wie immer in derartigen Fällen, dürfte auch hier die Frage aufgeworfen werden, ob hinreichendes und genügend qualifiziertes Personal im Rahmen der Vorbeugung, der Warnung, der Katastrophenbekämpfung und Schadensminderung eingesetzt worden ist. Im Hinblick darauf, daß das Bundesverfassungsgericht den Spitzenmann einer Behörde als den nach außen für die Wahrnehmung der Garantienpflichten unmittelbar Verantwortlichen und damit auch strafrechtlich Haftbaren ausgemacht hat, dürften in Personalfragen eigentlich in Zukunft keine Schwierigkeiten zu erwarten sein.

- Bedeutsam könnten auch Untersuchungen zu der Frage erlangen, ob das eingesetzte Personal und die in Aussicht genommenen Hilfskräfte hinreichend Gelegenheit zu Übungen gehabt haben und das vorgehaltene Gerät einsatzbereit gehalten worden ist. Jeder Führer einer Fußballmannschaft weiß heute, daß er sich ohne Training mit seinem Team am besten erst gar nicht auf den Platz stellt. Was für Spiel und Wettkampf gilt, verliert seine Bedeutung nicht dadurch, daß es bei der Bekämpfung einer Katastrophe um Leben oder Tod gehen kann.

- Bedeutsam könnte auch die



Frage werden, ob die Bevölkerung hinreichend über eventuell drohende Gefahren unterrichtet und ihr Angebote zu einem wirksamen Selbstschutz gemacht worden sind. Es ist ein offenes Geheimnis, daß im Falle einer Katastrophe die staatlichen Abwehrkräfte nicht überall sofort und häufig auch nicht in hinreichendem Umfang auftreten können. Da aber die ersten Minuten häufig über Eintritt und Umfang eines Schadens entscheiden, ist es wichtig, daß die Bürger sich und ihren Nachbarn bei der Katastrophenabwehr helfen können.

Die Untersuchung des Hergangs und der Folgen von Naturkatastrophen oder technologischen Risiken unter strafrechtlichen Gesichtspunkten ist nur die eine Seite der Medaille. Für einen nichtversicherten oder unterversicherten Geschädigten kann es von erheblicher Bedeutung sein, ob er von der öffentlichen Hand aufgrund von schuldhaften Pflichtverletzungen der handelnden Personen den vollen Ausgleich seiner vermögensmäßigen Einbußen fordern kann. Die rechtlichen Grundlagen für solche Ansprüche nach dem Recht der unerlaubten Handlung bzw. den

Vorschriften über die Staatshaftung sind hinlänglich bekannt. Auf die Einzelheiten braucht daher nicht näher eingegangen zu werden.

Wie überall im Leben gilt auch hier der Grundsatz, daß vorbeugen besser ist als heilen. Bei der bekannten hohen Qualifikation der in der deutschen Verwaltung Tätigen kann davon ausgegangen werden, daß alles unternommen wird, um straf- und haftungsrechtliche Folgen nach Naturkatastrophen und technologischen Risiken grundsätzlich nicht wirksam werden zu lassen.

## Gefahrgutverordnung See in Kraft getreten

Die Verordnung über die Beförderung gefährlicher Güter mit Seeschiffen (Gefahrgutverordnung See – GGVSee), veröffentlicht im Bundesgesetzblatt vom 24. Juli 1991, ist zum 1. August 1991 in Kraft getreten. Sie wurde vom zuständigen Bundesminister für Verkehr verordnet. Die GGVSee regelt die Beförderung gefährlicher Güter mit Seeschiffen, die die Bundesflagge führen.

Dabei umfaßt der Begriff gefährliche Güter jene Stoffe und Gegenstände, die unter die jeweiligen Begriffsbestimmungen des „Internationalen Codes für die Beförderung gefährlicher Güter mit Seeschiffen (IMDG-Code deutsch)“ fallen. Des weiteren Stoffe, die bei der Beförderung als Schüttladung in der „Richtlinie für die sichere Behandlung von Schüttladungen bei der Beförderung mit Seeschiffen“ vom 30. August 1990 als gefährliche Güter klassifiziert sind. Sowie flüssige Chemikalien und verflüssigte Gase, die als Massengut befördert werden und im Internationalen Übereinkommen von 1974 zum Schutz menschlichen Lebens auf See



aufgeführt sind. Zum letzteren zählen Abfälle, die unter die Begriffsbestimmungen des „IMDG-Code deutsch“ fallen, für die keine unmittelbare Verwendung vorgesehen ist; die aber befördert werden zur Aufarbeitung, zur Deponie oder zur Beseitigung durch Verbrennung oder durch sonstige Entsorgungsverfahren.

Neben den Sicherheitspflichten, der an der Beförderung gefährlicher Güter mit Seeschiffen Beteiligten sind in der GGVSee Vorschriften über Art der Verpackungen beziehungsweise Beförde-

rungseinheiten, das Zusammenpacken von verschiedenen gefährlichen Gütern sowie eine entsprechende Kennzeichnung der Ladung aufgeführt.

Näher geregelt werden unter anderem auch die Anforderungen an die jeweiligen Beförderungspapiere, die mitzuführende Ausrüstung (Atemschutzgeräte, Arzneimittel), einzuleitende Unfall- und Erste-Hilfe-Maßnahmen sowie Art und Weise der Unterrichtung von Besatzung und Fahrgästen über an Bord befindliche gefährliche Güter.

Der Schiffsführer hat laut GGVSee unter anderem dafür zu sorgen, daß die Ladung während der Beförderung regelmäßig kontrolliert wird. Art und Umfang der Kontrolle sind dabei den Umständen des Einzelfalles anzupassen und in das Schiffstagebuch einzutragen.

Die jeweiligen örtlichen Sicherheitsvorschriften für Häfen und sonstige Liegeplätze über das Einbringen und Umschlagen gefährlicher Güter bleiben von der GGVSee unberührt. Bei Schäden und Unfällen mit gefährlichen Gütern sind nach Maßgabe der örtlichen Sicherheitsvorschriften in den Häfen die nach Landesrecht zuständigen Behörden zu unterrichten.

Außerdem enthält die GGVSee, die die Gefahrgutverordnung vom 27. Juni 1986 aussetzt, einen umfassenden Katalog von Ordnungswidrigkeiten bezogen auf vorsätzliches oder fahrlässiges Handeln beispielsweise von Herstellern oder Vertreibern gefährlicher Güter, Ausstellern der Verlarescheine, verantwortlicher Personen für das Packen und Beladen, von Reedern und Schiffsführern.



# Blow-out-Management

## Spezialisten für Extremsituationen aus den neuen Bundesländern

Eine Gasfontäne schießt mit ohrenbetäubendem Lärm in den wolkenverhangenen Himmel. Explosionsartig entzündet sie sich. Die Flammen schlagen bis zu 30 Metern hoch. Schwarzer Rauch breitet sich kilometerweit aus: Gasausbruch an einer Erdgasbohrung, ein Blow-out, eine Havarie, wie es die Fachleute nennen. Eine derartige Gefahrensituation wurde bereits Ende vergangenen Jahres in Salzwedel (Sachsen-Anhalt) eindrucksvoll simuliert. Ziel war es seinerzeit, einem Kreis von rund 40 Sicherheitsexperten aus der Erdöl- und Erdgasindustrie Westdeutschlands das in Salzwedel vorhandene technische Sondergerät und seine praktische Anwendungsmöglichkeit bei der Bekämpfung eines solchen Blow-outs vorzustellen.

In erstaunlich kurzer Zeit konnte die dortige Spezialwehr nicht nur den Brand löschen, sondern es wurden auch sämtliche Maßnahmen ergriffen, um die Förderbohrung erfolgreich abzudichten. Angeregt worden war diese Veranstaltung von der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft in Hannover, dem Träger der gesetzlichen Unfallversicherung für die Beschäftigten in der Erdöl- und Erdgasgewinnung. Es sollten Überlegungen angestellt werden, ob ein solches Trainingsprogramm in die Ausbildung der Bohr- und Fördermeister mit aufgenommen werden soll. Der Leiter des Technischen Aufsichtsdienstes der Berufsgenossenschaft, Dipl.-Ing. Heinz Wibbelhoff, zeigte sich beeindruckt: „Die Männer konnten unter Beweis stellen, daß sie ihr Handwerk beherrschen und für einen möglichen Ernstfall bestens gerüstet sind.“

War damals vielleicht noch daran gedacht, die Wehr durch finanzielle Unterstützung westdeutscher Firmen erhalten zu können, hat das Wissen der Salzwedeler Spezialisten um das Blow-out-Management in der Zwischenzeit eine neue Dimen-

sion erhalten. Sie sollen möglicherweise im Rahmen eines Firmenkonsortiums mithelfen, die Ölbrände in Kuwait zu löschen.

Schadstoffhavarien bergen seit jeher ein großes Gefährdungspotential in sich. Extreme Flammenhöhen



Wendestrahldrohre mit Hitzeschild werden vor der brennenden Erdgassonde in Stellung gebracht.



Das Abgaslöschverfahren: Auf einem Drehleiterfahrzeug der Feuerwehr wurde eine Flugzeugturbine montiert.



haben intensive Wärmestrahlung zur Folge und sind verbunden mit einer stark umweltbelastenden Rauchgasemission. Mit oder ohne Brand stellen solche Havarien die bekämpfenden Feuerwehren vor erhebliche Schwierigkeiten. Trotz deren hohem

fachlichen Können und Engagement lassen sich diese Fälle mit handelsüblicher Technik kaum beherrschen, sofern man darunter eine aktive Bekämpfung versteht. Es ist nicht allein damit getan, eine brennende Erdöl- oder Erdgassonde zu

löschen, sondern es gilt auch, mögliche Rückzündungen zu verhindern, vor allem aber muß der Steigraum abgedichtet und die Förderbereitschaft wieder hergestellt werden. Dazu ist ein umfangreiches Know-how erforderlich, das sich nur durch

Durch den Wassernebel ist die Flamme nach wenigen Minuten erloschen.





jahrelange Praxis erwerben läßt und das auch den Willen und die Fähigkeit erfordert, auf den ersten Blick unkonventionelle Maßnahmen zu erproben und anzuwenden.

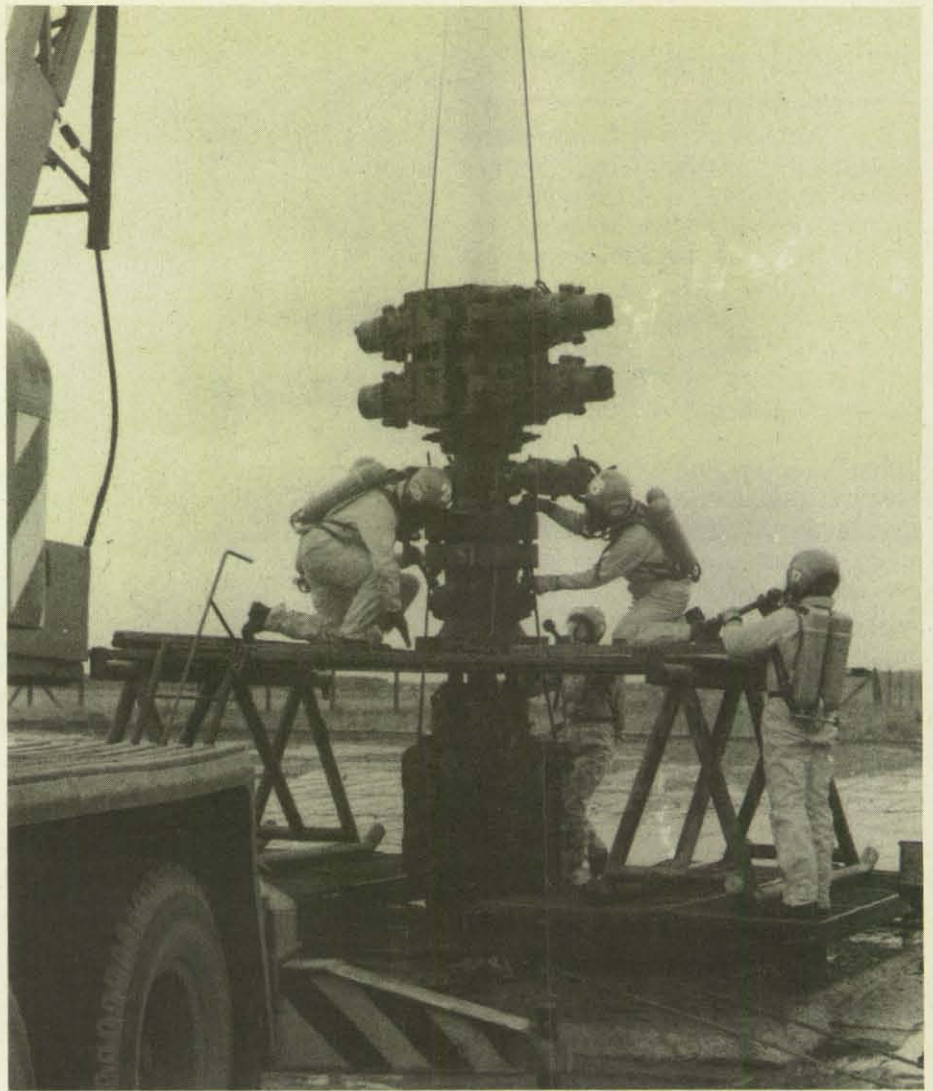
## Rückblick auf die Anfänge

Ende der sechziger Jahre wurde in der damaligen DDR damit begonnen, die Gaslagerstätte im Gebiet von Salzwedel zu erschließen. In den Anfangsjahren ereigneten sich mehrere schwere Havarien, was das zuständige Staatssekretariat für Geologie 1973 veranlaßte, eine Spezialwehr zur Eruptionsbekämpfung aufbauen zu lassen. Mit geschulten, erfahrenen und kurzfristig verfügbaren Spezialisten wollte man in der Lage sein – unabhängig von amerikanischen Spezialisten –, solche Unglücksfälle schnell und effektiv bekämpfen zu können. Vorbild war eine ähnliche Einrichtung in der Sowjetunion.

„Ursprünglich haben wir mit einer ziemlich großen hauptamtlichen Truppe angefangen, die sich ausschließlich um derartige Probleme kümmern sollte“, erläutert Wolfgang Kunitz, Leiter der Salzwedeler Gasschutzwehr, „aber es hat sich innerhalb kurzer Zeit gezeigt, daß dies nicht der richtige Weg war. So viele Ereignisse gab es in der DDR nicht, daß wir alle zwei Wochen irgendwo eine Eruption hätten bekämpfen müssen.“

Aus dieser Erkenntnis kristallisierte sich schließlich eine Mannschaft in der Größenordnung von acht bis neun hauptamtlichen Feuerwehrleuten heraus, der noch etwa 25 ehrenamtliche Kräfte angegliedert wurden. Sie kamen rund acht Wochen im Jahr zu Ausbildung, Training und zu praktischen Übungen zusammen.

Die Spezialwehr war seinerzeit auch im Rahmen eines Hilfeleistungs-Abkommens des „Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW) zusammen mit Ungarn, Bulgarien, der Tschechoslowakei und Polen eingebunden. Man traf sich regelmäßig in einem der beteiligten Länder, um eine internationale Übung durchzuführen, um Erfahrungen auszutauschen oder Neuentwicklungen vorzustellen. „Seit der Wende ist dieses Abkommen jedoch aufgelöst, weil dann unter anderem auch Währungsprobleme anfangen, eine Rolle zu spielen“, so Kunitz.



**Oben:** Viel Finger-spitzengefühl erfordert das Aufsetzen des Preventers bei immer noch ausströmendem Erdgas.

**Rechts:** Der Leiter der Gasschutzwehr, Wolfgang Kunitz, ist stolz auf sein gut gefülltes Havarielager.



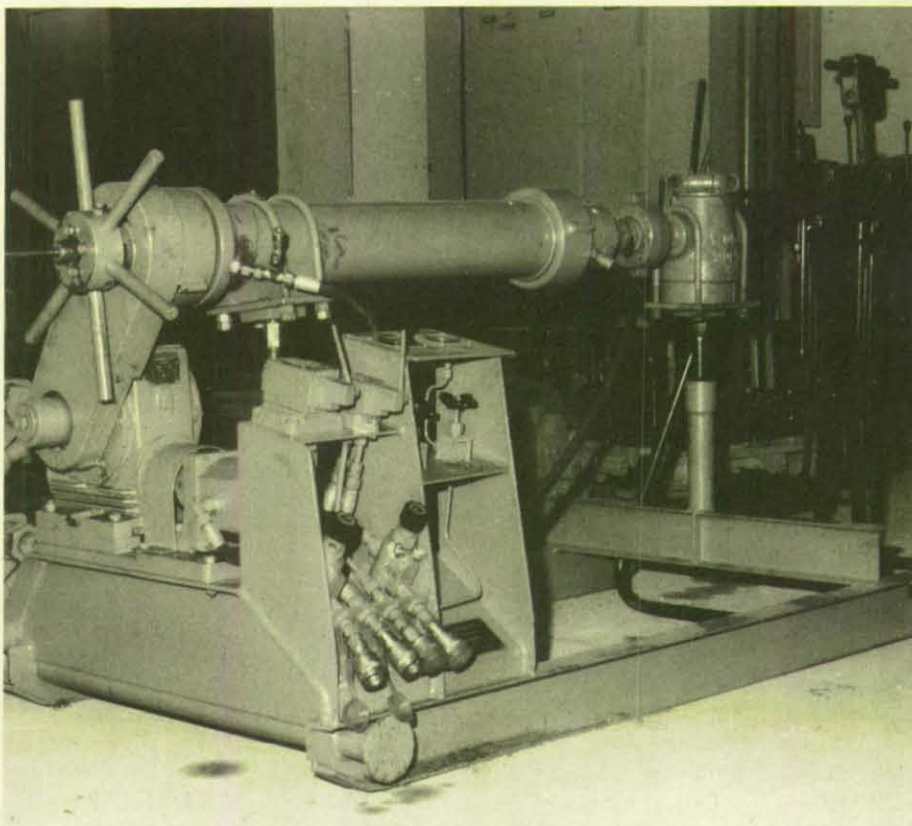


## Beste Trainingsmöglichkeiten

Zwei Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bekämpfung dieser Schadensfälle hält er für besonders wichtig: Eine ausgereifte Technik, die sich nicht nur an handelsüblich verfügbarem orientiert, und eine gute Ausbildung seiner Mitarbeiter: „Nicht allein die Physis ist maßgebend, sondern vor allem die Psyche. Es ist besonders wichtig, daß die Männer bei diesem extremen Lärm und dieser Hitze keine Angst haben. Wenn sie schon ängstlich vorgehen, ist fast immer ein Unfall vorprogrammiert“, und nicht ohne Stolz weist er darauf hin, daß sich seit Bestehen der Wehr noch kein nennenswerter Unfall ereignete.

Zur optimalen Aus- und Fortbildung der Mitarbeiter hat man in Salzwedel ein sehr gut ausgestattetes Übungsgelände eingerichtet und damit eine hervorragende Möglichkeit geschaffen, nicht nur theoretisch und „kalt“, sondern vor allem auch „warm“ unter realistischen äußeren Bedingungen all das zu erproben und zu üben, was im Ernstfall notwendig wird. Kernstück der Anlage ist ein „Eruptionssimulator“.

Dipl.-Ing. Wolfram Ringleb, in der Niederlassung Salzwedel der „Erdöl-Erdgas Gommern“ zuständig für den Bereich Öffentlichkeitsarbeit, erläutert: „Wir haben im Abstand von einigen hundert Metern von einer produzierenden Erdgassonde ein Modell errichtet, eine Simulationssonde. Der Kopf und die komplette Ausstattung entsprechen exakt dem Original.“ Die Übungsanlage kann direkt von der Produktionsstätte aus mit Erdgas beschickt werden, das dann im Simulator unter dem gleichen Druck wie in der Fördersonde ansteht. Es besteht darüber hinaus noch die Möglichkeit, diesem Gasstrom andere Medien, wie Öl oder Benzin, beizudosieren, so daß man unterschiedliche Verhältnisse schaffen kann. „Wir sind also in der Lage, an einem naturgetreuen Modell alle Varianten eines möglichen Blow-outs darzustellen und seine Bekämpfung zu üben“, so Ringleb. Sollte es zu unkontrollierten Reaktionen kommen oder sich ein Unfall abzeichnen, kann ein eingebauter Sicherheitsschieber abgesperrt werden, so daß der Gasstrom gestoppt wird.



Dieses Spezialgerät dient zum Anbohren von Rohren und zum Wechseln von Absperrschiebern unter Druck. (Fotos: metropress [3], Holz)

## Das Löschverfahren

Kommt es auf einem Erdöl- oder Erdgasfeld zu einer Havarie mit Brandfolge, entstehen sehr hohe Temperaturen. Durch die Strahlungswärme werden umherliegende Teile erhitzt und könnten so eine bereits gelöschte Sonde wieder entzünden. Um dies zu verhindern, muß der Sondenplatz erst beräumt und das Umfeld gegebenenfalls entsprechend gekühlt werden, bevor die eigentliche Löschphase beginnen kann. Die Methode, die hierbei von der Spezialwehr angewandt wird, ist ebenso einfach wie spektakulär.

Der Leiter des Instituts der Feuerwehr (IdF) in Heyrothsberge bei Magdeburg, Branddirektor Roland Meyer, und sein wissenschaftlicher Mitarbeiter Dr. Axel Kretschmar erklären das Prinzip: „Es ist eine physikalische Tatsache, daß ein brennbares Gas, das mit etwa 30 Volumen-Prozent Wasserdampf angereichert wird, nicht mehr zündfähig ist. Je Kubikmeter Gas wird nach unseren Berechnungen und Versuchen nur etwas mehr als ein Liter Wasser benötigt, das in feinste Teile, sogenannte Aerosole, vernebelt wird.“

Am IdF wurde bereits vor einigen Jahren ein Aerosol-Löschverfahren ausgearbeitet und zur Patentreife geführt, das von Kennern der Materie als außerordentlich bemerkenswert eingeschätzt wird. Die Erzeugung der Wasseraerosole erfolgt dabei mit Hilfe des Abgasstrahls einer Flugzeugturbine, in den ein oder mehrere Wasserstrahlen eingeführt werden. Zur technischen Umsetzung des Verfahrens hat man dabei ein Drehleiterfahrzeug der Feuerwehr verwendet. Anstelle der Leiter wurde die Turbine installiert. Damit ist eine einfache Bedienung gewährleistet und das Ansteuern von Raumpunkten ist problemlos möglich.

Das Institut hat seinerzeit einen Prototyp entwickelt und mit der Werkfeuerwehr der heutigen Energiewerke „Schwarze Pumpe“ in Hoyerswerda (Sachsen) anwendungstechnische Untersuchungen durchgeführt. „Eine der wichtigsten Erkenntnisse aus den Versuchen war, daß es nicht notwendig ist, die Gesamtfläche der ‚Flammensäule‘ zu umhüllen“, führt Dr. Kretschmar aus, „vielmehr genügt es, deren Mischungszone zu durchdringen. Somit benötigt man zum erfolgreichen Löschen bei einem Durchmesser der Mischungszone von 60 Zen-



timetern lediglich eine Wasserzuführung von 1000 Litern je Minute.“

Für eine gute Aerosolbildung muß der Wasserstrahl auf die Achse des Abgasstrahls gebracht werden. Am besten eignen sich hierfür Wenderohre, die unter einem Winkel von 30 Grad auf den Gasstrahl gerichtet sind. Die optimalen Abstände zwischen Düsenmündung, Wassereintrittspunkt und Flamme lassen sich berechnen und sind auch, basierend auf entsprechenden Versuchen, in Tabellen festgelegt. Der Effekt ist frappierend: Nach wenigen Minuten ist die Flamme erloschen. Die Effizienz des Verfahrens wird von der Leistungsfähigkeit der Turbine bestimmt. Für einen möglichen Einsatz in Kuwait soll, so war zu erfahren, das Triebwerk einer MiG 21 auf einem Panzerfahrzeug montiert werden.

## Schwierigste Arbeit steht noch bevor

Nach dem Löschen steht der schwierigste Teil der Arbeit aber noch bevor. Nach wie vor strömt Gas oder Öl aus dem Förderrohr, das es nun abzudichten gilt. Der Lärm ist ohrenbetäubend und erreicht eine Lautstärke von 140 Dezibel oder mehr. Die vorgehenden Trupps sind daher mit einem eigens gestalteten Gehörschutzhelm ausgerüstet.

Ehe eine entsprechende Verschlussvorrichtung aufgesetzt werden kann, muß das manchmal noch zu lange Förderrohr abgeschnitten werden. „Diese Ausgangssituation haben wir auch in Kuwait“, beschreibt Kunitz, „da steht größtenteils noch das ganze Rohr.“ Mit Hilfe eines Auslegerkrans und an Führungsseilen hängend wird nun ein Flansch über das abzutrennende Rohr gefädelt und daran verschraubt. Die Sicherung ist notwendig, damit das Teil nach dem Schnitt nicht unkontrolliert wegfliegt. Dieser Vorgang und auch das spätere Aufsetzen der Verschlussvorrichtung erfordert vom Kranführer und den Wehrmännern viel Erfahrung, Augenmaß und Fingerspitzengefühl.

Eine der verschiedenen Möglichkeiten zum Trennen ist das Erosionsschneid-Verfahren. Ein Wasser-Sand-Gemisch unter extrem hohem Druck erodiert das Rohr bei nach wie vor strömendem Medium, ohne daß es dabei durch Funkenbildung zu einer Rückzündung kommen kann.

Die Arbeitsbedingungen sind nicht einfach, die Trupps stehen dauernd unter Wasser. Umluftunabhängiger Atemschutz und spezielle Wasserschutzbekleidung sind hierfür unerlässlich.

Zum Verschließen des Steigraums wird danach ein Hochdruck-Absperrschieber, ein sogenannter Preventer, ebenfalls mit dem Kran über das Sondenrohr geführt und durch eine Zwangsführungsschelle fest mit diesem verbunden. Wird dieser Schieber dann verschlossen, ist die Erdgaseruption unter Kontrolle.

## Havarielager gut gefüllt

Aufgrund der jahrelangen Erfahrungen und auch aus der Praxis einiger Ernstfälle heraus hat sich in Salzwedel ein umfangreicher Bestand an Ausrüstungsgegenständen angesammelt. Angefangen von der persönlichen Schutzbekleidung, Atemschutz und Gehörschutz bis hin zur speziellen technischen Ausrüstung, die man für solche besonderen Fälle braucht und die es, so der Feuerwehrchef, „in keinem Laden zu kaufen gibt“, ist im Havarielager alles greifbar. Abfangschellen für die verschiedensten Rohrdurchmesser oder Rohrschneidevorrichtungen zum Trennen nach unterschiedlichen Methoden sind ebenso vorhanden wie Setzgeräte für Seitenschieber und Winden zum Aufsetzen von Flanschen oder Verschlussvorrichtungen.

Fast alle Ausstattungsgegenstände sind Unikate. Sie wurden ursprünglich für einen ganz bestimmten Fall gefertigt, erprobt und, nachdem sie sich bewährt hatten, aufbewahrt, gepflegt und gewartet, um dann irgendwann einmal wieder Verwendung zu finden. „Sicherlich ist da auch einiges mit hineingekommen, das sich unter den jetzigen Gesichtspunkten nicht mehr rechtefertigen läßt“, meint Kunitz. „Früher mußten wir viele an sich handelsübliche Dinge einlagern, von denen wir wußten, daß sie im Bedarfsfall nicht schnell genug lieferbar waren.“ So wurden beispielsweise auch bestimmte Sortimente an Hochdruckbolzen oder Weicheisenringen eingelagert, eine Maßnahme, die er aus heutiger Sicht für überflüssig hält.

Auf die Frage, welche dieser Geräte er nach Kuwait mitnehmen würde, antwortet er spontan: „Ich glaube,

ich würde fast alles einpacken, was hier steht. Man kann sich nicht von vornherein auf ein einziges Konzept festlegen. Jede Sonde sieht anders aus.“

## Tausend Tonnen Eisen im Feuer

Zum größten Einsatz, bei dem die Spezialwehr im Rahmen des RGW-Hilfeleistungsabkommens gefordert war, kam es vor einigen Jahren in Polen nahe Kolberg, wenige Kilometer entfernt von der Ostseeküste. Dort ereignete sich eine schwere Erdöl-Erdgas-Eruption mit ausgebreiteter Brandfolge. Kunitz beschreibt die damaligen Begleitumstände als zunächst sehr unübersichtlich. Fragen der Zuständigkeit und der Organisation nahmen viel Zeit in Anspruch. Aber auch die technische Ausgangssituation stellte die Wehr vor Schwierigkeiten. Rund tausend Tonnen Eisen lagen dort auf dem Gelände im Feuer. Um Rückzündungen zu verhindern, mußten die Stahlteile erst weggeräumt werden, bevor mit den eigentlichen Löscharbeiten begonnen werden konnte.

Vier Wochen hat es seinerzeit gedauert, bis die brennenden Sonden gelöscht und die Bohrungen erfolgreich abgedichtet waren. „Wir haben nachher geschätzt, daß die Aktion ohne die genannten organisatorischen Schwierigkeiten in vierzehn Tagen hätten bewältigt werden können“, rekapituliert er, „aber schneller sicher nicht. Tausend Tonnen Eisen wegzuräumen, braucht eben seine Zeit.“ Und mit Blick auf den Golfstaat: „Diese äußeren Bedingungen haben wir in Kuwait nicht. Dort ist im wesentlichen die Umgebung der Ölquellen frei, so daß man sofort mit der eigentlichen Arbeit beginnen könnte.“

Kunitz, der als Mitglied einer Delegation von Fachleuten unter Federführung des Bundesministeriums für Forschung und Technologie die brennenden Ölquellen in Kuwait besichtigt hat, ist sich sicher, daß „wir in der Lage sind, dort helfen zu können“. Der ehemalige Chef der Frankfurter Berufsfeuerwehr, Professor Ernst Achilles, formulierte es in einem Interview so: „Ob wir – vor allem, um die schwersten Umweltschäden abzuwenden – helfen dürfen, wird letztlich eine politische Entscheidung sein.“



# Investition in die Zukunft

## Praxisnahe Schulung im einjährigen Vorbereitungsdienst – 1991 erstmals eine Frau in der Ausbildung

„Ich bin seit acht Jahren Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr Bad Godesberg, und mein Wunsch war es schon lange, zur Berufsfeuerwehr Bonn zu kommen. Bisher war das sehr schwierig, weil als Voraussetzung für eine Einstellung ein Handwerksberuf gefordert war. Dies hat sich in der letzten Zeit geändert, so daß ich mich als Kaufmännischer Angestellter bewerben konnte.“

Theo Russeck hat es geschafft, sein Wunsch verwirklichte sich. Er ist einer von neun Bewerbern und – zum ersten Male – einer Bewerberin, die nach einem Auswahlverfahren des Amtes für Feuer- und Katastrophenschutz der Stadt Bonn im Januar 1991 die Nase vorn hatten. Aus einem Kreis von 60 zu einem Eignungstest eingeladenen Bewerbern qualifizierten sie sich für den einjährigen Vorbereitungsdienst für die Laufbahn des mittleren feuerwehrtechnischen Dienstes bei der Berufsfeuerwehr Bonn.

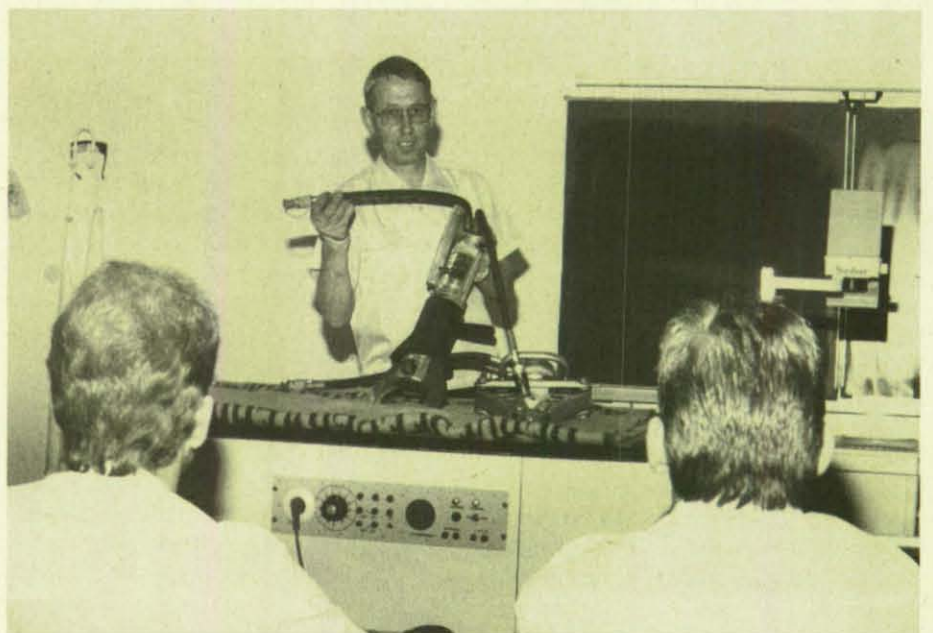
### Nicht jeder geeignet

Viele junge Männer und auch Frauen bewerben sich Jahr für Jahr um einen Ausbildungsplatz bei der städtischen Berufsfeuerwehr. Die Nachfrage ist groß, so muß also kräftig gesiebt werden. Nicht jeder eignet sich für diesen Beruf, die Auswahl ist streng, und nach Sichtung der Bewerbungsunterlagen wird nur knapp ein Drittel der Bewerber zu dem schon erwähnten Eignungstest eingeladen.

In diesem Test wird zum einen das Allgemeinwissen geprüft, zum anderen muß die körperliche Fitneß und Belastbarkeit in einem Sportpro-



Lehrgangsleiter Albert Lehmann (rechts) erläutert die Wärmeströmung in Flüssigkeit anhand eines Experiments.



Gleich zu Beginn der Ausbildung werden den Anwärtern die einzelnen Geräte und ihre Handhabung erläutert.



Die angetretene Truppe nimmt den Angriffsbefehl für eine Löschübung entgegen.



Der Melder am Verteiler wartet auf das Kommando: „Wasser marsch!“



Gegenseitige Hilfe erleichtert das Anschrauben des Lungenautomaten an die Maske.

gramm nachgewiesen werden. Zu den Aufgaben zählt auch das Besteigen einer Drehleiter im Freistand. „Oft ist dies der Scheidepunkt“, sagt Brandoberinspektor Albert Lehmann, Ausbilder der Berufsfeuerwehr Bonn. „Da muß schon der innere Schweinehund überwunden werden. Oft trennt sich hier die Spreu vom Weizen. Wer die Drehleiter nicht besteigen kann, hat keine Chance, Feuerwehrmann zu werden.“

## Breitgefächerte Einsatzaufgaben

Die Personalstärke der Berufsfeuerwehr Bonn beträgt derzeit rund 270 Beamte des feuerwehrtechnischen Dienstes. Der Einsatzdienst auf den im Stadtgebiet verteilten vier Feuerwachen umfaßt:

- die Bekämpfung von Bränden,
- die Rettung von Personen und Tieren,
- die Bergung von Sachgütern,
- die Beseitigung von Hindernissen nach Unfällen und Unwettern,
- die Beseitigung von allgemeinen Gefahrenzuständen,
- Maßnahmen zur Beseitigung von Gefahren für die Umwelt und
- den Medizinischen Rettungsdienst.

Die vielseitigen Einsatzaufgaben erfordern eine qualifizierte, praxisbezogene Ausbildung. Das 1988 bezogene zentrale Ausbildungszentrum der Berufsfeuerwehr Bonn bei der Feuerwache 2 in Beuel bietet hierfür die besten Voraussetzungen. In der Schulungsstätte – sie dient auch der Ausbildung der Helfer in den Freiwilligen





Eine zentrale Aufgabe hat der Maschinist.

ligen Feuerwehren – werden den Anwärtern/Anwärterinnen in einem viermonatigen Grundlehrgang u. a. theoretische und praktische Kenntnisse im abwehrenden und vorbeugenden Brandschutz sowie in der Technischen Hilfeleistung vermittelt.

## Vier Ausbildungsabschnitte

Die Grundausbildung ist der erste von vier Ausbildungsabschnitten des

einjährigen Vorbereitungsdienstes. Je ein einwöchiger Lehrgang „Gefährliche Stoffe und Güter I“ sowie „Strahlenschutz I“ schließen sich an. Danach absolvieren die Anwärter eine Sonderausbildung zum Rettungssanitäter. Es folgt ein Wachpraktikum von drei Monaten, das der Einführung in den praktischen Feuerwehrdienst dient. Den Abschluß des Vorbereitungsdienstes bildet die Laufbahnprüfung für den mittleren feuerwehrtechnischen Dienst.



Der Angriffstrupp dringt in den verqualmten Raum vor.

Die Inhalte der theoretischen und praktischen Schulung im Grundausbildungslehrgang gliedern sich in:

- **Staats- und Verwaltungskunde**
  - Staatsbürgerkunde
  - Feuer- und Katastrophenschutzrecht
  - Sicherheits- und Ordnungsrecht
  - Verkehrsrecht
  - Organisation der Feuerwehren und des Katastrophenschutzes
  - Unfallverhütungsvorschriften
  - Beamtenrecht
  - Haushaltswesen
  - Verwaltungsschriftverkehr
  - Grundzüge des Personalvertretungsrechts
- **Fachbezogene Grundlagen**
  - Verbrennungsvorgang
  - Löschmittel und Löschverfahren
  - Mechanik
  - Baukunde
  - Strahlenschutz
  - Gefährliche Stoffe
  - Physiologische Grundlagen des Atemschutzes
  - Verhalten im Einsatz mit Atemschutzgeräten
- **Fahrzeug- und Gerätekunde**
  - Fahrzeugkunde
  - Schutzkleidung – Schutzgeräte
  - Schläuche, Armaturen und Zubehör
  - Tragbare Leitern
  - Fangleinen, Arbeitsleinen
  - Geräte zur Rettung und zum Transport von Verletzten
  - Beleuchtungsgeräte, Signal- und Warngeräte
  - Handwerkszeug
  - Meßgeräte
  - Ölwehr-Geräte
  - Sprechfunkgeräte
  - Normung
  - Geräteprüfung
- **Einsatzlehre**
  - Einsatzplanung und Vorbereitung
  - Hinweisschilder und Zeichen
  - Praktische Einsatzübung (Brand-einsatz)
  - Löschwasserversorgung
  - Gefahren der Einsatzstelle
  - Erste Hilfe
  - Retten und Selbstretten
  - Atemschutzausbildung
  - Technische Hilfeleistung
  - Ortskunde
  - Kartenkunde
- **Vorbeugender Brandschutz**
  - Brandsicherheitswachen
  - Ortsfeste Brandschutzeinrichtungen
  - Brandmeldeanlagen
- **Körperertüchtigung**
  - Rettungsschwimmen
  - Konditionstraining



Eine besondere Übungseinlage: Bergen einer Person über die Drehleiter.



## Im Vordergrund: Gerätekunde

Dominierendes Thema am Anfang der Ausbildung ist die Gerätekunde. „Für mich ist es mit das Wichtigste, den Anwärtern gleich zu Beginn die Geräte auf den Einsatzfahrzeugen vorzustellen. Es ist ihr künftig

Handwerkszeug, und die Lehrgangsteilnehmer müssen als erstes wissen, mit welchen Geräten sie arbeiten und was sie damit machen können“, sagt Albert Lehmann. Die vertiefende Schulung an den einzelnen Geräten erfolgt dann bei der Fachausbildung, wobei natürlich zum Ende des Lehrgangs nicht alle Geräte perfekt von den Anwärtern beherrscht werden. Hierfür ist die

Ausbildungszeit zu kurz. Der weiterführenden Schulung in den einzelnen Feuer- und Rettungswachen, zu denen die Anwärter später versetzt werden, bleibt es vorbehalten, die Gerätekenntnisse zu vertiefen und den Umgang damit zu vervollkommen.

Ein sportlich gut trainierter Körper hilft dem Feuerwehrmann, die bei vielen Einsätzen aufkommenden



Zum Übungsprogramm gehört auch der Einsatz einer Motorkettensäge.



Lehrgangsteiter Albert Lehmann (Mitte) gibt nützliche Tips.



Streßsituationen leichter zu bewältigen. Aus diesem Grunde ist die Sportausbildung ein fester und wichtiger Bestandteil des Dienstplans. So steht einmal in der Woche an einem Vormittag „Leichtathletik“ auf dem Programm. Ziel ist der Erwerb des Sportabzeichens. Absolviert wird auch eine Schwimmbildung, die mit der Prüfung für das Deutsche Rettungsschwimmerabzeichen der DLRG in Bronze abschließt.

## Praxisnahe Atemschutzausbildung

Besonderer Wert wird auf die Atemschutzausbildung gelegt. Hierfür steht auf der Feuerwache 1 eine Atemschutzübungsanlage zur Verfügung. Zu Beginn der rund 35stündigen Ausbildung erfolgen nach einer Einführung in die theoretischen Grundlagen des Atemschutzes sogenannte Gewöhnungsübungen unter umluftabhängigem (Filtergeräte) und umluftunabhängigem Atemschutz (Preßluft- und Kreislaufgeräte) im Freien und in abgedunkelten Räumen. „Die Anwärter sollen ihren Tastsinn schulen und lernen, wie sie sich verhalten müssen, um bei einem Einsatz nicht gleich in jedes Loch blind reinzutreten“, sagt der Leiter der Atemschutzausbildung, Brandoberinspektor Willi Palm. Später geht es dann auf die Übungsstrecke, die eine praxisnahe Ausbildung gewährleistet. Häufig erschweren Hindernisse, unbekannte Raumverhältnisse, Dunkelheit, Hitze und Rauch Rettungs- und Bergungseinsätze. Im Bereich der Übungs- und Kriechstrecke, die sich in zwei Ebenen gliedert, ist dies alles zu simulieren. Hier wird im Trupp vorgegangen und insbesondere die Zusammenarbeit, die gegenseitige Absprache im Vorgehen, die Sicherung und das Überwinden verschiedener Hindernisse trainiert.

## Übungen zeigen Ausbildungsstand

„Wasserentnahmestelle ist der Unterflurhydrant am Blumenbeet, Lage des Verteilers nach einer B-Länge, Angriffstrupp unter Preßluftatmer mit erstem C-Rohr zur Brand-

Mit großer Präzision durchschneidet die hydraulische Schere den Holm eines Pkws.



bekämpfung zur Werkstatt vor!“ Der Angriffsbefehl bringt Bewegung in die angetretene Truppe. Die angehenden Feuerwehrmänner üben den Löscheinsatz bei einem angenommenen Werkstattbrand. Der Ablauf zeigt, daß die Ausbildung Früchte trägt, die meisten Handgriffe sitzen.

Während der Atemschutztrupp die Preßluftgeräte anlegt, rollen schon die ersten Schläuche in Richtung Werkstatt. Wenige Minuten später heißt es: „Wasser marsch!“

Aus etwas abgesetzter Position beobachtet Albert Lehmann mit kritischen Augen den Löschangriff. Hier



Nur wenige Minuten dauert es, bis das Fahrzeugdach abgehoben werden kann.

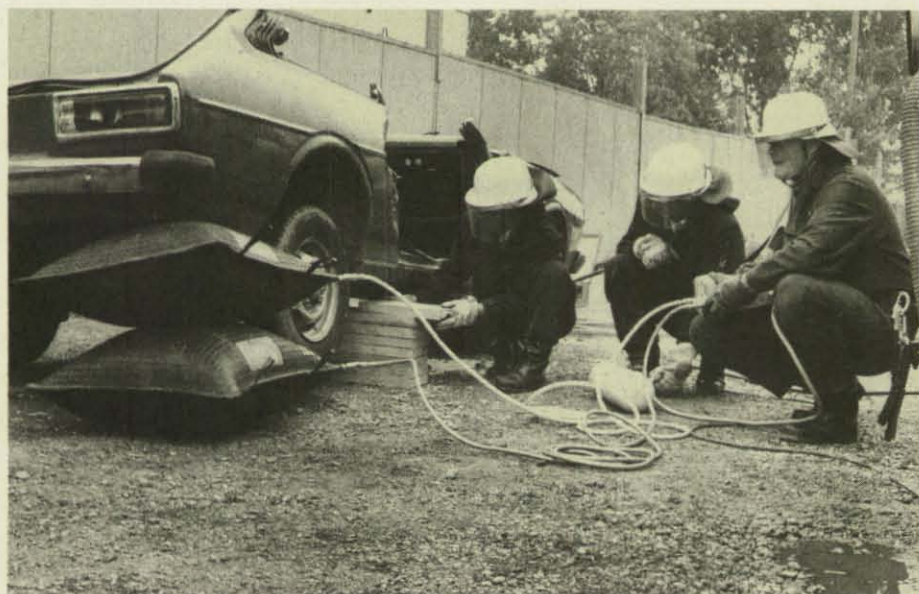




Das Lenkrad wird mit Hilfe einer Kette und dem hydraulischen Spreizer nach vorne gezogen.



Ein weiteres Gerät für die Technische Hilfeleistung: die Trennschleifmaschine.



Auch das Anheben eines Fahrzeugs mit Hilfe von Hebekissen wird in der Ausbildung gelehrt.

und da ein Kopfschütteln zeigt an, daß es noch kleine Schwächen gibt. Sie werden anschließend in einer Übungskritik besprochen.

Zu Beginn der Ausbildung sind die Löschübungen natürlich nicht sehr realistisch. Zuerst kommt es darauf an, die einzelnen Handgriffe einzüben und die Abläufe kennenzulernen. Später sind die „Einsätze“ realitätsnaher. So werden u. a. die angenommenen Brandräume verqualmt und Gegenstände ausgelegt, die zu bergen sind. Dies bringt mehr Akzeptanz bei den Anwärtern, die voll gefordert werden wollen.

Insgesamt spiegeln die auf die Lehrgangszeit verteilten Einsatzübungen den jeweiligen Ausbildungsstand wider. Hier zeigt sich deutlich, was schon beherrscht wird oder woran noch gearbeitet werden muß, um bei der Prüfung nicht auf der Strecke zu bleiben.

## Engagiert dabei

Bei der Feuerwehr gibt's Technik satt. Oft ist dies mit ein Grund für junge Menschen, sich für den Beruf des Feuerwehrmannes zu entscheiden. Die Ausbildung auf dem Schrottplatz eines Autoverwerfers macht dies deutlich. Da muß nicht lange gefragt werden: „Wer macht's?“, wenn es gilt, mit Hilfe der hydraulischen Schere aus einer Limousine ein „Cabriolet“ zu schneiden. Innerhalb weniger Minuten ist das Dach eines Pkw's abgeschnitten und das Lenkrad hochgebogen. Arbeiten, die notwendig sind, um eine eingeklemmte Person bergen zu können.

Auch bei der Schulung an den weiteren Geräten für die Technische Hilfeleistung wie Trennschleifer, Hebekissen, Greifzug etc. sind die Lehrgangsteilnehmer engagiert bei der Sache. Sie wissen, daß der Umgang mit diesen Geräten später zum Tagesgeschäft gehört und die fachgerechte Handhabung Menschenleben retten kann.

## „Wahnsinn – ich hab's geschafft“

Daß in diesem Jahr auch eine Frau in den Vorbereitungsdienst eingestellt wurde, ist für die Berufsfeuer-





Bevor die Anwärter mit dem Kreislaufgerät auf die Atemschutzübungsanlage gehen, erfolgen Gewöhnungsübungen am Schlaghammer und wie hier auf der Endlosleiter.

gefordert wird und bereitete sich systematisch auf das Auswahlverfahren vor.

„Ich setzte fest darauf, daß ich die schriftliche Prüfung schaffe“, sagt Dorothee Honecker. „Ein Problem war nur der sportliche Teil. Vorher dachte ich, da hast du kaum eine Chance. Aber es hat dann doch Freude. Aber es war Wahnsinn. Man wächst in einer solchen Situation weit über sich hinaus. Ich habe meine persönliche Bestzeit gelaufen, mein wochenlanges Fitneß- und Lauftraining hatte sich gelohnt.“

Dorothee Honecker ist selbst überrascht, daß sie in die neue Aufgabe so gut hineinwächst. „Ich möchte nichts anderes mehr machen“, sagt sie. „Die gesamte Technik macht mir riesig Spaß. Man lernt sehr viel und immer etwas anderes.“

Mit den Lehrgangskollegen kommt Dorothee Honecker gut zurecht. Sie weiß, daß es nicht nur positive Meinungen über den Beruf der Feuerwehrfrau gibt. „Aber es liegt auch an mir, die Kritiker eines Besseren zu belehren“, sagt sie selbstbewußt.

wehr Bonn ein Novum. Dorothee Honecker schaffte es beim Eignungstest, eine weitere Mitbewerberin und eine Vielzahl von männlichen Mitbewerbern aus dem Felde zu schlagen.

Die gelernte Arzthelferin, die später auf Rettungsassistentin umschulte

und bei einer Hilfsorganisation im Rettungsdienst tätig war, sah kein weiteres Fortkommen mehr in diesem Beruf und wollte sich verändern. Über eine Freundin erfuhr sie von der Möglichkeit, bei der Berufsfeuerwehr einzusteigen. Sie erkundigte sich, was im Eignungstest

## Hoher Stellenwert

Für die Berufsfeuerwehr Bonn hat die Nachwuchsausbildung einen hohen Stellenwert. Nur wenn sichergestellt ist, daß für aus dem Dienst scheidende Feuerwehrmänner leistungsfähige Beamte und inzwischen auch Beamtinnen nachrücken, kann die Feuerwehr ihre verantwortungsvolle Aufgabe, schnelle Hilfe bei Bränden, Unglücksfällen und Notständen zu leisten, auch in Zukunft bewältigen.

Die eigene, praxisnahe Ausbildung des Nachwuchses bildet hierfür die Grundlage. Nach dem Vorbereitungsdienst kommt es darauf an, die neuen Kollegen sinnvoll in den täglichen Einsatzdienst einzubinden. Sie erhalten so die Möglichkeit, das in den Lehrgängen erlernte Wissen und Können anzuwenden und zu vertiefen. Mit Unterstützung der altgedienten Feuerwehrkollegen werden sie denn sicher bald zu den erfahrenen Einsatzkräften zählen. - güse -



Dorothee Honecker (Mitte) ist die erste „Oberfeuerwehrfrau anwärterin“, so die offizielle Bezeichnung, der Berufsfeuerwehr Bonn. (Fotos: Sers)



# Gefahrgutunfall auf der A 61

## Über 130 Einsatzkräfte im Einsatz – Autobahn rund 20 Stunden gesperrt

Fast 20 Stunden dauerten die Aufräumarbeiten nach einem Gefahrgutunfall, der sich in der Nacht vom 5. auf den 6. Juli dieses Jahres auf der Autobahn 61 Höhe Weilerswist bei Köln ereignet hatte. Bei hochsommerlichen Temperaturen waren über 130 Einsatzkräfte unter anderem der Freiwilligen Feuerwehren Weilerswist, Euskirchen, Kall, des Rettungsdienstes aus dem Kreis Euskirchen, des Deutschen Roten Kreuzes Weilerswist sowie der Gemeinde Weilerswist im Einsatz. Nach der sorgfältigen Sicherung des Gefahrgutes sowie der Bergung der Unfallwracks war eine umfangreiche Abtragung verseuchten Erdreiches notwendig. Die Chronologie eines „alltäglichen“ Einsatzes:

Als die Einsatzkräfte der Freiwilligen Feuerwehr Weilerswist am 6. Juli 1991 gegen 1 Uhr in der Nacht auf der A 61 Fahrtrichtung Koblenz bei Kilometer 153,8 eintreffen, finden sie eine problematische Situation vor. Eine Zugmaschine samt Anhänger, beladen mit Gefahrgut (Gebinde in 800-Liter-Kunststofftanks sowie 200-Liter-Fässer aus Kunststoff und Metall), war auf der A 61 von Koblenz (Rheinland-Pfalz) kommend in Fahrtrichtung Köln durch die Mittelleitplanke auf die Gegenfahrbahn Fahrtrichtung Koblenz geraten und umgestürzt. Nun liegt die Zugmaschine seitlich quer über der Fahrbahn auf der Fahrerseite, mehrere Fässer sind neben der Zugmaschine, teilweise im Hang der Autobahnböschung, teilweise auf der Fahrbahn, im Umkreis von vier bis fünf Metern verstreut. Zusätzlich war ein Kleintransporter in die Zugmaschine gefahren.

Den Anhänger des verunfallten Lastkraftwagens finden die Einsatzkräfte in Schräglage im Hang der Autobahnböschung noch angekup-

pelt an der Zugmaschine. Der Anhänger wird durch die verkeilte Leitplanke und die Zugmaschine in einer mehr oder weniger stabilen Position gehalten. Drei verletzte Personen,

Fahrer und Beifahrer des Lastkraftwagens sowie der Fahrer des Kleintransporters, stehen rund zwanzig Meter von der Unfallstelle entfernt und werden sofort der Obhut



Nach Durchbrechen der Mittelleitplanke stürzt der Gefahrguttransporter auf der Gegenfahrbahn um.



Im Umkreis von vier bis fünf Metern ist die Ladung auf der Fahrbahn verstreut.



des eintreffenden Rettungsdienstes übergeben.

## Einleitung notwendiger Erstmaßnahmen

Umgehend leiten die Einsatzkräfte der Freiwilligen Feuerwehren die notwendigen Erstmaßnahmen ein. Zunächst werden die Absperrgrenzen unter Berücksichtigung der Windrichtung festgelegt und erste Brandschutzmaßnahmen eingeleitet. Unterdessen wird ein Angriffstrupp ausgerüstet und unter Vollschutz zur Erkundung ins „Zentrum“ der Unfallstelle vorausgeschickt. Gleichzeitig läßt die Einsatzleitung entsprechen-

de Reservetrupps unter Vollschutz bereitstellen.

Sodann folgen Messungen mit dem Explosimeter zur Erkundung einer eventuellen Explosionsgefahr - das Ergebnis dieser Messungen ist zur Erleichterung der Einsatzkräfte negativ. Eine mögliche Konzentration giftiger, für Mensch und Umwelt schädlicher Gase wird daraufhin durch spezielle Messungen mit entsprechenden Prüfröhrchen kontrolliert - auch diese Messungen verlaufen negativ. Nachdem der Einsatzleitung aus diesen Ergebnissen ersichtlich wird, daß weder eine Gefahr durch explosive noch durch giftige Gase besteht, wird der mit der Zugmaschine kollidierte Kleintrans-

porter mittels eines Rüstwagens der Feuerwehr aus der akuten Unfallzone entfernt.

Der zur Erkundung vorausgegangene Angriffstrupp findet weder Ladepapiere oder Unfallmerkblätter im Fahrerhaus noch hinter der außen angebrachten orangefarbenen Warntafel, die auf den Transport von gefährlichen Stoffen hinweist. Zwischenzeitlich treffen der nachgeforderte Einsatzleitwagen 2 und der neugebildete Gefahrgutzug der Freiwilligen Feuerwehr Euskirchen am Unfallort ein. In Zusammenarbeit mit den bereits anwesenden Einsatzkräften wird eine Feuerwehrein-  
leitung vor Ort gebildet. Diese Ein-

Einsatzkräfte unter Vollschutz erkunden die Identität der gefährlichen Güter.





satzleitung veranlaßt umgehend weitere Maßnahmen.

## Erkundung des Ladegutes

Zunächst wird eine umfassende Sichtung des gesamten Ladegutes sowie die Erkundung der Handelsnamen der vorgefundenen Stoffe vorgenommen. Es folgt die Eingrenzung der Unfallstelle durch Sandsäcke und Bindemittel. Am Rande der Einsatzstelle wird eine Dekontaminierungsstation zur Grobreinigung der Schutzanzüge eingerichtet. Der zuständige Kreisbrandmeister, die Untere Wasserbehörde sowie das Ordnungsamt und der Gemeindedirektor Weilerswist werden ausführlich über den Sachstand informiert. Da abzusehen ist, daß den Einsatzkräften ein stundenlanger harter Einsatz bevorsteht, wird die DRK-Bereitschaft alarmiert und mit einer entsprechenden Verpflegung der Einsatzkräfte für die Dauer des Einsatzes beauftragt.

Unterdessen liegen nach intensiven Nachforschungen erste Erkenntnisse über die Zusammensetzung der Gefahrgut-Ladung vor. Insgesamt haben es die Einsatzkräfte der Feuerwehren mit fünf verschiedenen chemischen Stoffen zu tun. Die verunglückte Zugmaschine ist beladen mit rund 3230 Kilogramm Hostapur 05, verpackt in vier Gebinde. Laut Gefahrzettel handelt es sich um eine „reizende“ Substanz. Weiter befinden sich auf der Zugmaschine 17 Fässer, insgesamt 3400 Kilogramm, des reizenden und leicht entzündlichen Präpagen. Die Ladung des Anhängers besteht aus sechs Fässern (1200 Kilogramm) Bardac 22, leicht entzündlich sowie ätzend, fünf Fässern (1000 Kilogramm) Dodigen 95, reizend, sowie zehn Fässern (2000 Kilogramm) Genapol X 060, ebenfalls reizend.

Über das im Einsatzleitwagen 2 befindliche Funktelefon wird umgehend Kontakt mit der Herstellerfirma der chemischen Substanzen aufgenommen, so daß die Sicherheitsdatenblätter der entsprechenden Stoffe der Einsatzleitung direkt in den Einsatzleitwagen durchgefakt werden können. Die Arbeiten an der Unfallstelle gehen unabhängig davon weiter. 1200 Liter ausgelaufenes Hostapur 05 und 400 Liter Präpagen werden mit Bindemittel gebunden. Die unbeschädigten Fässer werden durch die vorgehenden Trupps unter Vollschutz aus der verunfallten Zug-



Ausgelaufene Substanzen werden durch Bindemittel aufgenommen – unbeschädigte Fässer zum Abtransport verladen.



Zur Reinigung der Vollschutzanzüge wird eine Dekontaminationsstelle eingerichtet.



Nach sorgfältiger Sicherung der Ladung wird das Unfallwrack geborgen. (Fotos: Züll)



maschine geborgen und mittels eines Gabelstaplers, der vom Bauhof der Gemeinde Weilerswist angefordert wurde, auf dafür bereitgestellte Lastkraftwagen verladen. Nach der Bergung der in der Zugmaschine befindlichen Gebinde trennen Einsatzkräfte der Freiwilligen Feuerwehr Kall den Anhänger von der Zugmaschine und ziehen ihn mit dem Kranwagen 20 der Feuerwehr unter Berücksichtigung der größten Sicherheitsmaßnahmen auf die Fahrbahn zurück.

## Gefahr durch leckgeschlagenes Faß

Nach einer weiteren Untersuchung des Anhängers stellen die Einsatzkräfte fest, daß bei dem Unfall, offensichtlich infolge des Aufpralls, ein Faß Bardac 22 beschädigt worden war. Von seiten der Einsatzleitung muß nun angenommen werden, daß bei diesem Faß eine Leckage vorliegt. Auf Grund der hohen Außentemperaturen, zwischenzeitlich zeigt das Thermometer circa 35 Grad Celsius an, sowie des niedrigen Flammpunkt von Bardac 22, der bei 27 Grad Celsius liegt, werden die Fässer umgehend mittels Sprühstrahl gekühlt. Das leckgeschlagene Faß wird in ein Bergungsfäß verlastet und mit den anderen Fässern Bardac 22 auf einen bereitstehenden Lastkraft-

wagen des Bauhofes Weilerswist verladen. Diese Fässer werden anschließend, begleitet von Polizeikräften, zu einer in der Nähe befindlichen Zweigniederlassung des Produktherstellers zur weiteren Entsorgung transportiert.

Mit Hilfe der inzwischen von einer Entsorgungsfirma bereitgestellten Spezialcontainer wird das kontaminierte Bindemittel aufgenommen. Das aufgefangene kontaminierte Wasser der Dekontaminierungsstation wird mittels Saugwagen der Entsorgungsfirma aufgenommen. Nach weitgehender Räumung der Unfallstelle beginnt man mit einem von der Unteren Wasserbehörde bereitgestellten Bagger, das kontaminierte Erdreich der Autobahnböschung abzutragen und verlädt es in bereitstehende Spezialcontainer. Nach Abschluß dieser Maßnahmen verbleiben noch zwei Tanklöschfahrzeuge und ein Einsatzleitwagen 1 zwecks Unterstützung der Autobahnmeisterei Weilerswist zur Fahrbahnreinigung zurück. Gegen 19.30 Uhr ist der Einsatz beendet.

## Feuertaufe für neue Technik

Bei diesem im Kreis Euskirchen bislang größten Gefahrguteinsatz waren rund 35 Einsatzfahrzeuge im Einsatz. Ihre „Feuertaufe“ bestanden der neue Gefahrgutzug der Feuer-

wehr Euskirchen sowie der neue Einsatzleitwagen 2, der, ausgestattet mit modernster Kommunikationstechnik (Funktelefon und Telefax), den sofortigen Kontakt mit dem Hersteller der Chemikalien ermöglichte, was von entscheidender Bedeutung für den Einsatzverlauf war.

Während des gesamten Einsatzes wurden 178 Atemluftflaschen gebraucht. Bedingt durch die an der Einsatzstelle hohen sommerlichen Außentemperaturen (ca. 35 Grad Celsius) mußten die unter Vollschutz vorgehenden Trupps alle fünfzehn Minuten ausgetauscht werden. Drei Feuerwehrmänner zogen sich leichte Hautreizungen zu, die in einem Krankenhaus ambulant behandelt werden mußten. Während des gesamten Einsatzes war mindestens ein Notarzt mit Notarzteinsatzfahrzeug sowie ein Rettungswagen vor Ort.

Ein erschütterndes Ergebnis brachte eine Kontrolle der Autobahnpolizei auf der A 61 bei Weilerswist nur wenige Tage später: 44 Prozent von 170 gestoppten Lastwagen – darunter 62 mit gefährlichen Gütern – wiesen zum Teil gravierende Mängel auf. Initiator der Aktion war der Kölner Regierungspräsident Franz-Josef Antwerpes. Sein Kommentar: „Die Bußgelder sind doch bessere Trinkgelder. Das hält viele Spediteure nicht davon ab, ihre Fahrer mit erheblich mangelbehafteten Transporten loszuschicken.“



# Die ersten „Jumbos“ sind schon da

## Beeindruckende Technik für die Flughafenfeuerwehr – 1000 PS reichen für 145 Stundenkilometer

Pünktlich am 17. Mai 1992 soll der Start erfolgen: Der neue Flughafen München wird eröffnet. Auf insgesamt 1500 Hektar befinden sich zwei parallele Start- und Landebahnen von je 4000 Meter Länge und 60 Meter Breite, rd. 12 bis 14 Millionen Fluggäste sollen jährlich abgefertigt werden. Hinzu kommt eine Luftfracht von über 50 000 Tonnen. Fünfzig Linien- und 80 Chartergesellschaften werden München mit der Welt verbinden.

Der 1939 in Riem in Betrieb genommene, damals modernste Flughafen wird dann nach 53 Jahren geschlossen, während in Erding-Nord/Freising der neue seine Tore öffnet. Etwa

12 000 Menschen werden am und im Flughafen arbeiten, hauptsächlich in den verschiedensten Dienstleistungsarten. Fast eine kleine Stadt für sich . . .

### In drei Minuten zur Stelle

Zu einer solchen „Stadt“ gehören natürlich auch entsprechende Sicherheitseinrichtungen - und die waren Anlaß für das „Bevölkerungsschutz-Magazin“, sich auf dem (bisherigen) Flughafen München umzusehen, weil nämlich das künftige

Feuerwehr-Equipment nicht nur geordert, sondern bereits geliefert wurde: vier Großlösch- und zwei Pulverlöschfahrzeuge werden der Sicherheit dienen. Mit den zwischen 800 000 und 1,2 Millionen Mark teuren Fahrzeugen steht der Flughafenfeuerwehr an zwei Feuerwachen ein ausreichendes Potential zur Verfügung, um gemäß dem Richtwert der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation jeden Punkt der beiden Runways innerhalb von maximal drei Minuten zu erreichen.

Die neuen Löschfahrzeuge weisen beeindruckende Leistungen in der Fahrzeug- und Feuerlöschtechnik auf. Das 36 Tonnen schwere, vier-



Drei der neuen vierachsigen, je 36 Tonnen schweren Wasser-/Schaumfahrzeuge der Münchner Flughafenfeuerwehr.





Ein 1000-PS-Motor bringt den „Jumbo“ ganz schön auf Trab: 145 km/h ist die Spitze.

achsige Wasser-/Schaumfahrzeug hat einen Fahrmotor mit 1000 PS, ein zusätzlicher Pumpenmotor erzeugt eine Leistung von 313 PS. Mit 13 500 Litern Wasser und 2x 810 Litern Schaum ist eine genügende Löschkapazität gewährleistet. Die Ausstoßrate des Dachwerfers beträgt 9000 Liter pro Minute. Das 22 Tonnen schwere, dreiachsige Trockenlöschfahrzeug hat eine Motorleistung von 550 PS und führt 4000 Kilogramm Löschpulver mit sich.

## Notfalls Ein-Mann-Bedienung

Während die Aufbauten für die Fahrzeuge von einer niederländischen Firma geliefert wurden, stammen die Fahrgestelle von einem bekannten Münchner Unternehmen. Trotz des relativ geringen Eigengewichts sind die „Jumbos“ durch einen verwindungssteifen Rohrrah-



Wasser aus allen Rohren – Dach- und Frontwenderohr in Aktion.

men für schwere Lasten ausgelegt und zeichnen sich durch eine ausgezeichnete Geländegängigkeit aus. Das bereits vielfach bewährte Fahrgestell verfügt auch über eine Anlage zur Regelung des Reifendrucks. Bei schwierigem Gelände kann damit der Reifendruck zur Erhöhung der Zugkraft reduziert werden.

Speziell entworfene und auf die Bedürfnisse der Münchner Flughafenfeuerwehr zugeschnittene Fahrerinnen erleichtern den Feuerwehrleuten die Arbeit. Merkmale sind u. a. breite Schwenktüren sowie übersichtlich und großzügig angeordnete Bedienungselemente im Fahrerhaus. Die Löschtechnik kann über eine speicherprogrammierbare Steuerung zum Einsatz gebracht werden. Eine manuelle Bedienung ist jedoch ebenfalls möglich. Apropos Bedienung: Die Fahrzeuge sind im Prinzip für eine Besatzung von drei Personen ausgelegt, können im Notfall jedoch auch von nur einem Mann bedient werden. Die Elektronik sorgt dafür, daß die Feuerwehrentechnik während der Fahrt einsatzbereit gemacht wird. Alle erforderlichen Funktionen werden dazu über einen Prozessorrechner eingeschaltet und kontrolliert.

## Beschleunigung wie Mittelklasse-Pkw

Die Großlöschfahrzeuge in der Ausführung 8 x 8 erledigen den Sprint von 0 auf 80 km/h in 19 Sekunden und bleiben damit deutlich unter der Vorgabe, die Dreiachser 6 x 6 mit 550-PS-V10-Zylinder-Motoren und 23 t Gesamtgewicht erfüllen mit 23 Sekunden ebenfalls das vorgegebene Limit.

Um die Einsatzbereitschaft der Fahrzeuge weiter zu erhöhen, wurden neben der Reifendruck-Regelanlage mit Schnellentlüftung eine elektrische Motorvorwärmung, eine elektrische Druckluft-Erhaltungsanlage und Batterieaufladung über Anschluß an die Steckdose sowie ein externer Motorstart vorgesehen. Wenn Feueralarm ausgelöst wird, kann per Knopfdruck am linken Beifahrersitz der Motor gestartet werden. Wenn der Fahrer seinen Platz hinter dem Lenkrad eingenommen





Links:  
Blick ins Fahrerhaus: Der Fahrer sitzt in der Mitte, die Türen schließen automatisch.



Unten:  
Der „kleinere Bruder“ als Pulverlöschfahrzeug transportiert vier Tonnen Pulver, notfalls mit Tempo 140. (Fotos: pewe 4, MAN 1)

hat, kann unmittelbar losgefahren werden, die Türen schließen sich automatisch beim Anfahren.

## Fahrer sitzt in der Mitte

Im Fahrerhaus, das als Kippkabine ausgebildet ist und speziell für den Feuerwehreinsatz mit einem neu entwickelten Design versehen wurde, sind drei Plätze: Der Fahrerplatz wurde zur Mitte hin verlegt, links und rechts sind Einzelsitze für Feuerwehrleute vorgesehen. Das Armaturenbrett ist modular aufgebaut.

Abschließend die technischen Daten der Fahrzeuge:

### Wasser-/Schaumfahrzeuge (4 Stück)

- Länge x Breite x Höhe: 11,40 x 2,90 x 3,40 m
- Gesamtgewicht: 39 000 kg
- Dauerallradantrieb: 8 x 8
- Beschleunigung 0-80 km/h: innerhalb von 19 Sekunden
- Höchstgeschwindigkeit: 145 km/h
- Fahrmotorleistung: 735 kW/1000 PS
- Pumpenmotorleistung: 229 kW/311 PS
- Wassertank: 13 500 l
- Schaummitteltank: 2 x 810 l
- Feuerlöschkreiselpumpe: 8000 l/min
- Dachwenderohr: 6000/3000 l/min
- Frontwenderohr: 1800 l/min
- Schnellangriffshaspel: 2230 l/min

### Pulver-Erstangriffsfahrzeuge (2 Stück)

- Länge x Breite x Höhe: 9,55 x 2,90 x 3,40 m
- Gesamtgewicht: 22 000 kg
- Dauerallradantrieb: 6 x 6
- Beschleunigung 0-80 km/h innerhalb von 23 Sekunden
- Höchstgeschwindigkeit: 140 km/h
- Fahrmotorleistung: 405 kW/550 PS
- Pulverkessel: 4000 kg
- Dachwenderohr: 50/25 kg/sec
- Frontwenderohr: 20/10 kg/sec
- Schnellangriffshaspel: 2 x 2,5 kg/sec



## Quer durch Niedersachsen

### Oldenburg

Trotz Urlaubszeit und fast tropischer Temperaturen besuchte eine Gruppe von CDU-Landtagsabgeordneten unter Führung des stv. Fraktionsvorsitzenden Hans Eveslage die BVS-Dienststelle Oldenburg. Landesstellenleiter Edgar Sohl und Dienststellenleiter Rolf Bartsch nutzten die Gelegenheit zu einer aktuellen Standortbestimmung des Selbstschutzes.

Vor dem Hintergrund der derzeitigen Diskussionen wurde ausführlich dargestellt, daß auch künftig im Rahmen der „fundamentalen Staatsaufgabe Bevölkerungsschutz“ ein flächendeckendes Ausbildungs- und Informationsangebot, wie es der BVS anbietet, vorgehalten werden muß. Einigkeit bestand darüber, daß alle Einrichtungen des Zivil- und Katastrophenschutzes einschließlich des BVS den aktuellen Entwicklungen an-

gepaßt werden müssen. In diesem Zusammenhang sicherten die CDU-Abgeordneten zu, daß ihre Landtagsfraktion den Niedersächsischen Innenminister dabei unterstützen werde, „diese bedeutsame Institution“, die man für „unverzichtbar“ erachte, zu erhalten.

### Hameln

„Für den Bürger – mit dem Bürger“ – Unter diesem Motto stand eine Rundzelt-Ausstellung, die der BVS in Hameln am Pferdemarkt zeigte. Die Schirmherrschaft hatte Oberstadtdirektor Dr. von Reden-Lütken übernommen, eröffnet wurde die Ausstellung durch Bürgermeister Günter Scheffler. Neben Kommunalpolitikern nahmen auch Vertreter von Behörden, Betrieben und Organisationen teil.

Der Bevölkerung Hamelns wurde damit Gelegenheit gegeben, sich über Fragen der Notfallvorsorge umfassend zu informieren. Von dieser Möglichkeit wurde auch reger



Hameln: Am Beispiel eines gestürzten Motorradfahrers wird die sachgerechte Versorgung Verletzter demonstriert.

Gebrauch gemacht. Einen besonderen Anziehungspunkt bildete die Übung der Katastrophenschutz-Organisationen am Sonnabend. Hier wurde den Bürgern gezeigt, wie das Zusammenspiel von Deutscher Lebens-Rettungs-

Gesellschaft, Deutschem Roten Kreuz, Feuerwehr und Technischem Hilfswerk in einem Katastrophenfall abläuft.

## Blickpunkt Nord- rhein-Westfalen

### Körtlinghausen

Bevölkerungsschutz – heute noch Notwendigkeit oder längst unnütze Ausgabe des Staates? Mit dieser und anderen Fragen befaßten sich Ratsmitglieder, Vertreter der Stadt Hilden, der Bundeswehr, Feuerwehr und der Polizei an einem Wochenende in der BVS-Schule Körtlinghausen. Die BVS-Dienststelle Wuppertal wollte mit dieser Veranstaltung einmal mehr deutlich machen, daß Zivil- und Bevölkerungsschutz ihren Sinn nicht verloren haben.

Die Besucher aus Hilden erlebten in Theorie und Praxis, was der Staat den Bürgern



Gesprächsrunde in Oldenburg (von links): Die CDU-Politiker Enno Thymmler, Hans Eveslage und Josef Dierks sowie BVS-Dienststellenleiter Rolf Bartsch und Landesstellenleiter Edgar Sohl. (Foto: Burmann)



mit Hilfe des BVS an die Hand geben kann. So erlebten die Hildener auf dem Übungsgelände hautnah, wie man sich bei Feuer helfen kann oder wenn es gilt, sich aus einem höher gelegenen Stockwerk abzuseilen. Wichtig auch zu wissen, wie ein brennendes Auto zu löschen ist.

Die Gäste lernten auch den behelfsmäßigen Transport von hilfsbedürftigen Personen. Eine Übung, die manchen Teilnehmer ebenso verblüffte wie begeisterte. „Wenn ich diese Vorführungen sehe, bin ich froh, mitgefahren zu sein“, meinte denn auch die Politikerin Hiltrud Stegmaier.

Bereits im Vorfeld der Tagung hatte der Ausschuss für Zivile Verteidigung und Katastrophenabwehr der Stadt Hilden durch Bürgermeisterin Ellen Wiederhold dem BVS bescheinigt, daß dessen Arbeit unbedingt fortgeführt werden müsse. Der Staat habe die Pflicht, auch für relativ unwahrscheinliche Krisensituationen Vorsorge zu treffen. Das geschehe durch den BVS, der mit seiner Öffentlichkeitsarbeit die Menschen zu Eigeninitiativen in Vorsorge, Selbst- und Nachbarschaftshilfe motivieren wolle.

✱

Dem Interview vor laufender Fernsehkamera oder im Hörfunk werden die BVS-Dienststellenleiter aus Nordrhein-Westfalen künftig wohl ein wenig gelassener entgegensehen, auch wenn das unvermeidliche Lampenfieber bleibt. Ein dreitägiges Seminar in der BVS-Schule Körtlinghausen bot den Mitarbeitern jedenfalls die Möglichkeit, einen Einblick in die Eigenarten der Elektronik-Medien zu bekommen.

Walter Fischer, Leiter des WDR-Landesstudios Essen, und Berthold Meyer, Koordinator Lokalfunk von Radio NRW, vermittelten in der Theorie und in einer Reihe praktischer Übungen vor Mikrofon oder Kamera viel aus ihrem reichhaltigen journalistischen Erfahrungsschatz.



Medienexperte Fischer (links) gibt seine Erfahrungen weiter, hier im „Interview“ mit BVS-Dienststellenleiterin Westerweg und Landesstellenleiter Eykmann. (Foto: Micheel)

Die ausschließlich an der realen Tagesarbeit orientierten Ratschläge bezogen sich auf das eigene Verhalten der Interviewpartner ebenso, wie sie die Rolle des Fernseh- oder Hörfunkjournalisten verdeutlichten. Wichtige Erkenntnis dabei: Auch Fernseh- und Rundfunkleute sind nur Menschen, müssen sich auf das Gespräch vorbereiten.

Neben technischen Ratschlägen erfuhren die Seminarteilnehmer in Körtlinghausen zum Beispiel, daß eine gute

Vorbereitung schon den halben Erfolg garantiert. Grundsätzlich ist die eigene Vorbereitung ebenso wichtig wie ein Vorgespräch mit dem Rundfunk- oder Fernseh-Journalisten, der zu sagen hat, was er den Hörern oder Zuschauern übermitteln will.

### Recklinghausen

BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann konnte aus

Anlaß seines 50. Geburtstages zahlreiche Glückwünsche entgegennehmen. Zu den Gratulanten in der Landesstelle Recklinghausen gehörten die Mitarbeiter ebenso wie Abordnungen der Dienststellen und die Personalvertretung. Im Namen des Behördenleiterstammtisches in Recklinghausen, dem Peter Eykmann seit vielen Jahren angehört, beglückwünschte Oberkreisdirektor Rudolf Pezely den Geburtstagsjubilär.



Glückwünsche von den Recklinghäuser Amtsleitern für BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann (Mitte) zum 50. Geburtstag. (Foto: Kruse)



## Herne

„Menschen zu schützen und Sachwerte vor Schaden bewahren, ist eine ebenso wichtige wie vielschichtige Aufgabe.“ Die Feststellung von Oberbürgermeister Willi Pohlmann zum Auftakt der Herner Selbstschutztage stieß bei der Bevölkerung auf gute Resonanz. Eine große Zahl von Bürgern nutzte die Möglichkeit, die zahlreichen Angebote des BVS zu studieren, und zwar in Theorie und Praxis.

OB Pohlmann, auch Schirmherr der Veranstaltung, forderte die Bürger auf, sich das vielfältige Angebot des BVS zunutze zu machen, um dadurch den Gefahren des täglichen Lebens besser begegnen zu können. Dem Appell des Stadtoberhauptes folgte die Bevölkerung in großer Zahl, so bei einem Sicherheitswettbewerb, an dem sich auch Arbeiter-Samariter-Bund, Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft, Deutsches Rotes Kreuz, Feuerwehr, Malteser-Hilfsdienst und Technisches Hilfswerk beteiligten. Das Motto „Mit dem Bürger – für den Bürger“ tat voll seine Wirkung.

Großes Interesse fanden auch stündlich vorgeführte Rettungsaktionen oder die realistisch dargestellten Unfallsituationen. Besondere Beachtung fand schließlich ein „Tag der Frau“ mit dem Schwerpunktthema „Gefahren im Haushalt“. An einer Veranstaltung „Selbstschutz in Betrieben“ nahmen 38 Sicherheitsbeauftragte von Herner Unternehmen teil.

Ob Info-Stände, Filmvorführungen oder Übungen: Das Angebot der BVS-Dienststelle Gelsenkirchen bei diesen „Herner Selbstschutztagen“ verfehlte nicht seine Wirkung bei den Bürgern der Ruhrgebietsstadt.

## Duisburg

Wasserstraßen sind für eine Industrieregion wie Duisburg ein wichtiger Verkehrsweg.



Auf die richtige Handhabung des Pulverlöschers wird beim Duisburger Seminar besonderer Wert gelegt.

Vom Altschrott über Container, von der Kohle bis zum Leichtbenzin wird alles in zum Teil über 100 m langen Schiffen transportiert.

Unter dem Motto „Mehr Sicherheit auf Binnenschiffen“ informierten sich Kapitäne und Schiffseigner zwei Tage lang über das richtige Verhalten in Notsituationen. Stilecht wurde das Seminar durch die BVS-Dienststelle Duisburg auf dem Schulschiff „Rhein“ durchgeführt.

Das Seminar, das in Zusammenarbeit mit der Binnenschiffahrts-Berufsgenossenschaft durchgeführt wurde, fand ein positives Echo. Ein Folgetermin wurde sofort vereinbart.

## Münster

Die BVS-Dienststelle Münster reagierte schnell und konsequent, als sie mit einer Anfrage aus Gütersloh konfrontiert wurde. Die dortige Westfälische Klinik für Psychiatrie, Psychosomatik und Neurologie suchte nach einer Möglichkeit, rund 300 Beschäftigte im Bereich Brandschutz auszubilden. Die hiesige Feuerwehr, so hieß es, sehe sich aus personellen Gründen dafür nicht in der Lage.

Der Hinweis eines älteren Bediensteten der Klinik, er habe vor Jahren einmal einen

Brandschutzlehrgang besucht, führte auf die richtige Spur. BVS-Dienststelle und BVS-Schule Körtlinghausen wollen den Güterslohern jetzt helfen: Im Herbst 1991 finden die ersten Lehrgänge statt.

## Köln

Den 60. Feuerwehrtag in der Stadt nutzte die BVS-Dienststelle Köln, um sich gemeinsam mit Feuerwehr, Polizei und Hilfsorganisationen darzustellen. Info-Stände und praktische Vorführungen gehörten ebenso dazu wie eine Reihe von Einzelgesprächen zwischen den BVS-Mitarbeitern und Bürgern. Gerne in Anspruch genommen wurde – neben einem Selbstschutz-Quiz – eine Telefonanlage mit simuliertem „Notruf“.

Nach zwei Tagen konnten die BVS-Mitarbeiter mit dem Ergebnis ihrer Veranstaltung mehr als zufrieden sein, zumal sich zahlreiche Bürger für einen Selbstschutz-Grundlehrgang angemeldet hatten.

## Höxter

Frau Bürgermeister Dorothee Baumgarten gab als Schirmherrin den Startschuß zu drei Sicherheitswettbewerben im Zentrum der Stadt.

Kaffee und Kuchen für Senioren, eine Aktion der Sparkasse für die Kleinen und die sechs Stationen des Sicherheitswettbewerbs lockten zahlreiche Besucher aus Höxter und Umgebung zur Veranstaltung. An allen drei Tagen unterzogen sich 234 Mutige den Testaufgaben von BVS, Stadtverwaltung Höxter, Polizei und Verkehrswacht.

Die weitgereistesten Besucher, Mitarbeiter einer Firma aus Herzberg/Harz, nutzten ihren Betriebsausflug für den Wettbewerb und schossen prompt den Vogel ab: Bestplatzierung! Drei von ihnen dürfen sich über BVS-Ehrenpreise freuen.

## Alpen

Gedämpfter Optimismus war bei den Vorbereitungen zum 13. Katastrophenschutztag des Kreises Wesel anlässlich des 90jährigen Bestehens der Freiwilligen Feuerwehr Alpen (Niederrhein) festzustellen. Die Gestaltung lag, wie in den Jahren zuvor, in der Verantwortung der BVS-Dienststelle Wesel.

Durch die Initiative von Gemeindedirektor Jansen und Gemeindebrandmeister Brüning sollte dem Katastrophenschutztag ein Volksfest angegliedert werden. Pünktlich eröffnete Kreisdirektor Dr. Kutsch den Katastrophenschutztag.



schutztag. Die Schirmherrschaft übernahm, wie bei den vorangegangenen Aktionen, Oberkreisdirektor Dr. Griese.

In ständigem Wechsel zeigten die Organisationen auf der Aktionsbühne Ausschnitte aus ihrem Ausbildungs- und Arbeitsprogramm. Ein Magnet war immer wieder das Ablöschbrennender Kleidung, das der BVS als Zwischenprogramm zeigte. Große Aufmerksamkeit erzeugte die Rettungskette, die die Feuerwehr zusammen mit dem Deutschen Roten Kreuz und der Polizei demonstrierte.

Prominentester Gast an diesem Tag war die Bundestagsabgeordnete Ilse Falk. Frau Falk verweilte mehrere Stunden am Ort und verfolgte mit Interesse die einzelnen Darbietungen. Sie führte zudem längere Gespräche mit den Verantwortlichen der Organisationen.

## Hessenspiegel

### Wetzlar

Als Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen

Bundestages überzeugte sich Adolf Roth (CDU) bei einem Besuch der BVS-Dienststelle Wetzlar von der Leistungsfähigkeit des Verbandes. Im Hinblick auf die anstehenden Beratungen im Innenausschuß erklärte er, daß die Frage der Zuständigkeit von Bund oder Ländern nicht zu Lasten der Bürger in den Mittelpunkt gerückt werden dürfe. Für ihn sei es keine Frage, daß der Selbstschutz im gemeinsamen Hilfeleistungssystem unseres Staates auch in Zukunft wichtig sei.

Nach Roths Worten dürfe es jedoch im Bereich des Zivilschutzes keine Aufgabenüberschneidungen geben. Seiner Auffassung nach müßten die Gemeinden die Arbeit des BVS stärker als bisher unterstützen. Auch Firmen und Behörden sollten sich unter Anleitung des BVS stärker auf dem Sektor des Selbstschutzes engagieren. Roth sprach sich ebenso für eine Intensivierung der Selbstschutzlehrgänge in den Schulen aus.

„Vieles spricht dafür, den Verband weiterbestehen zu lassen“, meinte Roth. Und: Es sollte weiterhin ein staatlicher Beitrag zum Selbstschutz der Bevölkerung geleistet werden.



Beim Besuch der BVS-Dienststelle Darmstadt wird MdB Kappes (links) das Instrumentarium des BVS vorgeführt.

### Darmstadt

CDU-MdB Franz-Hermann Kappes, stellvertretendes Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, besuchte auf Einladung von BVS-Landesstellenleiter Werner Hachen die BVS-Dienststelle Darmstadt. Aktueller Anlaß des Besuches waren die bevorstehenden Beratungen im Innenausschuß über die Neukonzeption des Gesamtbereiches Zivilschutz.

Als ehemaligem Landrat des Kreises Darmstadt-Dieburg seien ihm Inhalt und Wichtigkeit der Aufgabe „Selbstschutz“ geläufig, erklärte MdB Kappes. Durch Mitarbeiter der Dienststelle wurden dem Politiker in konzentrierter Form das Instrumentarium des BVS für Information und Ausbildung dargestellt und Ausschnitte der Selbstschutzpraxis vorgeführt.

In einem abschließenden Gespräch in Anwesenheit von Pressevertretern sprach sich MdB Kappes dafür aus, eine Verzahnung der Bundes- und Länderaufgaben im Bereich Selbstschutz herbeizuführen, wobei die Kompetenz nach wie vor beim Bund bleiben solle. Er vertrat die Auffassung, daß der Selbstschutz, wie alle anderen Staatsaufgaben auch, in gewissen Zeitabständen überprüft und den Notwendigkeiten, insbeson-

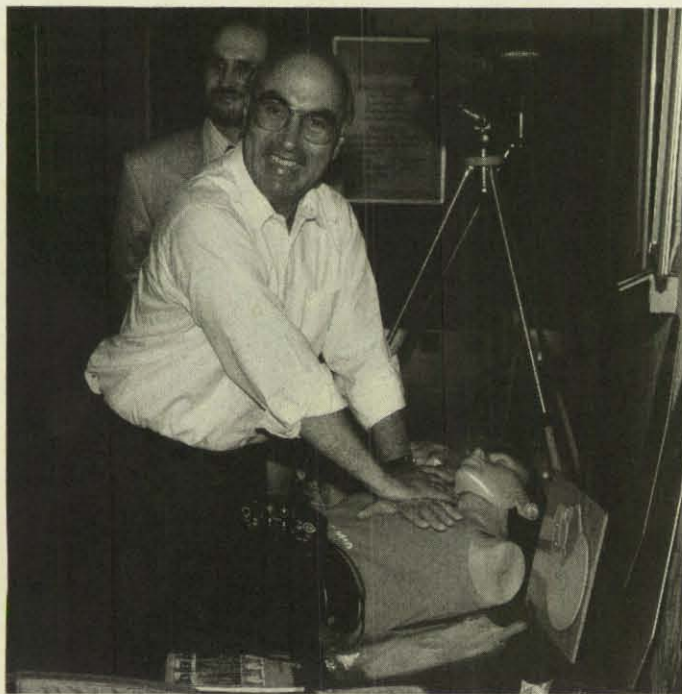
dere unter Berücksichtigung der geänderten weltpolitischen Lage, angepaßt werden müsse.

Daß der BVS auch in Zukunft einen wichtigen Beitrag im Rahmen des Bevölkerungsschutzes zu leisten habe, zeige nicht zuletzt, daß allein in Hessen 1990 annähernd 140 000 Bürger in Informations- und Ausbildungsveranstaltungen des Verbandes über Gefahren und Schutzmöglichkeiten aufgeklärt wurden. Seinen Dank für den Besuch des Abgeordneten verband Landesstellenleiter Hachen mit dem Wunsch, daß die gewonnenen Erkenntnisse bei den bevorstehenden Entscheidungen nützlich seien.

\*

Gemeinsam geht es besser: Die 1987 zwischen dem THW und dem BVS geschlossene Vereinbarung über die gemeinsame Nutzung von Übungsanlagen hat sich bestens bewährt. Der im Zuständigkeitsbereich der BVS-Dienststelle Darmstadt liegende THW-Ortsverband Groß-Gerau besitzt ein Übungsgelände mit Behelfsunterkunft.

Nach der Nutzungsvereinbarung wurde das Gelände für die Ausbildungszwecke des BVS mit Brandübungsplatte, Übungsturm und Löschwas-



MdB Roth übt anlässlich seines Besuches bei der BVS-Dienststelle Wetzlar die Herz-Lungen-Wiederbelebung. (Foto: Hennig)





Die BVS-Dienststelle Darmstadt führt regelmäßig Ausbildungsveranstaltungen auf dem THW-Gelände durch, hier eine Brandschutzgruppe der Deutschen Bundesbank bei ihrer Übung.

serzisterne ergänzt. Die Einsatzkräfte des THW üben vorwiegend in Abendstunden und an Wochenenden. So kann das tagsüber freie Gelände für die Fachausbildung, Fortbildungen und Übungen des BVS genutzt werden.

Eine hervorragende Zusammenarbeit mit dem zuständigen Geschäftsführer des THW Darmstadt, Heinrich Ganß, dem THW-Beauftragten für den Kreis Groß-Gerau, Gerold Reichenbach, dem Ortsbeauftragten Harald Petry und BVS-Dienststellenleiter Willy Roth, sowie den THW- und BVS-Lehrkräften hat sich entwickelt.

Die technischen Ausbildungsmöglichkeiten auf dem Gelände haben hohe Anziehungskraft auf die ganze südhessische Region. So wird das Gelände fast täglich zu Ausbildungszwecken genutzt.

## Aktuelles aus Rheinland-Pfalz

### Koblenz

Das Kreiskrankenhaus in Mayen bat die BVS-Dienststelle Koblenz um Unterstützung bei der Ausbildung der Selbstschutzkräfte. Nach einer Informationsveranstaltung

mit der Krankenhausleitung wurden die Termine vereinbart. Gewünscht wurden vor allem die wichtigen Themen des Brandschutzes, der Evakuierung und Bergung.

Die Bediensteten des Krankenhauses waren mit großem Eifer dabei, als der Referent der Veranstaltungen, Johann Graf, die Gefahren bei der Brandbekämpfung erläuterte. Bei der praktischen Brandbekämpfung waren die Teilnehmer überrascht von der verblüffenden Wirkung einer Löschdecke, der Feuerlöcher und der Kübelspritze.

Da vor allem mit hauseigenem Gerät gearbeitet wurde, lernten sie die zur Verfügung stehenden Löschgeräte ken-

nen und bedienen. Geübt wurde intensiv mit den im Hause vorhandenen Wandhydranten. Auch der Transport vom Patienten mit Bergetüchern und dem vorhandenen Behelfsmaterial wurde ausprobiert.

\*

Branddirektor Dieter Farrenkopf verläßt nach 10jähriger Verantwortung die Feuerwehr Koblenz und übernimmt die Leitung der Feuerwehr Hamburg. Der Leiter der BVS-Dienststelle Koblenz, Herbert Neuland, nutzte die Gelegenheit, um Branddirektor Farrenkopf in Gegenwart von Bürgermeister Braunöhler die

BVS-Medaille für gute Zusammenarbeit zu überreichen.

Farrenkopf hat in seiner Amtszeit die Arbeit des BVS immer tatkräftig unterstützt. Dazu gehörte nicht nur die Beteiligung bei Ausstellungen. Das gemeinsam genutzte Übungsgelände entstand ebenfalls durch die Beteiligung des Branddirektors. Besonders engagiert verhielt sich Farrenkopf bei dem Ausbildungsangebot der BVS-Dienststelle. Viele Betriebe und Behörden nahmen durch Vermittlung der Berufsfeuerwehr an der Ausbildung des BVS teil.



Dank für gute Zusammenarbeit: Branddirektor Farrenkopf (Mitte) erhält aus der Hand von Dienststellenleiter Neuland die BVS-Medaille, links Bürgermeister Braunöhler.



Ausbilder Johann Graf erläutert die Handhabung eines Strahlrohrs.



„Jährlich sterben 20 000 Menschen bei Unfällen im Straßenverkehr, am Arbeitsplatz und im Heim- und Freizeitbereich – eine Kleinstadt wird einfach ausgelöscht.“ Mit diesem drastischen Vergleich regte die Leiterin der BVS-Dienststelle Mainz, Brigitte Weißenhagen, die Gäste der Ausstellungseröffnung im Rathaus der Verbandsgemeinde Langenlonsheim zum Nachdenken an.

Bei einer Dienstbesprechung der Bürgermeister des Kreises Bad Kreuznach hatte Frau Weißenhagen Gelegenheit gehabt, das Informations- und Ausbildungsangebot des BVS darzustellen. Der Bürgermeister der Verbandsgemeinde Langenlonsheim, Josef Schmidt, bat daraufhin die Dienststelle Mainz, im Foyer seines Rathauses eine Ausstellung zu zeigen.

Die Ausstellung „Selbstschutz – Vorsorge und Eigenhilfe des Bürgers“ bot den richtigen Rahmen für die von der Dienststelle Mainz gewählten Schwerpunktthemen, nämlich Hausapotheke, Dokumentensicherung und Lebensmittelbevorratung.

Abgerundet durch ein Quiz wurde diese Veranstaltung zu einer gelungenen Aktion.

## Kornwestheim

Die Helfervertreter der BVS-Dienststellen in Baden-Württemberg kamen in Kornwestheim zu ihrer Halbjahresbesprechung zusammen, zu der Landeshelfervertreter Lauer auch Landesstellenleiter Raach, Bundeshelfervertreter Grabke und Dienststellenleiter Köpke, Ludwigsburg, begrüßen konnte. Kornwestheims Oberbürgermeister Fischer ließ es sich nicht nehmen, die Teilnehmer in seiner Stadt zu begrüßen.

Daß die Wahl des Veranstaltungsortes auf Kornwestheim fiel, war allerdings kein Zufall: Für 30jährige aktive Mitarbeit im BVS wurde der örtliche Helfervertreter Kurt Spinnler durch Landesstellenleiter Raach mit der Treueplakette des BVS ausgezeichnet. Da Spinnler darüber hinaus auch zwölf Jahre lang das Amt des Landeshelfervertreters bekleidete und im Rahmen dieser Funktion zuletzt als 1. Stellvertreter auch der Bundeshelfervertretung angehörte, war es für Bundeshelfervertreter Grabke eine Selbstverständlichkeit, sich dieser Gratulation anzuschließen und seinem langjährigen „Mitsstreiter“ für seinen Ein-

satz für die Belange der ehrenamtlichen Helfer zu danken. Als Dank und Anerkennung für die gute Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und BVS überreichte Grabke anschließend Oberbürgermeister Fischer die BVS-Medaille.

Im Mittelpunkt der beiden Grundsatzreferate von Landesstellenleiter Raach und Bundeshelfervertreter Grabke standen die Überlegungen über die künftigen Strukturen des Zivilschutzes und die Zukunft des BVS. Trotz der ungeklärten Situation konnten alle Helfervertreter berichten, daß es bei der Helferschaft in ihrem Bereich keine Unruhe gebe und man zuversichtlich die weitere Entwicklung abwarte. Parallel hierzu suchte man aber auch verstärkt Kontakte mit Abgeordneten, denen man die Auffassung der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer zum Fortbestand des Verbandes persönlich darlegen möchte. Die Tagung schloß mit dem Wunsch, daß bis zum nächsten Treffen konkretere und vor allem natürlich positive Erkenntnisse zu diesem Thema vorgelegt werden können.

## Bad Neustadt

Zur Eröffnung der Selbstschutztage und der Zivilschutzausstellung am 11. Juli 1991 auf dem Marktplatz in Bad Neustadt an der Saale hatten sich prominente Persönlichkeiten angesagt. Begrüßen konnte Rigobert Hagel, Leiter der BVS-Dienststelle Aschaffenburg, den Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Eduard Lintner, Landrat Dr. Fritz Steigerwald und den Schirmherrn, den 1. Bürgermeister Josef Schlagbauer, sowie Leiter von Behörden, Betrieben, Kliniken, Stadt- und Kreisräte und Vertreter der Katastrophenschutzorganisationen.

Unschätzbar und wertvoll nannte Staatssekretär Lintner die Arbeit des Bundesverbandes für den Selbstschutz, nicht nur für den Kriegsfall, sondern heute vielmehr für Katastrophen und Unfälle. Gedanken, den Bundesverband für den Selbstschutz, nun, da der Kriegsfall unwahrscheinlicher geworden sei, aufzulösen, hielt Lintner entgegen, daß der Selbstschutz nach wie vor eine Aufgabe habe.

Die Bedeutung des BVS sah Landrat Dr. Steigerwald in der Notwendigkeit, Problembewußtsein zu schaffen und auf Gefahren aufmerksam zu machen. Er bezeichnete den BVS als Partner der Bürger, der die Sicherheit bewahren hilft.

Unter dem Slogan „Damit Hilfe kein Zufall bleibt“ fand auch ein Sicherheitswettbewerb gemeinsam mit den Katastrophenschutzorganisationen, dem Bayerischen Roten Kreuz, dem Malteser-Hilfswerk, dem Technischen Hilfswerk, der Freiwilligen Feuerwehr sowie der Polizeiinspektion statt. Dieser Wettbewerb war ein voller Erfolg. 60 Teilnehmer hatten sich gemeldet und acht Stationen durchlaufen. Die Erstplatzierten erhielten wertvolle Ehrenpreise.



Auch Bürgermeister Josef Schmidt (Bildmitte, Vordergrund) beteiligt sich am Selbstschutz-Quiz. (Foto: Mittler)



## Niedersachsen



### Landkreis ehrte BWK-Sieger

**Cloppenburg.** „Jungs, wir sind mächtig stolz auf Euch“, sagte die Geschäftsführerin für den Bereich Emsland, Regina Lemke, in der Cloppenburg THW-Unterkunft. Gäste aus Bonn und Hannover sowie die Repräsentanten zahlreicher Cloppenburg Institutionen waren zusammengekommen, um die Leistungen des Instandsetzungszuges des Cloppenburg Ortsverbandes zu würdigen, der im Juni den Bundeswettkampf in Mainz gewonnen hatte.

Stolz auf diesen Erfolg sei auch der Landkreis Cloppenburg, sagte Landrat Georg Meyer-Hemmelsbühren in der Begrüßung. Der Landkreis habe auf Anregung des niedersächsischen Innenministeriums die Feier vorbereitet, die Dank und Anerkennung für die Leistung der Cloppenburg THW-Helfer ausdrücken solle.

Durch den Erfolg in Mainz habe das Cloppenburg THW seine Leistungsfähigkeit spektakulär und öffentlich unter Beweis gestellt. Die 23 Helfer hätten nicht nur in beeindruckender Weise den Leistungsstand des Katastrophenschutzes im Landkreis unter Beweis gestellt, sondern darüber hinaus den Namen des Landkreises vorbildlich in der Öffentlichkeit repräsentiert.

Wie hoch dieser Sieg anzusiedeln ist, versuchte Hans-Georg Dusch, der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz in Bonn, an einigen Zahlen zu demonstrieren. In Deutschland gäbe es rund 500



Freude herrscht bei den Cloppenburg Helfern über die Verleihung der Glückwunschkunde.

(Foto: Kulgemeyer)

THW-Ortsverbände, 257 davon hätten einen Instandsetzungszug, und nach zahlreichen Ausscheidungswettkämpfen hätte sich der Cloppenburg als bester von allen gezeigt.

Nicht nur den Namen Cloppenburg, sondern auch den Namen Niedersachsen habe der Instandsetzungszug in Mainz würdig vertreten, sagte der Leitende Ministerialrat Manfred Gallwitz, der aus Hannover gekommen war, um eine Glückwunschkunde des Innenministers zu überreichen. Es sei schon etwas Besonderes, wenn Niedersachsen „mal wieder“ bei einem derartigen Wettbewerb erfolgreich sei. Und daß der Sieg nicht nach Hannover, Braunschweig oder Oldenburg, sondern in eine Kleinstadt ging, zeige vielleicht auch, daß die Kraftreserven des Landes eher im an sich ruhigen Nordwesten lägen, meinte der Gast aus Hannover. Gallwitz lobte nicht nur die Leistung der Cloppenburg THW-Helfer beim Bundesfinale, er dankte ihnen

auch für ihre Bereitschaft zum Dienst an der Gemeinschaft.

Als „kleiner Fan des THW Cloppenburg“ bezeichnete sich Regierungsdirektor Hans-Jürgen Derra, Referatsleiter im BZS. Er freue sich schon jetzt auf den Bergungswettbewerb 1993 in Berlin und hoffe auf einen erneuten Cloppenburg Erfolg.

### Auricher leiteten THW-Konvoi

**Aurich.** Rund 40 Tonnen Hilfsgüter verschiedener Art brachten Lastwagen des THW-Landesverbandes Niedersachsen nach Brest, Moskau und Rybinsk, Leiter des Konvois, der in Frank-



Nach 2500 Kilometern wieder glücklich zu Hause (von rechts): Michael Borgmann, Markus Bergmann und Wilhelm Goudschaal. (Foto: Hausmann)



furt/Oder zusammengestellt wurde, was Michael Borgmann vom THW-Ortsverband Aurich, sein Stellvertreter war Wilhelm Goudschaal vom THW-Ortsverband Norden.

Mit dabei Markus Bergmann aus Ihlow. Der Gymnasiast war als Schüler schon mehrfach in der UdSSR und übernahm auf dieser Fahrt die Aufgaben eines Dolmetschers. Die Fahrstrecke betrug rund 2500 Kilometer und wurde ohne Zwischenfälle zurückgelegt. P.H.

vermögensamt in Magdeburg zugeführt werden.

So begann die abenteuerliche Fahrt über Wernigerode nach Schierke auf dem Brocken-Zufahrtsweg, der z. Z. nur von den sowjetischen Streitkräften und vom Grenzabbaukommando der ehemaligen DDR-Grenztruppen genutzt werden darf, zum Brocken Gipfel. Eine vom Landkreis Wernigerode ausgestellte Ausnahmegenehmigung ermöglichte nach Überprüfung durch einen Wachposten am Anfang der Brockenstraße die Auffahrt. H.-J.B.

Hessen



## THW auf dem Tag der offenen Tür

**Frankfurt.** Wie in den vorhergehenden Jahren, beteiligte sich das THW auch dieses Jahr am Tag der offenen Tür auf dem Frankfurter Rhein-

Main-Flughafen. Der THW-Ortsverband Pfungstadt stellte dort einen Bergungszug mit Führungsfahrzeug aus.

Besonderer Anziehungspunkt war das Bergungsräumgerät, das in allen Variationen mit Schaufel, Bagger oder als Greifer vorgeführt wurde.

Auch für die Verpflegung sorgte das THW.

## Erstes THW-Fahrzeug auf dem Brocken

**Braunschweig.** Seit der Grenzöffnung erwandern tausende von Naturliebhabern tagtäglich, insbesondere am Wochenende, die höchste Erhebung des Harzes – den Brocken. Nicht die Bequemlichkeit, sondern ein Amtshilfeersuchen des Bundesvermögensamtes Braunschweig hat das THW vor kurzem veranlaßt, den Harzgipfel mit Motorkraft zu erklimmen. Durch die Auflösung der früheren „Brocken-STASI-Horchstelle“ der ehemaligen DDR mußte freiwerdendes Mobiliar dem neuerrichteten Bundes-



Das Bergungsräumgerät als Publikumsmagnet auf dem Frankfurter Flughafen.



Das THW-Fahrzeug auf dem Gipfel des Brocken, im Hintergrund die Horch- und Peilanlagen.

(Foto: Bletz)

Saarland



## Dank an Direktor Henkel

**Saarbrücken.** Mit 27 Helfern führte die THW-Helfervereinigung Saarland eine Kriegsgräberpflege in Sankt Kathrein (Steiermark) durch. Bei einem Besuch konnte sich der Direktor der Bundesanstalt THW, Gerd Jürgen Henkel, über die Arbeit der Jugendlichen informieren. Bei dieser Gelegenheit überreich-





Ehrung in der Steiermark für THW-Direktor Henkel, links Präsident Rieser.

te der Präsident des Österreichischen Kameradschaftsbundes, Bürgermeister Peter Rieser, Direktor Henkel das Landesverdienstkreuz 1. Klasse des Kameradschaftsbundes. Wie Bürgermeister

Rieser betonte, hat sich das THW, hier besonders Direktor Henkel, um die Kriegsgräberpflege und das Kameradschaftswesen verdient gemacht.

## Baden-Württemberg



**Esslingen.** Selbstschutztage in Esslingen: Alle Hilfsorganisationen der Stadt waren auf dem Marktplatz versammelt. Eingeladen vom Oberbürgermeister der Stadt, fanden zahlreiche Bürger den Weg zu Sicherheitswettkampf und Vorführungen.

Das THW Ostfildern zeigte an einem zweistöckigen Gerüst, wie im Ernstfall Menschen und Tiere abgeseilt werden können. Die Technik unterstützte zwar die Retter, ein kräftiges Zupacken war dennoch unerlässlich. Das THW arbeitete bei den Vorführungen eng mit dem Rettungshundezug des Landkreises zusammen. Die THW-Jugendgruppe Ostfildern verloste für jugendliche Bausätze von THW-Einsatzfahrzeugen. Für die ganz Kleinen stand eine Buttonmaschine mit lustigen Motiven bereit. Am Ende der Veranstaltung sprach der Schirmherr den beteiligten Organisationen ein großes Lob aus.

## Berlin



### Nachruf

Mit großer Bestürzung haben wir die Nachricht vom Tode unseres Bezirksbeauftragten

#### Max Mattern

zur Kenntnis nehmen müssen, der am 17. Juli 1991, kurz vor Vollendung seines 51. Lebensjahres, verstorben ist.

Bereits 1957, im Alter von 17 Jahren, war Max in den Bezirksverband Tiergarten eingetreten. 1983 wechselte er zum BV Reinickendorf, da der Instandsetzungszug, den er als Zugführer leitete, in Reinickendorf stationiert wurde. Trotz seiner beruflichen Inanspruchnahme leistete er dem THW insbesondere seine Tätigkeit beim Aufbau des Instandsetzungszuges Nord 01, als zunächst stellvertretender und dann als kommissarischer Bezirksbeauftragter für Reinickendorf sowie als Vorsitzender der THW-Helfervereinigung Reinickendorf e. V. zu nennen.

Auch außerhalb der Dienstzeiten war Max immer bereit, sich für die Interessen des THW und seiner Kameraden einzusetzen. Dabei beschränkte er sich nicht nur auf die dienstlichen Interessen, sondern war auch bereit, seinen Kameraden im privaten Bereich zu helfen. Max Mattern war durch sein Engagement vielen ein Vorbild. Wir werden ihn als einen guten Kameraden in Erinnerung behalten.

Landesverband Berlin  
Bezirksverband  
Reinickendorf



Der Stand der Bausatz-Verlosung war stets von Jugendlichen umlagert.

(Foto: Liedle)





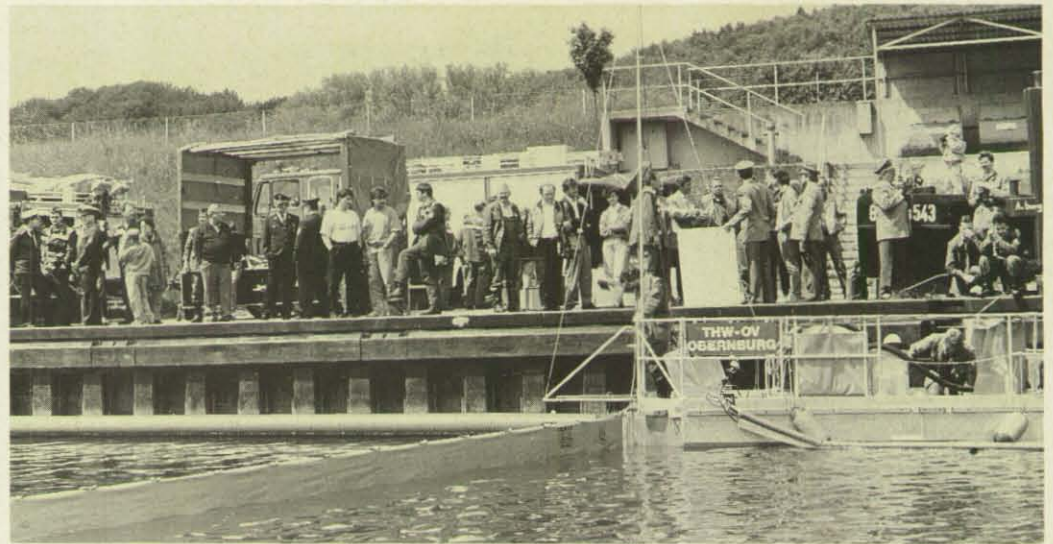
## Bandskimmer beim THW stationiert

**Obernburg.** Einen Bandskimmer zur Bekämpfung von Ölschäden auf dem Wasser hat der THW-Ortsverband Obernburg erhalten. Zusammen mit den bei den Feuerwehren stationierten Ölwehrgeschützen sowie mehreren Ölsperren ist der Landkreis Miltenberg nun für einen Ölunfall auf dem Wasser gerüstet.

Das neue Gerät im Wert von fast 250000 DM wurde vom Freistaat Bayern finanziert. Es ist der einzige Bandskimmer in Bayern, welcher beim THW stationiert ist, die übrigen Geräte werden von Feuerwehren betreut. Ortsbeauftragter Manfred Hartlaub dankte bei der Einweihung für das dem Obernburger THW entgegengebrachte Vertrauen. Den Feuerwehren sagte er eine gute und nutzbringende Zusammenarbeit zu. Neben Miltenbergs Landrat Roland Schwing waren auch der bayerische THW-Landesbeauftragte Rainer Vorholz, Kreisbrandrat Karlheinz Brunner und Vertreter der umliegenden Feuerwehren sowie der Polizei bei der Übergabe des Gerätes anwesend.

Bei dem Bandskimmer handelt es sich um einen Schwimmkörper, der in der Lage ist, Öl und andere Verunreinigungen mit einer Art Förderband von der Wasseroberfläche aufzunehmen und das Wasser-Öl-Gemisch zu trennen. Durch Ölsperren wird die gefährliche Gewässerfracht direkt dem Gerät zugeführt, wo sie aufgenommen und separiert wird. Bis zu 22 Kubikmeter kann das Gerät in der Stunde aufnehmen. Ausgerüstet ist es ausschließlich mit ex-geschütztem Zubehör.

Zum Betrieb ist ein Aggregat nötig, das an Land oder auf einem Boot außerhalb des



**Oben:** Der Bandskimmer des THW-ÖV Obernburg im Einsatz. **Unten:** Helfer des THW und der Feuerwehren bei der gemeinsamen Übung. (Fotos: Stapf)

Gefahrenbereiches steht und funktionsfähig durch ein 70 Meter langes Kabel in einem Schwimmkanal mit dem Bandskimmer verbunden ist. Mit einer säurefesten Pumpe wird das aufgenommene Öl aus dem bordeigenen Zwischenbehälter auf ein Begleitboot oder direkt ans Ufer in einen Aufnahmebehälter gepumpt.

Betrieben wird das neue Gerät von drei Mann Besatzung. Hinzu kommen Bootsbesatzungen für Transport- und Rettungsdienste. Im Bedarfsfall arbeiten die Helfer des THW mit den Feuerwehren in einer Dreiereinheit (ein Katastrophenschutzboot und zwei Arbeitsboote) zusammen.

Bei einer gemeinsamen Übung von THW und Feuer-

wehren wurden Möglichkeiten der Ölbekämpfung getestet und das neue Gerät den Wasserschutzbehörden vorgestellt. Dabei nutzten die THW-Ortsverbände Miltenberg und Obernburg sowie mehrere Feuerwehren aus dem Landkreis Miltenberg den Schutzhafen Erlenbach. Vertreter des Wasser- und Schiffsamtes, der Wasserschutzpolizei und der Feuerwehren des Landkreises waren interessierte Zuschauer. Eingeladen hatte das Landratsamt Miltenberg, das durch den Sachbearbeiter für den Brand- und Katastrophenschutz, Gerhard Rüdiger, vertreten war.

Um dem angenommenen auslaufenden Öl Herr zu werden, hatten die an der Übung beteiligten Organisationen ge-

meinsam die Bekämpfung aufgenommen und ergänzten sich so zum Nutzen der Umwelt. Den Bandskimmer brachte der THW-Ortsverband Obernburg zu Wasser. Der THW-Ortsverband Miltenberg war mit einer Pontongruppe und einer Fähre erschienen, die, ausgerüstet mit Tragkraftspritzen benachbarter Feuerwehren, das Öl mit Hilfe eines Wasserstrahles gegen die Ölsperren treiben sollte. Die Freiwillige Feuerwehr Obernburg rückte mit ihrem Mobmatic-Wringer an, die Feuerwehr Würth mit einem Öl-Separator. Auch die Feuerwehren aus Erlenbach und Mechenhard wirkten mit.

T. H.





## Ein Morgen in der IKRK-Delegation in Addis-Abeba

„Kommt sie nun oder kommt sie nicht?“ Rainer, der Delegationsleiter, kann sich kaum verständlich machen, so laut prasselt der Regen auf das Blechdach. Es geht um die Herkules aus Djibuti, die seit einem Monat für das IKRK Hilfsgüter transportiert und heute damit beginnen sollte, 269 verletzte und verwundete Ex-Soldaten der Mengistu-Armee von Mekelle, im Norden Äthiopiens, nach Addis-Abeba zu fliegen. Derek, der Flugkoordinator, zieht ein unglückliches Gesicht. „Bis heute früh schien alles klar zu sein, und auf einmal verlangen die Betreiber der Southern Air Transport-Fluggesellschaft, daß alle Passagiere versichert werden müssen, sonst nimmt die Herkules niemanden mit und wir können

erst einmal die ganze Aktion abbrechen. Ich habe mich schon mit Genf in Verbindung gesetzt. Jetzt versuchen unsere Leute vom Hauptsitz aus, alles so schnell wie möglich von dort zu regeln.“

Anne-Marie, die Koordinatorin des medizinischen Dienstes, reagiert gereizt. Seit zwei Wochen bemüht sie sich, die verwundeten Soldaten, die seit drei Wochen vom IKRK in Adigrat betreut werden, über Mekelle und von dort per Flugzeug nach Addis-Abeba in dort verfügbare Krankenhäuser zu verlegen. Alles hat bisher geklappt: Der vierstündige Überlandtransport von Adigrat nach Mekelle, wo während der Regenzeit kein Flugzeug landen kann, auf ausgepolsterten Lkws liegend

und in Begleitung Annas, der schwedischen IKRK-Krankenschwester. Sie hat die Soldaten bisher betreut, um sie in die schon vorbereiteten Zelte am Flughafen von Mekelle zu bringen, damit von dort alles schnell weitergehen kann. Die Organisation von ausreichend vielen Krankenhausbetten in Addis-Abeba und die Einrichtung eines Übergangslagers mit medizinischer Versorgung am Flughafen ist sehr erschwert. Krankentransportwagen des Äthiopischen Roten Kreuzes (ERCS), zwei Ärzte und 30 Jugendliche des ERCS stehen bereit, um die angekündigten Ex-Soldaten in Empfang zu nehmen. Und nun soll der „Umzug“ nicht stattfinden, einzig wegen einer nicht geklärten Versicherungsfrage?

Es ist 8.30 Uhr, in einer Stunde sollte die Aktion beginnen. Alle IKRK-Delegierten sitzen beim wöchentlichen Meeting im Zimmer des Delegationschefs. Rainer schaut sich im Kreise seiner Mitarbeiter um und sieht in die ratlosen Gesichter. Um den prasselnden Regen zu übertönen, brüllt er: „Wenn wir in einer Stunde noch nichts gehört haben, übernehme ich erst mal die Verantwortung und alles läuft wie geplant.“ Ein nicht hörbares, aber dafür ein um so sichtbareres Aufatmen geht durch die anwesenden Gesichter. Und plötzlich, gerade so, als wolle der Wettergott mit seiner Zustimmung nicht zögern, hört mit einem Schlag der Regen auf. Die morgendliche Sitzung kann im normalen



Die Zelte des DRK dienen als Übergangsunterkünfte vor dem Weitertransport.





Warten heißt die Parole für die Ex-Soldaten.

Gesprächston fortgesetzt werden.

Rainer berichtet kurz von seinem letzten Gespräch mit der „Kommission“. Die „Kommission“ wurde von der neuen äthiopischen Regierung gegründet und ist für die Rückführung der geschätzten 250 000 bis 300 000 Ex-Soldaten Mengistus aus dem Norden Äthiopiens und dem Sudan in ihre Heimat verantwortlich. Immer wieder wird das IKRK und das ERCS, das

diese Aktion für ihre humanitäre Hilfestellung in vier Phasen eingeteilt hat, durch politische Erwägungen gehemmt. Der neueste Standpunkt der „Kommission“, den Rainer seinen Mitarbeitern erläutert, ist folgender: nur etwa 4000 der 65 000 Ex-Soldaten, die vom Roten Kreuz in den sogenannten Transitcamps der Regierung mit Hilfsgütern – Lebensmittel und medizinische Gerätschaften – versorgt werden, können

sofort in ihre Heimat zurückgeführt werden. Der Grund: Diese 4000 Soldaten haben unter Mengistu weniger als 18 Monate Dienst geleistet und müssen daher keine Umerziehung der Regierung durchlaufen. Alle anderen sollen zunächst in den Lagern bleiben.

Alard, der IKRK-Delegierte, der für die Beschaffung und Koordinierung des gesamten Nachschubs verantwortlich ist, zieht ein ernstes Gesicht.

„Wie sollen wir das schaffen?“ fragt er. „Wir haben bereits genügend Schwierigkeiten, unsere Lebensmittel und Hilfsgüter aus dem Hafen von Djibuti nach Addis-Abeba zu bekommen. Die Lkws des ERCS reichen nicht aus und die gemieteten sind enorm teuer, ganz zu schweigen von den Kosten für Lufttransporte. Aber selbst wenn wir hier in den Lagerhäusern genügend Lebensmittel hätten, so müßten wir jetzt nach zwei Monaten unserer Aktion eigentlich beginnen, unsere Verpflichtung denjenigen gegenüber einzulösen, die wir bereits nach Hause zurückgebracht haben – und das sind mittlerweile über 65 000 Menschen. Jedem von ihnen haben wir eine zweimonatige Überlebensration zugesagt. Das müssen wir jetzt einlösen, statt dessen gehen all' unsere Hilfsgüter in die Lager nach Nord- und Westäthiopiens.“

Jeder IKRK-Delegierte, der hier am Tisch sitzt, kennt das Problem. Kay, der zuständige Delegierte für das Lager von Nazaret, von dem aus alle freigelassenen Ex-Soldaten – die aus dem Süden Äthiopiens stammen – durch das Rote Kreuz in ihre Heimat zurückgebracht wurden, kann die erwähnten Bedenken nur allzu plastisch bestätigen. „Einige Ex-Soldaten, die wir bereits vor Wochen nach Hause gebracht haben, sind nach Nazaret zurückgekommen. Sie verlangen nun die zugesagten Lebensmittelrationen. Was sollen wir tun? Vor allem, was machen wir, wenn mehr kommen – viel mehr?“

Heinz, der Administrator der Delegation, weist darauf hin, daß man diese Leute mit Bargeld abfinden sollte, was den Vorteil hätte, daß die Ex-Soldaten ihre lange Heimreise nicht auch noch mit einem 50 kg schweren Mehlsack machen müßten. Aber gerade an Bargeld mangelt es eben, denn die Geber sind zwar mit Sachspenden für diese IKRK/ERCS-Rückführungsaktion recht großzügig gewesen, nicht aber mit Geld.

Das Telefon klingelt, es ist Genf. Die Versicherung für



Er hat gut lachen: Der Weg zum Flugzeug ist geschafft.

(Fotos: von Stülpnagel)



die verletzten Ex-Soldaten konnte noch rechtzeitig abgeschlossen werden. Gleichzeitig meldet der Funker, daß die Herkules von Djibuti nach Mekelle abgeflogen ist. Die Aktion zur Rückführung der Soldaten hat somit begonnen. Derek strahlt. Anne-Marie fährt zum Flughafen, um die letzten Vorbereitungen zu treffen.

Es kommt Bewegung in die morgendliche Sitzung. Einige schauen auf die Uhr, der Tag geht weiter. Es ist noch viel zu tun. Vorher jedoch müssen noch zwei Delegierte angehört werden. Da ist zum einen Knuth. Knuth soll einen Monat lang als Arzt im Transitcamp Mekelle tätig sein. Eine Woche hat er bereits hinter sich und ist nur deshalb zurückgekommen, um zu berichten, daß sich eine Läusefieberepidemie im Camp anzukündigen droht. Abgesehen von verstärkten Medikamentenlieferungen wird eine großangelegte Haarschneide- und Ganzkörperarasuraktion beschlossen. Rainer wird die örtliche Gesundheitsbehörde in Kenntnis setzen und um ihre Mithilfe bitten. Es muß vermieden werden, daß das Läusefieber in noch stärkerem Maße um sich greift oder sich gar in der Stadt ausbreitet.

Diane, eine andere Delegierte, die gerade aus Mekelle zurückkommt, hat ein weiteres Problem. In Mekelle sind zwei Bäckereien ausschließlich für das IKRK beschäftigt und stellen pro Tag je 18 000 Brötchen für die Versorgung der Campbewohner her. Einer dieser Bäckereien hat das IKRK einen Generator und die notwendige Menge Treibstoff zur Verfügung gestellt, der anderen nicht. Letztere fordert nun auch einen Generator und das notwendige Benzin, andernfalls wird sie die Arbeit für das IKRK einstellen. – Was tun? – Als auch dieses Problem gelöst ist – natürlich wird auch die zweite Bäckerei einen Generator bekommen – ist die morgendliche Sitzung beendet.

Wieder schrillt das Telefon. Anne-Marie ruft vom Flugha-

fen an. Alles läuft wie am Schnürchen. Und dann eine Bitte: Sie braucht eine IKRK-Pressebegleitung, es wären viele Medienvertreter da. Sie wollen mit der nächsten Herkules nach Mekelle fliegen, um beim Verladen der verletzten Soldaten dabeizusein. Die Pressedelegierte fragt nach der Abflugzeit. „In einer Viertelstunde; wir wollen so

schnell wie möglich raus und hoffen, daß es nicht anfängt zu gießen – denn dann wird der Flug ungemütlich, wenn er überhaupt stattfinden kann.“ Also ab ins Auto und zum Flughafen.

Die anderen Delegierten brechen auch auf. Das Meeting ist vorüber und viele wissen, daß einige ihrer geplanten Operationen heute wahr-

scheinlich nicht so reibungslos ablaufen werden wie die Rückführung der Soldaten. Der Arbeitstag ist noch lang, begrenzt wird er nur von der abendlichen Sperrstunde um 22.00 Uhr. Der Vorteil: Man geht früh schlafen!

v. Stülpnagel

## Ehrenzeichen des DRK für Ludwig Lehmann

Präsident Prinz Wittgenstein verlieh an Ludwig Lehmann das Ehrenzeichen des Deutschen Roten Kreuzes. Lehmann war über drei Jahrzehnte Geschäftsführer und geschäftsführender Gesellschafter einer großen Herstellerfirma für Rettungswagen, Krankentransportwagen und anderer Rettungsmittel. Das persönliche Engagement von Ludwig Lehmann, gemeinsam mit dem Deutschen Roten Kreuz einen funktionsfähigen Rettungsdienst in der

Bundesrepublik aufzubauen, ist Maßstab dafür, daß wir heute einen hervorragenden Standard des Rettungsdienstes haben. Als Persönlichkeit war und ist Lehmann für das Deutsche Rote Kreuz Vorbild und ein sachkundiger und verlässlicher Gesprächspartner. Die von ihm und seiner Gattin 1987 gegründete Stiftung mit dem Zweck der „Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens durch Verbesserung in der Notfallmedizin und im Rettungswesen“ ist Beweis

dafür, wie mittelständische Unternehmen beachtliche Leistungen für gemeinnützige Zwecke erbringen und anderen als Vorbild dienen können. Ludwig Lehmann hat sich durch sein Engagement und durch sein vielfältiges ehrenamtliches Wirken für das Deutsche Rote Kreuz verdient gemacht. In vielfältiger Weise arbeitet er mit Rat und Tat mit den DRK-Gliederungen in vertrauensvoller und partner-schaftlicher Weise zusammen.



DRK-Präsident Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein freut sich mit Ludwig Lehmann (rechts) über die Auszeichnung, in der Mitte die Ehefrau des Geehrten.



## Da muß man doch einfach etwas tun . . .

### Soziale Dienste im Arbeiter-Samariter-Bund

Der Anruf gestern war nur einer von vielen: „Meine Mutter lebt allein zu Hause, sie braucht dringend Unterstützung und Hilfe – können Sie helfen?“ Die ASB-Mitarbeiterin fragt nach der Adresse und stellt fest, daß sich in nächster Nachbarschaft der hilfsbedürftigen alten Dame eine Sozialstation des ASB befindet. Der Rest ist Routine: Rasch ist der telefonische Kontakt zwischen der Leiterin der Sozialstation und dem besorgten Anrufer hergestellt. „ . . . wir werden uns bei Ihrer Mutter telefonisch anmelden und sie dann besuchen. Sicher finden wir gemeinsam einen Weg, wie wir ihr helfen können.“

Die Sozialstation – nur einer von zahlreichen, sehr unterschiedlichen Sozialen Diensten, die der Arbeiter-Samariter-Bund anbietet. Die Sozialstation – ein Schlagwort, hinter dem sich ein sehr differenziertes Angebot ambulanter Hilfsdienste verbirgt.

#### **Sozialstation für umfassende ambulante Hilfsdienste**

Sozialstationen sind zentrale Einsatzstellen, die für die Bevölkerung eines größeren Einzugsbereiches ein umfassendes Angebot ambulanter Hilfsdienste in der Kranken-, Alten- sowie Haus- und Familienpflege bereithalten. Sie bieten ihre Dienste an, um

- kranke, behinderte, pflegebedürftige und ältere Mitbürger in ihrer Wohnung zu betreuen
- die ärztliche Behandlung durch häusliche Pflege zu unterstützen
- Krankenhausaufenthalte zu

verkürzen oder zu vermeiden

- Pflegeheimaufnahmen hinauszuzögern
- Angehörige zu beraten.

Diese Dienste, die größtenteils von qualifizierten Pflegefachkräften durchgeführt werden, sind natürlich nicht kostenlos. Dennoch sollte dies für hilfsbedürftige Menschen kein Grund sein, diese Dienste nicht in Anspruch zu nehmen: In vielen Fällen übernimmt die Krankenkasse die Kosten, bei Schwerpflegebedürftigkeit auch über einen längeren Zeitraum. Wer Hilfe braucht, sollte mit seinem Hausarzt Art und Umfang der notwendigen Hilfeleistungen abklären und bei der zuständigen Krankenkasse einen Antrag auf Übernahme der Kosten für die häusliche Krankenpflege stellen.

#### **Neue Betreuungsformen für psychisch Kranke, geistig und mehrfach Behinderte**

Die Sozialstationen – im Arbeiter-Samariter-Bund gibt es z. B. etwa 130 dieser ambulanten Pflege- und Hilfsdienste – sind jedoch nur ein Teil der Bemühungen, Menschen zu helfen.

Vorbildliche Arbeit leistet der ASB auch in der Betreuung und Begleitung psychisch Kranker. Gegen „Verwahrung“ in großen, stationären Einrichtungen setzten sich progressive Mitarbeiter des ASB für ambulant betreute Wohnformen ein. Betreutes Einzelwohnen, Wohngemeinschaften, Freizeitangebote und sozialpsychiatrische Zentren zeugen vom beherzten Engagement des ASB für die

Menschen, die bei der Lösung ihrer Lebensaufgabe ins Abseits geraten sind. Ebenso wegweisend ist die Arbeit der Samariter für und mit geistig und mehrfach behinderten Bürgern. Auch hier entstanden in den letzten Jahren neue Betreuungsformen, wurden Langzeitkrankenhäuser aufgelöst und Menschen, die fast vergessen waren, weitere Entwicklungsmöglichkeiten gegeben.

Doch auch die Sorge für die „Fremden“ ist dem ASB nicht fremd! Wer in Deutschland Asyl sucht, findet in mehreren Ortsverbänden Beratung und tatkräftige Unterstützung. In Bremen z. B. im Flüchtlingsbüro Bremen-Nord, wo auch minderjährige jugendliche Flüchtlinge, die ohne Begleitung hier ankommen, Hilfe und verständnisvolle Betreuung erfahren.

#### **Zuwendung, Pflege und Geselligkeit als Programm**

Das Spektrum der Sozialen Dienste ist weit: Mit dem Hausnotruf sind alleinstehende ältere Menschen im Ernstfall immer mit den Helfern des ASB verbunden. Verbundenheit wird auch großgeschrieben in den Einrichtungen, in denen sich ältere Menschen treffen, zum Klönen, Kartenspielen, gemeinsamen Wandern oder ganz einfach auf eine Tasse Kaffee oder zum Bier. Der Behindertenfahrdienst ermöglicht behinderten Mitbürgern mehr Beweglichkeit, die Individuelle Schwerstbehindertenbetreuung ein Leben in weitgehender Autonomie.

Und natürlich hat der ASB auch ein Herz für Kinder: von

der Hausaufgabenhilfe bis zum Betriebskindergarten findet sich im ASB fast alles, was Kindern und Eltern das Leben ein wenig leichter und fröhlicher macht. Bald wird es die „Sozialpädagogische Familienhilfe“ geben, eine qualifizierte Hilfe für Familien mit Kindern. Der Impuls, sich auch diesen Sozialen Diensten zuzuwenden, kommt aus Thüringen. Überhaupt sind die „Neuen“ die absoluten Schnellstarter: Über 80 Sozialstationen haben sie seit Beginn des Jahres in einem atemberaubenden Tempo aufgebaut, zahlreiche Behindertenfahrdienste, Essen auf Rädern und hauswirtschaftliche Hilfen in Gang gebracht.

#### **Immer mehr Alten- und Pflegeheime in ASB-Regie**

Soziale Dienste, das sind die Tätigkeiten, die früher ganz selbstverständlich in den Familien geleistet wurden. Unsere Gesellschaft hat sich gewandelt: viele dieser Aufgaben können von den Familienangehörigen nicht mehr erfüllt werden. Das liegt nicht am mangelnden guten Willen der Betroffenen – auch heute werden noch fast 90 Prozent der pflegebedürftigen alten Menschen von ihren Angehörigen gepflegt. Es liegt daran, daß die Zahl der „Hochbetagten“, also der alten Menschen über 80 Jahre, zunimmt, daß immer mehr Menschen allein leben, daß die persönliche und räumliche Distanz zwischen den Familienangehörigen – berufsbedingt – zunimmt.

Gisela Schulte



## Geprüft – und für gut befunden

### 12. Bundeswettkampf der JUH in Velbert

Insgesamt 300 Teilnehmer in 24 Mannschaften konkurrierten beim 12. Bundeswettkampf der Johanniter-Unfall-Hilfe in Velbert am 15. Juni 1991 um Punkte und Plazierungen. Vorbereitet durch Ausscheidungskämpfe auf der Ebene der Landesverbände, diente die alle zwei Jahre durchgeführte Veranstaltung der Demonstration und Überprüfung des Ausbildungsniveaus der Helferschaft. 40 Schiedsrichter (Ärzte und Ausbilder) bewerteten die Teilnehmer in vier Klassen: Jugend (14–16), ehrenamtliche Helferschaft (ab 16 Jahre), Rettungssanitäter und erstmals auch Schwesternhelferinnen. Zu den Prüfungen gehörten neben dem Theorie-Teil auch Praxistests in Form von Diagnosticset an simulierten Notfällen, ein sogenannter „Trage-Test“ sowie Fallbeispiele mit Mehrfachverletzten. Der zwölfte Bundeswettkampf stand unter der Schirmherrschaft des Bürgermeisters der Stadt Velbert, Heinz Schemken, MdB.

„Wir probieren’s“, sagte die Schwesternhelferin aufmunternd zum Patienten, der nach zweitägiger Bettruhe mobilisiert werden sollte. Der Mann, der einen sehr unsicheren, ängstlichen Eindruck machte, wurde von der zweiten Schwesternhelferin langsam aufgerichtet und bekam seine Schuhe angezogen. „Ordentlich durchschnaufen.“ Die beiden Damen, Mitte 50, im weißen Kittel mit Johanniteremblem, griffen ihm unter die Arme. Doch kaum auf die Füße gestellt, klappte der Pa-

tient zusammen. Die Schwesternhelferinnen brachten ihn behutsam wieder zurück ins Bett. Der Mann wirkte nun äußerst schwach, die Schwesternhelferinnen informierten umgehend die Stationschwester und legten ihr nahe, den Arzt zu unterrichten.

Die Reaktion: Applaus, denn mit dem Bericht an die Schwester endete die erstmalige Prüfung der Schwesternhelferinnenmannschaft im Rahmen eines Bundeswettkampfes der JUH, zu dem sich viele Zuschauer eingefunden hatten. Die insgesamt vierköpfige Mannschaft aus dem Ostalb-Kreis, allesamt Absolventen eines Schwesternhelferinnenkurses im letzten Jahr, hatte sich beim Landeswettkampf in Baden-Württemberg als Sieger qualifiziert.

Erstmals angetreten waren auch Mannschaften aus den neuen Bundesländern, aus Sachsen und Sachsen-Anhalt. Sie wurden besonders herzlich willkommen geheißen.

Überhaupt: Beim Bundeswettkampf herrscht eine ganz besondere Atmosphäre, der sich niemand entziehen kann, auch die Beobachter nicht. Jedem einzelnen – ob Teilnehmer, Schiedsrichter, Verletztendarsteller, Schminker, Betreuer oder sonstigen Mitwirkenden – war der Spaß und die Freude, mit dabei zu sein, anzusehen.

Aber Spaß machte es auch denjenigen, die nicht zur „JUH-Familie“ gehörten, wie beispielsweise die Verletztendarsteller und Schminker vom Jugendrotkreuz Grefrath, die ebenfalls hervorragende Leistungen boten. Frakturen, Schürfwunden, Prellungen –



Gekonnt spielen die „Verletzten“ ihre Rollen.



Bei der Versorgung der „Verletzten“ zeigen die Helfer und Helferinnen erstklassige Leistungen.



alles wirkte täuschend echt, Schwächeanfälle, Schockzustand und Benommenheit wurden so realistisch dargestellt, daß bei einigen Zuschauern schon echtes Mitgefühl aufkam.

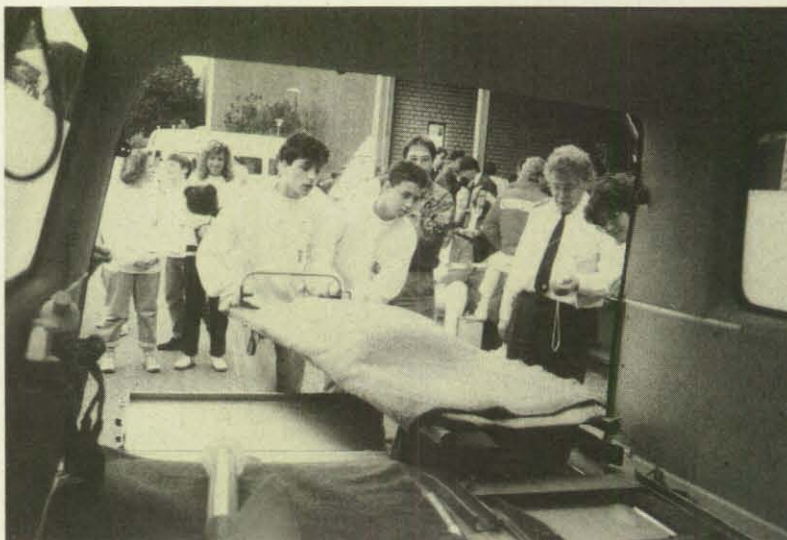
Doch bei der Versorgung von Verletzten ging es nicht nur um die körperlichen Wunden, in vorbildlicher Weise kümmerte man sich um den psychischen Zustand. Gerade mit der seelischen Betreuung zeigten sich die Schiedsrichter sehr zufrieden. Hier sei eine positive Tendenz zu verzeichnen. Fast bei jedem Bundeswettkampf mit dabei war Dr. Axel Dohnicht, der frühere Landesarzt von Niedersachsen. Er hatte immer mit „großer Freude“ ein Schiedsrichteramt übernommen. Diesmal „nur“ als Gast dabei, verfolgte er interessiert die Prüfungen und registrierte eine erfreuliche Leistungsdichte. Seine Bilanz nach mehr als 20 Jahren: Die Ausbildung hat sich dem medizinischen Fortschritt angepaßt, die JUH-Helfer sind durch die Entwicklungen im Bereich der Notfallmedizin und der Herz-Lungen-Wiederbelebung mehr und mehr gefordert worden.

„Manöverkritik“ gab es für die Mannschaften immer unmittelbar durch die Schiedsrichter am Ende jeder Prü-

**Unter den kritischen Augen der Schiedsrichter muß jeder Handgriff sitzen.**



**Zahlreiche Zuschauer verfolgen das Geschehen.**



fung. Aufmerksam hörten die Teilnehmer zu, stellten Rückfragen und – manchmal etwas nie, wie man im Rennen richtig. „Dennoch weiß man liegt“, erklärten die jungen

**Endlich geschafft: Siegerehrung durch den Präsidenten der JUH, Wilhelm Graf von Schwerin. (Foto: Wachsmann)**





# Helfen wollen – helfen können

Damen und Herren aus Quickborn, die zum zweiten Mal bei einem Bundeswettkampf angetreten waren. Da man die anderen nicht sähe, könne man keinen Vergleich ziehen. Der jedoch muß aus Schiedsrichtersicht sehr gut ausgefallen sein, denn die Quickborner kamen bei der A-Mannschaftswertung auf den zweiten Platz.

Dank eines ausgeklügelten Ablaufplans fügten sich alle Programmelemente – offiziellen und „geselligen“ Charakters – zu einem harmonischen Gesamtbild. „Prüfung hervorragend bestanden“ – hieß es abschließend über die Organisatoren, den Ortsverband Velbert mit seinem Beauftragten Peter Kümmel und die NRW-Landesgeschäftsführung.

Gastgeber und Gäste vor Ort – u. a. JUH-Präsident Wilhelm Graf v. Schwerin, der Landesbeauftragte von Nordrhein-Westfalen und Vizepräsident Heinrich von Kleist-Retzow, Bundesarzt Dr. med. Wolfgang Krawietz, Bundesausbildungsleiter Dr. Hans-Heinrich Driftmann, der Landesbeauftragte von Schleswig-Holstein, Thilo Erfurth, sowie Geschäftsführer der Landesverbände – konnten zufrieden sein – und waren es auch.

## Über die Schwierigkeiten, die auf Europäer bei Hilfeinsätzen im Orient zukommen, berichtet Heinz Bitsch von der Bundesgeschäftsführung der Johanniter-Unfall-Hilfe:

„Ich will helfen. Ich mache alles. Ich mache es kostenlos.“ Wie viele solcher Anrufe habe ich in den letzten Wochen erhalten und wie schwierig war es, angesichts der dramatischen Flüchtlingsbilder im Fernsehen Verständnis dahingehend zu schaffen, daß der gute Wille allein nicht ausreicht. Daß neben der fachlichen Qualifikation, die selbstverständlich für den bedarfsorientierten Personaleinsatz sein sollte, auch besondere Anforderungen an Psyche und Physis gestellt werden, bestätigte meine kürzliche Dienstreise in den Iran einmal mehr.

Seit dem 13. Mai hatten wir im Auftrag von Diakonischem Werk und Deutschem Caritas-Verband ein medizinisch-technisches Team in Taze-Abad im iranisch-irakischen Grenzgebiet im Einsatz. Meine Aufgabe war es, die bisherige Arbeit zu begutachten und eine Perspektive für den Einsatz zu erarbeiten.

Hierbei spielen natürlich auch die örtlichen Gegebenheiten sowie die Arbeits- und Lebensumstände unserer Helfer eine erhebliche Rolle. Und diese waren extrem, wie sich herausstellen sollte.

„Wer in Teheran aus dem Flugzeug steigt, sollte zunächst einmal sämtliche westlichen Maßstäbe und Wertvorstellungen ablegen“, meinte ein THW-Helfer. Ähnlich verdeutlichte es unser Internist, der von der „anonymen schwarzen Masse“ bei seiner Ankunft beeindruckt war. Schwarzer Umhang – der Tschador – oder auch als schwarzer Kittel mit Kopftuch ist nun einmal die Standardkleidung moslemischer Frauen und auch Ausländerinnen müssen sich danach richten.

Ernst und unangenehm wird es, wenn, wie in meiner Gegenwart geschehen, unsere Krankenschwestern von strenggläubigen Moslems darauf aufmerksam gemacht werden, daß ihre Bekleidung nicht gebührend ist. Auch humanitäre Beweggründe rechtfertigen es offensichtlich nicht, einheimische religiöse Vorschriften zu verkennen.

Noch schlimmer traf es unsere Ärzte. Die strenggläubig moslemische Frau darf

sich nicht von einem „unreinen“ Ausländer behandeln lassen. Nur Ärztinnen sind zugelassen. Es geht schon an die Psyche des Arztes, zu wissen, daß er helfen könnte und daß er es trotzdem nicht darf.

Staub, Sonne, Schmutz und sanitäre Verhältnisse tun ihr übriges. Wer wie ich schon viele afrikanische oder asiatische Flüchtlingslager durchlaufen hat, entdeckt ein in unserer heutigen Zeit – die so sehr auf optische Eindrücke ausgerichtet ist – fast vergessenes Sinnesorgan immer wieder neu: Not und Elend erhalten eine andere Qualität, wenn man sie riecht. Kein noch so modernes Kommunikationsmittel kann diese Eindrücke lebendig machen.

Warum diese Zeilen? Auch bei der nächsten Katastrophe werden wir wieder viele Anrufe von betroffenen Bürgern erhalten, die sich spontan zu einem Auslandspersonaleinsatz bereit erklären und wir werden wieder manchen gutwilligen, aber die Wirklichkeit unterschätzenden Anrufer verprellen, wenn wir – in seinem eigenen Interesse – versuchen klarzumachen, daß nicht jeder, der einen Führerschein besitzt, auch den Notarztwagen fahren kann.

### Die Siegermannschaften

#### A-Mannschaften

1. Kreisverband Ostalb
2. Ortsverband Quickborn
3. Ortsverband Celle

#### B-Mannschaften

1. Ortsverband Marktobendorf
2. Ortsverband Eberbach
3. Kreisverband Ostholstein

#### S-Mannschaften

1. Landesverband Hamburg
2. Kreisverband Wetterau
3. Kreisverband Kempten

#### SH-Mannschaften

1. Kreisverband Ostalb



Helfer in kurdischen Flüchtlingslagern müssen sich auf ungewohnte Arbeitsbedingungen einstellen.



## „Für die Kinder tun wir das“

Rußlanddeutsche Aussiedler in der MHD-Betreuungseinrichtung in Nordbrandenburg

Angekommen sind sie mit zwei Koffern und ein paar Taschen: „Hemden zum Wechseln und zwei Hosen für die Jungen“, beschreibt Lea Gelzer, die Großmutter der rußlanddeutschen Aussiedlerfamilie, das wenige, das sie mitnehmen konnten. Wie der Sohn, die Schwiegertochter und die drei Enkelkinder hat sie alles andere in der Schwarzmeerregion zurückgelassen. Über Moskau kamen sie mit dem Flugzeug nach Frankfurt. In einem Bus ging es weiter in den nordbrandenburgischen Kreis Wittstock. Fast vierundzwanzig Stunden dauerte die Busfahrt, es war eine Tortur. Dann ist die Familie endlich am ersten Ziel ihrer Reise: der Erstaufnahmeeinrichtung des Bundes für Aussiedler in Dranse, Kreis Wittstock, Land Brandenburg.

### Erste Begegnung mit den Maltesern

Den ersten Mitarbeitern der Malteser begegnen sie bereits im flachen Verwaltungsgebäude gleich hinter der Einfahrt zum weiträumigen Gelände der Aussiedlerbetreuung. Hier nehmen Steffi Müller und Arco Lange die Betreuungsgäste in Empfang, registrieren ihre persönlichen Daten, händigen ihnen einen kleinen Stapel von Formularen, Laufzetteln und Infoblättern aus und weisen sie einem der beiden Unterkunftshäuser zu.

Für die amtliche Seite des umfangreichen Verfahrens, das die Aufnahme der Aussiedler regelt, ist das Bundesverwaltungsamt zuständig. Etwa 20 Mitarbeiter beschäf-

tigt das Amt, das auch Träger der Einrichtung ist in Dranse. Die Betreuung der fast ausschließlich rußlanddeutschen Aussiedler haben die Malteser übernommen. Daher sind es wiederum Malteser-Mitarbeiter, die als Hauseltern die meist in der Nacht eintreffenden Ankömmlinge in den Unterkunftshäusern in Empfang nehmen und sie mit Bettwäsche, ersten Lebensmitteln und dem versorgen, was sie für die Körperpflege brauchen. Dann werden den Neuankömmlingen die Zimmer zugewiesen. Die Malteser achten besonders darauf, daß Familien zusammenbleiben und daß alte Menschen im Erdgeschoß untergebracht werden. Bis hin zu Babynahrung und Windelpäckchen sind die Hausbetreuer für alle kleinen Bedarfsfälle gerüstet.

### Langgehegter Wunsch

Doch das brauchen die Gelzers bei ihrem Eintreffen nicht in Anspruch zu nehmen. Die beiden Enkel Andre und Wladimir sind elf und zwanzig Jahre alt, die Enkelin Olga ist siebzehn. Schon Lea Gelzers Mutter hat sich um eine Rückkehr nach Deutschland bemüht, in die Heimat der Vorfahren. „Wir sind müde, in der Sowjetunion betrogen und schlecht behandelt zu werden“, sagt Lea Gelzer in ihrem altgebliebenen Schwäbisch, das mit vielen russischen Wörtern durchsetzt ist.

Von Sorgen um die eigene Zukunft ist bei den Aussiedlern nur wenig zu spüren. Sie werden von dem Schwung getragen, die Hürden der Ausreise überwunden zu haben. Und sie besitzen Selbstver-

trauen: „Wir haben schaffen gelernt und werden fleißig arbeiten, dann wird es schon gehen“, sagt Jewgeni Anselm, ein 45jähriger Schlosser aus einem kirgisischen Dorf. Mit seiner Frau, vier Kindern, einer Schwiegertochter und deren Eltern will er nach Neckarsulm ziehen. Dort haben Verwandte bereits eine Wohnung besorgt. Sogar der Mietvertrag ist schon unter-

schrieben. Warum sie sich zur Ausreise entschlossen haben? „Für die Kinder tun wir das. Wir wissen, daß es für uns nicht leicht wird. Aber die Kinder werden es schnell annehmen.“

### Hoher Besuch in Dranse

Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen, Dr. Horst Waffen-



Staatssekretär Dr. Waffenschmidt (links) und MHD-Generalsekretär Freiherr von Heereman (rechts) im Gespräch mit Aussiedlern.



schmidt, zugleich Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium, stattete der Aussiedlereinrichtung einen offiziellen Besuch ab. Sein Ministerium ist die dem Bundesverwaltungsamt vorgesetzte Behörde. Doch Waffenschmidt spricht nicht nur mit den Mitarbeitern des Amtes. Er läßt sich auf seinem Rundgang auch von MHD-Generalsekretär Johannes Freiherr Heereman und Herbert Junker, der als stellvertretender Geschäftsführer der Malteser in der Einrichtung arbeitet, eingehend über die Betreuung der Aussiedler informieren.

Die Malteser haben das in ihrer Aussiedlereinrichtung in Hamm bereits erprobte Hauselternprinzip auch in Dranse eingeführt. Für die medizinische Betreuung und einen eigenen Rettungsdienst, für den Malteser-Gliederungen aus den alten Bundesländern Rettungssanitäter freistellen, haben sie ebenfalls gesorgt. Auch eine Kinderbetreuung wurde eingerichtet: Sie wird vor allem in Anspruch genommen, wenn die Eltern amtliche Dinge bei der Verwaltung zu regeln haben. Und sogar ein Kletter- und Schaukelgestell haben die Malteser für die Kinder aufgestellt. Das gibt den begleitenden Presseleuten die seltene Gelegenheit, einen schaukelnden Staatssekretär zu fotografieren. Und Waffenschmidt spart nicht mit Anerkennung: „Die Entscheidung, den Betrieb der Erstaufnahmeeinrichtung und die Betreuung und Versorgung der Aussiedler an die Malteser zu übertragen, hat sich gerade in der schwierigen Aufbauphase bewährt. Ich bin sicher, daß diese international tätige Organisation auch in Zukunft erfolgreich für die Aussiedler und somit für die gesamte Region tätig sein wird.“

420 Aussiedler sind es, die am Tag des Besuchs des Staatssekretärs in der Einrichtung leben. Durchschnittlich bleiben sie zwei Wochen, bis es in eine der Aufnahmeeinrichtungen auf Länderebene weitergeht. Wenn das dritte



Staatssekretär Dr. Waffenschmidt (rechts) läßt es sich nicht nehmen, auch die Spielgeräte der Betreuungseinrichtung auszuprobieren.

Unterkunftshaus renoviert ist, werden bis zu 600 Aussiedler in Dranse Platz finden. Noch immer kommen allein aus der Sowjetunion über 10 000 Aussiedler monatlich nach Deutschland, daher werden die Plätze in den neuen Bundesländern dringend gebraucht. In einem über Bundes-, Länder und kommunale Einrichtungen führenden dreistufigen Aufnahmeverfahren werden die Ankömmlinge in die neue Heimat integriert. Bundeseinrichtungen, wie die von den Maltesern in Dranse betriebene, bilden dabei die erste Stufe.

Über 70 Mitarbeiter der Malteser sorgen zur Zeit als Küchenpersonal, Hauseltern, Heizer, Kraftfahrer, Techniker, Verwaltungsangestellte

und in vielen anderen Funktionen für das Wohl der Betreuungsgäste. Die meisten von ihnen gehörten schon zur Belegschaft des vormaligen Kinderferienheimes. Im Gegensatz zu vielen anderen Beschäftigten im Kreis Wittstock konnten ihre Arbeitsplätze durch die Aussiedlerbetreuung erhalten werden. Auch diesen Umstand vergißt Staatssekretär Waffenschmidt nicht in seiner Würdigung der geleisteten Arbeit.

Schließlich kann die Frage nach den persönlichen Wünschen der Aussiedler nicht ausbleiben. Gibt es Schwierigkeiten? Soll etwas anders gemacht werden? Zufrieden, fast glücklich antworten die Gelzers, sie fühlten sich gut versorgt. Schon hier, in der

Erstaufnahmeeinrichtung, gehe es ihnen fast besser als in der Sowjetunion. Nur zwei Wünsche wollen sie vorbringen: Sie möchten einem der westlichen Bundesländer zugewandert werden und würden gern auch schon in Dranse ein wenig bei der Arbeit helfen. „Wir sind Schaffen gewöhnt. Warten und Nichtstun ist nicht gut für uns“, sagt Schwiegertochter Rosa Gelzer und drei Generationen nicken einmütig.



## Michael Groß – Premiere in drei Akten



Aller guten Dinge sind drei: Am 10. Juni 1991 gab es gleich dreifachen Anlaß im Ostseebad Graal-Müritz, die Öffentlichkeit über Neuigkeiten bei der DLRG zu informieren.

1. Akt: Schwimmolympiasieger Michael Groß gibt in einer Pressekonferenz im Kur- und Ferienhotel Graal-Müritz seine Botschaftertätigkeit für die DLRG und seine Patenschaft für den Deutschen Wasserrettungspreis bekannt.

2. Akt: Als erste Amtshandlung übergibt Michael Groß in Graal-Müritz – sehr zur Freude von DLRG-Chef Heiner Teichert – die erste von 18 DLRG-Wachstationen an der ostdeutschen Küste ihrer Bestimmung.

3. Akt: Der deutsche Schwimmstar, der bei der DLRG in Offenbach seine ersten „Gehversuche im nasen Element“ machte, tauft zwei neue Rettungsboote auf die Namen Nivea III und IV.



### Aus Schwesternstation wurde DLRG-Stützpunkt

Seit Oktober 1990 gibt es in Bad Frankenhausen/Thüringen eine DLRG-Ortsgruppe, die eine der ersten in Thüringen ist. Nun besteht hier auch ein DLRG-Stützpunkt. Bis es aber soweit war, leisteten die 26 Mitglieder aktive Arbeit in ihrer Freizeit: In 238 Stunden wurden in einer vom Zahn der Zeit angenagten ehemaligen Schwesternstation bauliche Mängel beseitigt und die von der Stadt mietfrei zur Verfügung gestellten Räume entsprechend des Bestimmungszweckes hergerichtet. OV-Vorsitzender Peter Keßler stellte bei der Eröffnung fest:





„Ohne die tatkräftige Unterstützung durch die Stadtverwaltung Bad Frankenhausen hätten wir als Ortsgruppe nicht diesen Stützpunkt eröffnen können.“

Die DLRG-Ortsgruppe ging aus dem im März 1990 gegründeten Rettungsschwimmerclub „Die Robben“ hervor. Ihre Mitglieder betätigten sich als „Saubermänner“ bei der Ausgrabung der Rebhorn-Quelle am Kyffhäuser und führten im März 1991 einen ersten Rettungsschwimmkurs durch. In Thüringen gibt es derzeit knapp 1000 DLRG-Mitglieder in 14 Ortsgruppen.

## Aktionen „auf dem Trockenen“

Die Rheinland-Pfalz-Tage gehören ebenso wie der „Rhein in Flammen“ oder das „Open-Air Loreley“ zum Sommerprogramm im Land der Pfälzer, Rhein- und Moselländer. Immer ist die DLRG mit von der Partie, wenn es darum geht, daß Wasserrettung vor großem Publikum demonstriert oder praktiziert werden soll. Aber 1991 war alles anders. Das Landesfest spielte sich für die DLRG auf dem Trockenen ab, auf dem festen Lande, in Montabaur im Westerwald.

Wesentlich gestützt von den Ortsgruppen Montabaur, Neu-

wied und Diez, die an der Organisation beteiligt waren, präsentierte sich die DLRG als eine dynamische, begeisterungsfähige Organisation im Rahmen des „Katastrophenschutz-Meetings“. Mit einem hervorragend angenommenen Spieleangebot mit Wettbewerbscharakter und rund 500 Teilnehmern an zwei Tagen, mit Vorführungen des Taucherzuges Diez auf der Aktionsfläche und weiteren DLRG-spezifischen Angeboten, wie zum Beispiel Herzlungen-Wiederbelebung an einem hochmodernen Simulator, trafen die DLRG-Aktiven auf reges Zuschauerinteresse.

Bemerkenswert auch das rege Interesse der anwesenden

Prominenz. Zu den Standbesuchern zählte unter anderen der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Rudolf Scharping, der Landrat des Westerwaldkreises, Peter-Paul Weinert, und DLRG-LV-Präsident Günter Hög.

Viele DLRG-Mitglieder aus dem Bezirk Westerwald-Taunus, darunter auch die DLRG-Jugend Montabaur, halfen engagiert mit und ließen die Rheinland-Pfalz-Tage für die DLRG zu einer werbewirksamen Veranstaltung werden.

## DLRG Fürth jetzt aktiv im Katastrophenschutz

Am 25. Juni erreichte der Ortsverband Fürth e. V. ein seit Jahren angestrebtes Ziel: Er wurde in den Katastrophenschutz der Stadt Fürth aufgenommen. Die Urkunde überreichte Oberbürgermeister Uwe Lichtenberg bei der Taufe des neuen Rettungsbootes

des Ortsverbandes. Patin der „Kleeblatt II“ ist Dagmar Wörl, Stadträtin aus Nürnberg. Durch das 50 000 Mark teure Boot mit Jet-Antrieb vervollständigte der Ortsverband seine Ausrüstung, um den voraussichtlich 1992 durchgehend befahrbaren

Main-Donau-Kanal optimal betreuen zu können.

Nach der Taufe des Bootes konnte die Taufpatin Dagmar Wörl, Oberbürgermeister Uwe Lichtenberg sowie die zahlreichen Ehrengäste, unter ihnen auch DLRG-Landesverbandspräsident Richard Rosi-

pal, der Bundestagsabgeordnete Schmidt, die Landtagsabgeordneten Heiko Schultz und Wilhelm Wenning eine Probefahrt mit dem neuen Boot unternehmen.



Fürth: Erste Probefahrt mit dem neuen Rettungsboot „Kleeblatt II“.

(Foto: Kögler)



# Abbau von Ressourcen im erweiterten Katastrophenschutz

## Vorschläge des Bundes im Bereich Helferstärken und Fachdienste in der Diskussion

**Dr. Ewald Andrews, Ministerialrat und Leiter der Arbeitsgruppe KN 2 im Bundesministerium des Innern, hat in Heft 6/91 des „Bevölkerungsschutz-Magazins“ konzeptionelle Überlegungen zur Helferstärke und Fachdienststruktur im erweiterten Katastrophenschutz publiziert. Im wesentlichen decken sich diese Vorschläge mit einem Diskussionspapier des Ministeriums, das zwischenzeitlich veröffentlicht worden ist. Der Vorstand der ARKAT hatte deshalb zu dem Arbeitspapier bereits Stellung genommen und legt hier seine Meinung zu dem vorerwähnten Artikel dar.**

Der Bundesminister des Innern, Dr. Wolfgang Schäuble, hatte die veröffentlichten Vorschläge in seinem Schreiben an den Bundesvorsitzenden der ARKAT als Diskussionsbasis bezeichnet, die mit allen im erweiterten Katastrophenschutz mitwirkenden Einrichtungen, Organisationen und Verbänden erörtert werden sollen und nicht als ein fertiges Konzept, das von den Beteiligten hinzunehmen ist.

Auch die Länder waren zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Meinung, daß das Arbeitspapier des BMI in wesentlichen Teilen nicht mehr dem aktuellen Diskussionsstand entspräche. Die ARKAT bedauert deshalb, daß das Arbeitspapier noch vor der vom Minister angekündigten Erörterung mit den nach § 7b des Gesetzes

über die Erweiterung des Katastrophenschutzes zu beteiligenden Organisationen und Verbänden in dieser Form verbreitet worden ist. Die Veröffentlichung ist hinsichtlich der Aufrechterhaltung der Motivation der betreffenden Helfer kontraproduktiv und zeugt in der gegenwärtig sehr schwierigen Phase der Personalgewinnung für den Katastrophenschutz von wenig Sensibilität. So gesehen trägt das auf bloßen Abbau reduzierte und nicht durch funktionsfähige Alternativen hinterlegte Papier wohl eher zu Enttäuschung, Verunsicherung und Verbitterung bei den Helfern bei als zu der vom Verfasser beabsichtigten Versachlichung der Diskussion.

Die ARKAT hat den Bundesminister des Innern in einer Stellungnahme auf grundsätzliche Bedenken hinsichtlich einer Aufrechterhaltung des Schutzniveaus in den Altbundesländern und die demotivierende Wirkung der Vorschläge auf die künftige Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger zur freiwilligen und ehrenamtlichen Mitwirkung im Zivil- und Katastrophenschutz und insbesondere auf den beabsichtigten einseitigen Abbau von Einheiten und Fachdiensten im Bereich der kommunalen Regieeinheiten (rd. 10000 Helferinnen und Helfer) hingewiesen. Diese Stellungnahme wird im folgenden auszugsweise wiedergegeben.

1. Die ARKAT befürwortet eine Neuordnung und Neuorientierung des erweiterten Katastrophenschutzes. Sie

hält den im Vorschlag der KN 2 zum Ausdruck gebrachten Tenor von einem bloßen Abbau von verfügbaren Ressourcen vom Ansatz jedoch für falsch und tritt statt dessen für einen Wandel in den Aufgaben und Strukturen ein. Sie hält fest am Richtwert für die anzustrebende Gesamt-Helferstärke von „1 % der Bevölkerung“ für das vereinte Deutschland und kann einen Abbau von in Jahrzehnten aufgebauten Hilfeleistungspotentialen jedweder Trägerschaft in den Altbundesländern so nicht akzeptieren.

2. Energisch zu widersprechen ist der offensichtlichen Absicht des Bundes, kommunale Regieeinheiten in unverhältnismäßig hohem Umfang abzubauen und damit endgültig aus der Bundesförderung herausnehmen zu wollen.

Es gibt nach Auffassung der ARKAT keinen sachlichen Grund, bei der Förderung durch den Bund nach Trägern der Fachdienste und Einheiten zu differenzieren. Erst recht gibt es keinen nachvollziehbaren Grund, nur eine einzelne Gruppe von Trägern, nämlich die Kommunen, einseitig zu benachteiligen. Die Bundesförderung ist bisher ausschließlich fachdienstbezogen ausgerichtet gewesen und sollte es bleiben.

Dort, wo kommunale Regieeinheiten und Einrichtungen gebildet worden sind, leisten diese seit Jahrzehnten ihren Dienst ebensogut wie Einheiten anderer Träger auch. Sie sind rechtskonform entstanden und ihr einseitiger Abbau würde zu einem Vakuum in

der gesamten Führung auf kommunaler Ebene führen. Auch die Überleitung in andere Trägerschaften ist in bezug auf die Einsatzfähigkeit erfahrungsgemäß kontraproduktiv zu bewerten, da die Einheiten dann in einem längerfristigen Prozeß von Grund auf neu aufzubauen sind. Regieeinheiten können deshalb ebenso wenig eine Kategorie bilden wie andere Träger (Feuerwehren, THW), die subsidiär und in Abstimmung mit der örtlichen KatS-Behörde Einheiten in den verschiedenen Fachdiensten aufgestellt haben. Sind diese Einheiten einmal entstanden, kann man sie auch nicht zu jeder sich bietenden Gelegenheit in der jeweiligen Trägerschaft wieder in Frage stellen. Auch das wäre für die Bereitschaft zur freiwilligen und ehrenamtlichen Mitwirkung wiederum kontraproduktiv.

3. Die Absicht des Bundes, keine Organisation (auch nicht die Kommunen als Träger von Regieeinheiten) beim Aufbau des Katastrophenschutzes in den neuen Ländern zu benachteiligen, wird begrüßt.

4. Die Überlegung zur Reduzierung der Helferzahlen bzw. zur Auflösung von Fachdiensten und Einheiten und Einrichtungen überzeugen insgesamt nicht.

So bleibt fragwürdig – die Auflösung der Erkundungs- und Lotsengruppen, die insbesondere im Bereich der Marschwegsicherung und Unterstützung von Einheiten und Einrichtungen der Führung (z. B. TEL) von Nut-



zen sein können. Hier sollten die Überlegungen eher zu Schwerpunktverschiebungen in den Aufgaben und strukturellen Änderungen der STAN führen.

– die Auflösung des Veterinärdienstes, der im Rahmen einer Neukonzeption ebenfalls eine veränderte Gewichtung in den Aufgaben und strukturellen Änderungen der STAN führen könnte. Gerade die Ereignisse von Tschernobyl und die Notwendigkeit der Untersuchung der Belastung von Lebensmitteln hat gezeigt, daß die Aufgaben der Ernährungssicherstellung und Gesunderhaltung der Bevölkerung grundsätzlich nicht überholt sind. Beispielsweise müssen bei Umweltkatastrophen täglich gegebenenfalls Tausende von Proben bei Fleisch, Milch, Gemüse und anderen Lebensmitteln vorgenommen werden. Deshalb befürwortet die ARKAT erweiterte Aufgaben für den Veterinärdienst im Umweltschutz.

– die Auflösung von 497 Beobachtungs- und ABC-Meßstellen, die ebenfalls kritisch gesehen werden muß. Auch diese könnten mit neuen Aufgaben, z. B. im Rahmen einer beweglichen „Umweltgruppe“ bei Umweltkatastrophen und großflächigen Schadensfällen Informationen hinsichtlich Wetter und Belastungen in Luft, Wasser, Boden etc. ermitteln bzw. auswerten. Schafft man diese Einrichtungen jedoch einfach ab, sind diese technisch versierten und teilweise hochmotivierten ehrenamtlichen Helfer diesen wichtigen Aufgaben praktisch entzogen; die Bereitschaft zur freiwilligen und ehrenamtlichen Mitwirkung nicht mehr gegeben.

– die personelle Verringerung der Versorgungseinheiten. Diese im Wege einer Umstrukturierung zu Versorgungszügen zu erreichen, ist nach Auffassung der ARKAT verfehlt. Gerade im Versorgungsdienst ist eine hohe Flexibilität kleinerer Einheiten erforderlich, weswegen ja auch bislang auf die Bildung von Versorgungszügen verzichtet worden ist. Verpfle-

gungs-, Verbrauchsgüter- und Materialerhaltungstrupps werden nach aller Erfahrung an den unterschiedlichsten Stellen benötigt, so daß schon von daher eine Zusammenfassung von Zügen nicht sinnvoll wäre. Wie bei anderen Fachdiensten auch, muß hier eine deutliche Effizienzsteigerung durch mehr Integration und Modularität erreicht werden. Die Konzentration von Einsatzfunktionen in nach relativ starrem Schema gegliederten Einsatzverbänden kann diesem Ziel nicht entsprechen. Statt dessen muß der Einsatz kleinerer, in jeder Hinsicht flexibel, schadensbild-orientiert, fachdienst- und organisationsübergreifend einsetzbarer, modular aufgebauter und schnell verfügbarer Teileinheiten angestrebt werden. Ein derartiger Strukturwandel wird im Ergebnis nach dem Prinzip „mit weniger Helfern mehr leisten“ vermutlich auch zu einer geringeren Gesamtstärke führen können, ohne das Schutzniveau dabei herabsetzen zu müssen.

– die Reduktion und vorgeschlagene strukturelle Änderung im Bereich des Fernmeldedienstes. Die Erfahrung hat bei Übungen und Einsätzen immer wieder gezeigt, daß gerade die Fernmeldeverbindungen sich als Schwachpunkt herausgestellt haben. Dies liegt nicht nur an der häufig unzureichenden Ausbildung der Sprechfunken aller Fachdienste und an einem Mangel an Funkkanälen, sondern auch an der personellen Kapazität der Fernmeldezentren und -züge. Man darf hierbei nicht vergessen, daß die Helfer in diesen Einheiten und Einrichtungen umfangreiche Dokumentationen und Nachweisungen zu führen haben, was sie neben ihrer eigentlichen Aufgabe genügend auslastet. In diesem Bereich Personal freizusetzen, würde zwangsläufig zu einer Verlangsamung der Informationsvermittlung führen, die nicht hingenommen werden kann. Auch die Trennung in Fernmeldezentralen und -züge hat sich bewährt. Die festinstallierten Zentralen beim

Stab HVB sind unverzichtbar, zumal sie gegebenenfalls technisch an vorhandene Rettungsleitstellen angekoppelt werden können, so daß der Übergang von einer Großschadenslage zur Katastrophe auch fernmeldetechnisch bewältigt werden kann. Eine Auflösung der Zentralen würde hier zu einer weiteren Schwierigkeit führen.

– die Auflösung der Führungsgruppen Bereitschaft. Die Argumentation bezogen auf diese Einheiten erweist sich als völlig fachfremd. Diese Einheiten erfüllen unverzichtbare fachdienstbezogene Koordinierungsaufgaben sowohl in der Einsatzführung und -logistik sowie im Rahmen der Ausbildung und Verwaltung der Einheiten am Standort. In Ermangelung einer fahrzeugmäßigen Ausstattung durch den Bund haben die verschiedenen Trägerorganisationen und hier insbesondere die Kommunen in der Vergangenheit die notwendigen Führungsfahrzeuge sicher nicht in der vermeintlichen Erkenntnis beschafft, daß diese Führungsebene überflüssig sei. Es sind auch kaum Standorte bekannt, in denen den aufgestellten Führungsgruppen Bereitschaft nicht mindestens drei Züge des gleichen Fachdienstes gegenüberstehen (vgl. Erweiterter Katastrophenschutz – Daten und Fakten. Band 19 der BZS-Schriftenreihe Zivilschutz, 1989).

Insgesamt gesehen enthält das Papier wenig innovative Ansätze und kann in dieser Form den Anspruch, zu einer langfristigen Strategie und Konzeption für den Zivil- und Katastrophenschutz beizutragen, nicht gerecht werden. Insbesondere der Verzicht auf bislang zumindest funktionsfähige Institutionen und Schutzpotentiale wird zwangsläufig zu einem deutlich reduzierten Schutzniveau führen, wenn diese Vorschläge nicht durch konzeptionelle Alternativen hinterlegt werden. Keinesfalls sollte ein zukunftsgerichtetes Konzept für den Bevölkerungsschutz in seinen Rahmenbeding-

ungen in so undifferenzierter Weise von haushaltsrelevanten Überlegungen des deutsch-deutschen Vereinigungsprozesses bestimmt sein.

Die Neuorientierung und Neuordnung von Hilfeleistungspotentialen des Katastrophenschutzes muß langfristig auf der Grundlage von konkreten Gefährdungsanalysen erfolgen. Helferstärken und Fachdienststrukturen allein nach Bevölkerungszahlen festzulegen, ohne Beachtung regionaler Risiken, erscheint zukünftig nicht mehr zweckmäßig. Bloße Reduzierungen von Helferzahlen und damit zugeordneter Technik bzw. der Abbau angeblicher Überkapazitäten schwächen das Schutzniveau in den Altbundesländern und sind nach Auffassung der ARKAT kein sinnvolles Instrument zur Herbeiführung eines Strukturwandels.

Der Schutz der Bevölkerung und der Umwelt vor Gefahren jedweder Art gehört zu den anspruchsvollsten Aufgaben, die die Gesellschaft bereits aufgrund der heute bekannten Risiken für die Menschheit insgesamt berühren und aufgrund ernstzunehmender Projektionen für die Zukunft zu einer der elementarsten politischen Aufgaben avancieren. Diese bedeutsame Aufgabe wird in dem Papier des BMI zum Teil nur mit Begriffen wie „Verzicht“, „Ausdünnen“ usw. negativ hinterlegt.

Die ARKAT bedauert, feststellen zu müssen, daß das Arbeitspapier des BMI in seiner derzeitigen Fassung den Einstieg in einen Strukturwandel so wenig kompetitiv für die Herausforderungen der Zukunft begleitet und streckenweise in der Wiedergabe offensichtlich eher einer „Abwicklungsmentalität“ das Wort redet.



# Presseschau

## Jetzt nicht nachgeben!

Tschernobyl, 26. April 1986. *Erinnern Sie sich noch an jenen Tag, der das Weltbild einer ganzen Generation in seinen Grundfesten erschüttert hat? Der so deutlich wie nie zuvor die Grenzen des technisch Machbaren aufgezeigt hat? Damals, in der Konfrontation mit der atomaren Katastrophe, ist der Zivilschutz über Nacht zum Thema geworden. Zu dem Thema schlechthin. Das Interesse hat aber nur kurz angehalten, schon bald ist man wieder zur Tagesordnung übergegangen.*

Und in der hat der Zivilschutz keinen prominenten Platz. Die Österreicher, als Verdrängungsweltmeister berüchtigt, wandten sich wieder anderen Themen zu. Themen, die weniger auf das Gemüt drücken. Und dabei blieb es einige Jahre. Bis dann im Herbst des Vorjahres die Diskussion über die grenznahen Kernkraftwerke den Dornröschenschlaf auf der Insel der Seligen empfindlich störte.

Als es dann noch zur Katastrophe am Golf kommt, hat der Zivilschutz plötzlich wieder Hochkonjunktur. Praktisch über Nacht sind jene Themen interessant geworden, für die wir seit Jahren, ja Jahrzehnten eintreten: Aktiver Selbstschutz, Haushaltsbevorratung, Schutzraumbau, bauliche Schutzvorkehrungen, Warnung und Alarmierung u. v. mehr. Es herrschte ein ungeheurer Andrang um brauchbare Informationen. Hunderte Anrufer wählten die Servicenummer des ÖZSV, Hunderte Österreicher wollten mehr über richtiges Verhalten im Katastrophenfall wissen. Keine Frage, der Zivilschutzgedanke lag – auch medial – voll im Trend.

Also alles in Ordnung! Ich fürchte nein. In der öffentlichen Diskussion ist längst wieder der Alltag eingeleitet. Und in dem hat der Zivilschutz nur wenig

Platz. Nachdem unsere Arbeit einige Monate lang im Rampenlicht einer – oft zu Recht – kritischen Öffentlichkeit stand, rollt der Zivilschutz nun schon wieder in Richtung Abstellgleis. Um ihn zu stoppen, ist unser ganzer Einsatz erforderlich. Also: Jetzt nicht nachgeben!

(Anton Gaal in „Zivilschutz aktuell“, Österreich)

## Damit das Einsatzfahrzeug nicht zum Sportgerät wird

Rettungsfahren ist eine Aufgabe, die noch mehr Aufmerksamkeit und Disziplin erfordert als normales Autofahren. Jeder ist dafür aber nicht geeignet, dennoch gibt es in Österreich kein Gesetz für die Aufnahme von Rettungsfahrern.

Neben den internen Auswahlkriterien und Ausbildungsvorschriften der Rettungsdienste bietet das Kuratorium für Verkehrssicherheit seit den achtziger Jahren psychologische Tests für Rettungsfahrer an.

Der Test besteht aus Untersuchungen der Reaktionsfähigkeit und der visuellen Überblicksgewinnung. Bestimmte Persönlichkeitseigenschaften werden mittels Fragen erkundet. Zusätzlich werden Untersuchungsverfahren angewendet, die die erhöhten Anforderungen berücksichtigen, denen ein Rettungsfahrer ausgesetzt ist. Die Ergebnisse sollen zeigen, ob jemand psychisch geeignet ist, einen Einsatzwagen zu fahren.

Ein zweites wesentliches Anliegen besteht auch darin, einen pädagogischen Effekt zu erzielen. In Gruppengesprächen soll ein entsprechendes Problembewußtsein geweckt werden. Die künftigen Rettungsfahrer werden auf ihre verantwortungsvolle Tätigkeit vorbereitet und zu

einem ausgewogenen Verhalten bei Einsatzfahrten hingeführt. Ähnliche Projekte, 1983 erstmals durchgeführt, brachten eine Senkung der Unfallrate von erstaunlichen 90 %!

(„Neue BS“, Österreich)

## Stärkere Überwachung gefordert

Während die Zahl der Unfallverletzten im alten Bundesgebiet 1990 gegenüber dem Vorjahr geringfügig um 0,3 Prozent zurückging, die Zahl der Verkehrstoten sogar um 1,1 Prozent, verzeichneten die Statistiker in den neuen Bundesländern einen dramatischen Anstieg der Verkehrstopfer. Die enorme Zunahme der Mobilität nach Öffnung der Grenzen und der Anstieg des Pkw-Bestandes um fast eine Million, verbunden mit der Handhabung leistungsstarker Technik, zählen zu den Ursachen dieser Entwicklung.

So ist es nicht verwunderlich, wenn aus einer vom Deutschen Verkehrssicherheitsrat (DVR) in Auftrag gegebenen Ennid-Studie hervorgeht, daß sich von den Bürgern der östlichen Bundesländer nahezu doppelt so viele (38 Prozent) wie im Westen (22 Prozent) für eine stärkere Überwachung im Straßenverkehr aussprechen.

Bei den Initiativen, die zur Verbesserung der Verkehrssicherheit beitragen könnten, nimmt in Ost und West „partnerschaftliches Verhalten“ einen hohen Rang ein. Bemerkenswert, daß dies bei fast allen soziodemographischen Untergruppen nahezu gleich ist.

(„sicher unterwegs“)

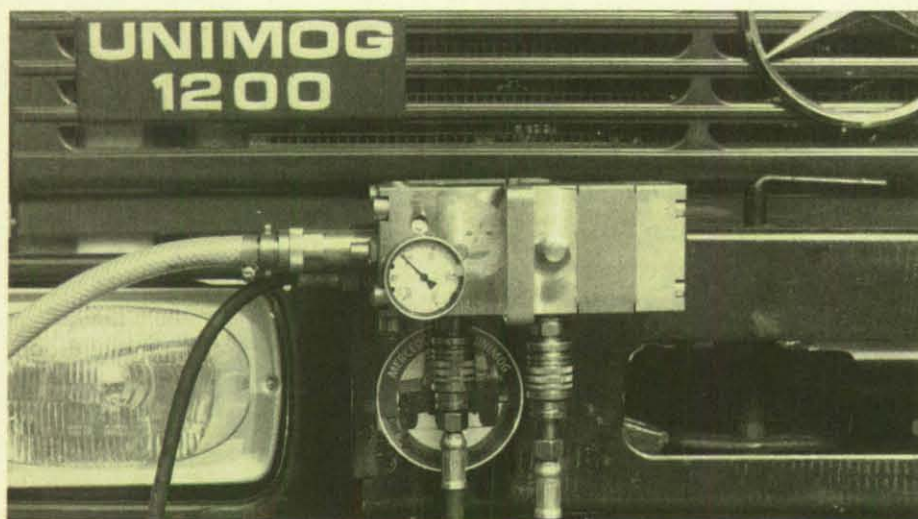


## Hydraulik-Trafo für Unimog

Für den Unimog wird jetzt ein neuartiger Hydraulik-Transformator angeboten, der den verfügbaren Arbeitsdruck der Fahrzeughydraulik (175 bar) direkt auf Höchstdruck (700 bar) für Werkzeugantriebe oder auf Wasser für Strahlzwecke (200 bis 300 bar) transformiert. Mit diesem kleinen Zusatzgerät wird der Unimog ohne Änderung am vorhandenen Hydrauliksystem zur mobilen und multifunktionalen „Kraftstation“ für die Gesamtpalette der Werkzeug- und Druckwassertechniken. Der Hydraulik-Transformator selbst ist nicht größer als eine Zigarrenkiste und in Verbindung mit einem besonders leicht und werkzeuglos bedienbaren Zubehör-Schnellbaukasten als Wechselgerät für den mobilen Einsatz konzipiert. Besonders unfallsicher ist der Hydraulik-Trafo durch den Verzicht auf Elektrizität und eigene Antriebsmotoren.

Mit dem Hydraulik-Trafo kann eine breite Palette von Hydraulikwerkzeugen bis hin zur Mobilwerkstatt betrieben werden. Wird ein Wassertank mitgeführt, kann der Unimog mit wenigen Handgriffen zum strom- und leitungswasserunabhängigen, vollmobilen und geländegängigen Hochdruckreiniger, Naß-Sandstrahler, Rohr- und Kanalreiniger sowie in ein Fahrzeug für die Feuerwehr umgerüstet werden.

(Foto: Mercedes-Benz AG)



## Alarm per Telefon

Die aufwendigste Gefahrenmeldeanlage erweist sich als wirkungslos, wenn die hilfeleistenden Stellen im Alarmfall nicht unverzüglich informiert werden. Telefonwählgeräte stellen hierfür das wirtschaftlichste Medium dar. Sie können bis zu acht bzw. zehn verschiedene Alarmsignale verarbeiten und erreichen über eine Standleitung schnell und sicher den jeweiligen Empfänger. Standleitungen haben jedoch nur eine begrenzte Meldekapazität.

Hier bietet sich jetzt eine Systemlösung an, die Alarmmeldungen von beliebiger Zahl und Dauer über das TEMEX-Netz der TELEKOM überträgt. Der TEMEX-Hauptmelder der Gefahrenmeldeanlage ist über die herkömmliche Telefonleitung mit der TEMEX-Zentrale in der nächsten Ortsvermittlungsstelle verbunden. Der TEMEX-Netzknottenrechner in der Zentrale fragt den Hauptmelder der Alarmanlage ständig auf seinen Status hin ab. Im Alarmfall erhält der Rechner eine positive Antwort und gibt die Notfallmeldung umgehend an eine ebenfalls in das TEMEX-Netz eingebundene Leitstelle weiter. Über TEMEX lassen sich außerdem verschiedenste Alarminformationen übermitteln (qualifizierte Alarmmeldung). Aufgrund systeminterner Sicherheitsvorkehrungen kann keine Meldung verlorengehen.

## Problemloses Abdichten

Nach jahrelanger Entwicklungsarbeit wurde von zwei aktiven Feuerwehrmännern ein Gefahrgut-Ersteinsatz-Gerät auf den Markt gebracht,



das sekundenschnell Straßeneinläufe und Kanalrohre verschließt. Es handelt sich dabei um ein leicht und problemlos zu bedienendes Gerät, das auch durch Ungeübte eingesetzt werden kann.

Über ein Handhebelventil, ähnlich einem Feuerlöschventil, wird eine Gummiblase mit Luft gefüllt. Der Befüllvorgang dauert ca. 6–7 Sekunden. Der Einsatz erfolgt durch eine Person und mit einer Hand. Im Gerät ist ein Druckluftbehälter integriert, der mit Atemluft (Preßluft) befüllt ist. Deshalb kann das Gerät bei Übungen und Einsätzen angewandt werden, ohne daß die Frage der Folgekosten gestellt werden muß. Armaturen und Gummiblase sind weitgehend gegen Säure, Laugen und Chemikalien resistent. Bei sehr aggressivem Gefahrgut kann eine Schutzhülle übergezogen werden.

(Foto: WS-Umwelt Gerätebau GmbH)



## Handbuch Feuerwehrrmaturen

2. Auflage

Armaturenfabrik Max Widenmann,  
7928 Giengen

Das im Jahre 1969 erstmals erschienene Buch zeigt die Vielfalt von Armaturen und ihre besonderen Merkmale. Zum besseren Verständnis der technischen Vorgänge wurde die mehrfarbige bildliche Darstellung der Armaturen mit Beschreibung der Anwendung, Konstruktion und Funktionsweise in den Vordergrund gestellt. Daneben werden theoretische Anmerkungen mit Rechenbeispielen zu Fragen des Druckverlustes und des Druckstoßes in Absperrorganen, das Problem der Kräfte und Momente beim Austritt oder der Umlenkung von Flüssigkeitsströmen, wie auch das Verhalten von Strahlpumpen beim Absaugen und Zumischen von Flüssigkeiten behandelt.

In einem Anhang wird in einer Übersicht die Anwendung der verschiedenartigen Systeme von Feuerwehrrkupplungen mit Darstellung ihrer Ausführungsformen aufgezeigt. Umrechnungstabellen für das Arbeiten mit englischen Maßeinheiten sowie Hinweise zur Anwendung des Internationalen Einheitssystems (SI) ergänzen die Informationen. Schließlich erfolgt noch eine Auflistung der wichtigsten Normen, die für Feuerwehrrmaturen und verwandte Gebiete von Bedeutung sind.

## Guck mal! Die Feuerwehr

Von **Brigitte J. Henkel-Waidhofer**  
Franck-Kosmos Verlags-GmbH & Co,  
7000 Stuttgart 10

Begegnung, Erlebnis, Information  
und Orientierung im Alltag – dies



sind die wichtigsten Aspekte der neuen Fotosachbücher in der Guckmal-Reihe. Kindesgemäß und leicht verständlich führen sie Kinder an die gesellschaftlichen und technischen Themen unserer Alltagswelt heran.

„Die Feuerwehr“ ist einer der ersten Bände der Reihe, die sich mit solchen Sachthemen befassen. Auf anschauliche und lebendige Art wird hier den Kindern die Aufgabe der Feuerwehr nahegebracht. Das Buch ist zum Vorlesen und zum Selberlesen für Leseanfänger geeignet.

## Dienst- und Gebrauchshunde

3. überarbeitete Auflage

Von **Peter Burtzik**  
Verlag Paul Parey, 2000 Hamburg 1

Als Gefährte des Menschen – sei es im privaten oder dienstlichen Bereich – verdient der Hund sachkundige Behandlung und Erziehung. Acht Rassen haben sich im Laufe der Zeit für die Ausbildung zu Dienst- und Gebrauchshunden als besonders geeignet erwiesen. Aufgrund der langjährigen Erfahrungen des Autors konnten hier ihre besonderen Eigentümlichkeiten und Verwendungsmöglichkeiten vorgestellt werden.

Der angehende Käufer eines Gebrauchshundes wird durch dieses

Buch sein Wissen um die Verantwortung für den Hund erweitern und sich somit für eine zu seinen Lebensgewohnheiten passende Rasse entscheiden können.

## Erste Hilfe bei Kindern

Von **Christoph Scholz**  
Hofmann-Verlag GmbH,  
8900 Augsburg

Die Zahl der Kinderunfälle in der Bundesrepublik hat die Drei-Millionen-Grenze bereits überschritten. Dabei ereignen sich 65 % aller Kinderunfälle nicht im Straßenverkehr, sondern im häuslichen Bereich oder in der Freizeit. Kinder im Alter bis zu fünf Jahren sind hier besonders gefährdet.

Die Wahrscheinlichkeit, daß ein Kleinkind durch einen Unfall im häuslichen Bereich zu Schaden kommt, ist viel höher, als ahnungslose Eltern annehmen. Dabei könnten viele bleibende Schäden und Todesfälle vermieden werden, wenn breite Schichten der Bevölkerung Erste Hilfe bei Kindern und hierbei vor allem das Aufrechterhalten und Wiederherstellen der Vitalfunktionen beherrschen würden.

Das Buch ist ein Nachschlagewerk für Notfälle bei Kindern und bildet eine gute Grundlage für die Erste-Hilfe-Kurse der Hilfsorganisationen. Es ist aus der Praxis der Rettungsdienst- und Laienausbildung entstanden und speziell auf die Kenntnisse und Interessen von Eltern und Erziehern zugeschnitten.

Daher ist auch bewußt auf eine breite Darstellung von Kinderkrankheiten verzichtet worden, deren Diagnose und Therapie in die Hand des Arztes gehören. Dafür werden für lebensbedrohliche Situationen konkrete Verhaltensmaßnahmen gegeben und diese in einzelnen Schritten, mit Fallbeispielen und vielen Bildern veranschaulicht.



# Mehr Sicherheit durch Betrieblichen Katastrophenschutz

Von Kurt Schramm,  
expert-verlag GmbH, 7044 Ehningen

Sicherheit hat in der gewerblichen Wirtschaft einen hohen Stellenwert. Die Verantwortung für den Schutz der Mitarbeiter und die Erhaltung der Arbeitsplätze sowie des Betriebsvermögens wachsen ständig. Bei Großschäden zeigt sich immer wieder, daß zwar die Einsatzkräfte ihre Aufgaben beherrschen, der Gesamteinsatz jedoch nicht funktioniert. Dies ist zumeist auf mangelnde Aufgabenverteilung und -koordination zurückzuführen. Der Themenband soll speziell diesen Mangel beheben helfen.

Der Gesamtaspekt der Arbeitssicherheit und der Werksicherheit wird durch Maßnahmen des Betrieblichen Katastrophenschutzes sinnvoll ergänzt. Ohne allzu großen Aufwand Selbsthilfe und Vorsorge so zu verbessern, daß bei eventuell eintretenden Großschäden eine wirksame Gefahrenabwehr möglich ist, ist Ziel dieses Themenbandes.

Die Leser werden in die Aufgaben des Betrieblichen Katastrophenschutzes eingewiesen und über Aufbau, Organisation und Stärke einer Betrieblichen Katastrophenschutz-Organisation (BKO) informiert. Sie werden befähigt, in ihrem Betrieb eine BKO zu erhalten, aufzubauen und zu führen. Sie lernen, eine Gefahrenlage zu beurteilen und werden in die Zusammenarbeit mit dem Katastrophenschutz eingewiesen.

## MAK-Werte 1990

**Maximale Arbeitsplatzkonzentration und biologische Arbeitsstofftoleranzwerte der Senatskommission zur Prüfung gesundheitsschädlicher Arbeitsstoffe der Deutschen Forschungsgemeinschaft**

ecomед verlagsgesellschaft mbH,  
8910 Landsberg

Die Senatskommission zur Prüfung gesundheitsschädlicher Arbeitsstoffe der Deutschen Forschungsge-



meinschaft hat in ihrer Mitteilung XXVI die Liste maximaler Arbeitsplatzkonzentrationen (MAK-Werte-Liste) 1990 veröffentlicht. Der Ausschuß für Gefahrstoffe hat am 7. November 1990 den Beschluß gefaßt, diese Liste als TRGS 900 in das technische Regelwerk für Gefahrstoffe einzubeziehen.

Einen besonderen Schwerpunkt der Kommission bildet die Bewertung krebserzeugender Arbeitsstoffe. Hier wurde ein neuer Abschnitt „Pyrolyseprodukte aus organischem Material“ eingeführt, und zwar im Abschnitt III „Krebserzeugende Arbeitsstoffe“. In diesem Abschnitt sind beim Menschen und/oder in Tierversuchen eindeutig krebserzeugend ausgewiesene Produkte genannt.

Die seit 1988 in jährlichen Abständen herausgegebenen „MAK-Werte“ sind ein bewährtes Nachschlagewerk für Sicherheitsfachkräfte, Toxikologen und Luftanalytiker aus Industrie, Forschung und Verwaltung.

## So fährt sich's besser

Der Ratgeber rund ums Auto

Von Götz Weihmann  
Motorbuch-Verlag, 7000 Stuttgart 1

Einen guten Teil seines journalistischen Lebens hat der Autor für die Verkehrssicherheit gearbeitet. In Tageszeitungen wie in Fachzeitschriften ist er für sicheres Autofahren ins Feld gezogen. „So fährt sich's besser“ ist der Extrakt aus diesem Bemühen. In 83 jeweils abgeschlossenen Einzelkapiteln werden Fragen beantwortet wie etwa diese: Soll man beim Fahren unterwegs die Türschlösser von innen verriegelt halten oder nicht? Mahnt das Warnschild

„Achtung, Steinschlag!“ zu besonders langsamer oder im Gegenteil zu flotter Durchfahrt. Es tauchen der Spazierfahrer, der Siezigfahrer und der Blindflieger auf. Und selbst für die Begegnung mit Tierherden hat der Autor Tips bereit. Besonders eindringlich sind die Hinweise deshalb, weil sie mit Hilfe von physikalischen Grundlagen erklärt und untermauert werden.

Sehr eindrucksvoll ist es zum Beispiel, wenn der Autor darlegt, daß bei der Vollbremsung eines Pkw mittlerer Größe die Bremsanlage ungefähr die gleiche Leistung aufbringen muß wie ein riesiger Schaufellader. Nachdenklich stimmt der Fingerhut voll Wasser, der ausreicht, um eine Bremsanlage bei hoher Belastung funktionsunfähig zu machen. Hier soll aus Wissen Bewußtsein gemacht werden. Das ist gelungen und niemand, ob Führerscheinneuling oder alter Hase, wird behaupten können, aus diesem Buch nichts gelernt zu haben.

## Ergänzungslieferungen zu Sammelwerken

Vogelbusch  
Katastrophenschutz in Arbeitsstätten  
43.-45. Ergänzungslieferung  
ecomед-Verlag, 8910 Landsberg

Steinkamp  
Gesetze der Bundesrepublik  
Deutschland  
Ergänzungslieferungen 8/90 und  
12/90  
Walhalla und Praetoria Verlag,  
8400 Regensburg 1

Gerdemann/Korbmann/Kutter  
Krankentransport und  
Rettungswesen  
48. und 49. Ergänzungslieferung  
Erich Schmidt Verlag GmbH,  
4800 Bielefeld 1

Brauer  
Handbuch Atemschutz  
31. Ergänzungslieferung  
ecomед-Verlag, 8910 Landsberg

Birth/Lemke/Polthier  
Handbuch Brandschutz  
19. Ergänzungslieferung  
ecomед-Verlag, 8910 Landsberg



## Mehrzweckboot (MZB) mit Zweirad-Anhänger

Einem Teil der KatS-Bergungszüge im Technischen Hilfswerk werden Mehrzweckboote mit Trailer ausgeliefert, die der zweiten Bergungsgruppe zugeordnet sind. Der Mannschaftskraftwagen (MKW) der 2. BG dient in der Regel als Zugfahrzeug.

Bei dem Zweirad-Anhänger handelt es sich um ein 0,5-t-Fahrzeug mit Auflauf- und Feststellbremse. Das dazugehörige Metallboot ist mit Außenbordmotor sowie mit den notwendigen Gerätschaften (Paddel, Anker, Schwimmwesten) ausgestattet.



Vorbild eines MZB, wie es dem Hochwasseralarmzug Rheinland-Pfalz zur Verfügung steht, mit Schiffsfahrts-Beleuchtungsanlage (hinten), Paddeln, Schwimmwesten und Außenbordmotor.

## Das Modell

Als Grundmodell für den Zweirad-Anhänger (Einachsanhänger) dient das Modell 1350 (auch 1750) von Roco. Hier erfolgt zunächst ein kleiner Umbau: Die eckigen Radabdeckungen werden durch runde ersetzt (im Set 1350 befindet sich ein Trockenlöschanhänger, dessen Radabdeckungen hier verwendet werden können). Der gesamte Anhänger wird in Schwarz lackiert, ebenso die Radkappen. In Rot bzw. Orange abgesetzt werden Rücklichter und Blinker.

Ein vorbildgetreues Modell des THW-Mehrzweckbootes liefert die Firma MMT-Hanewacker. Dieses Gußmodell wird versäubert, grundiert (weiß oder blau matt) und nach ausreichender Trocknungszeit in THW-blau (RAL 5002; Humbrol Authentic Colour) lackiert. Die Innenseite des Bootes wird in Hellgrau-matt abgesetzt. Je nach Vorbild erhält das Modell eine entsprechende THW-Beschriftung (THW-Emblem, Zahlenkennung, Streifen in Weiß oder Orange).

Ausgestattet wird das Mehrzweckboot im Maßstab 1:87/H0 mit einem Außenbordmotor (den o. g. Modellen von Roco beigelegt), mit Paddeln, Schwimmwesten, gegebenenfalls mit Anker (Roco-Zubehör), Tauen (eingefärbter Zwirn) oder Schiffsfahrts-Beleuchtungsanlage (siehe Vorbildfoto).



Das im Vorbild gezeigte Mehrzweckboot als Modell im Maßstab 1:87/H0. Deutlich sichtbar die vorgenannten Ausstattungsteile, die eine solche „Miniatur“ zum Schmuckstück machen können.



Eine einfachere Version des THW-Mehrzweckbootes, wie sie noch in zahlreichen Ortsverbänden zu finden ist. Das Boot ist innen weiß lackiert, außer dem THW-Schriftzug keine weitere Beschriftung.



# Spezialisten für Extremsituationen



Die Bekämpfung von Erdöl- oder Erdgasbränden stellt die Feuerwehren meist vor erhebliche Schwierigkeiten. Extreme Flammenhöhen, intensive Wärmestrahlung und starke Rauchgasemissionen lassen sich mit herkömmlichen Mitteln kaum beherrschen. In Salzwedel (Sachsen-Anhalt) existierte bis zum Jahresbeginn eine Spezialwehr zur Blow-out-Bekämpfung. Das Institut der Feuerwehr in Heyrothsberge hat ein spezielles Löschverfahren entwickelt, bei dem mit dem Abgasstrahl einer Düsenturbine Wasser in die Flamme geblasen und zu feinsten Teilchen vernebelt wird. Der Effekt ist frappierend: Nach wenigen Minuten ist das Feuer erloschen.

Unser Titelbild und die Fotos auf dieser Seite entstanden Ende vergangenen Jahres in Salzwedel, wo einem Kreis von rund 40 Sicherheitsexperten aus der Erdöl- und Erdgasindustrie der Altbundesländer die Leistungsfähigkeit der Spezialwehr demonstriert wurde. Auf dem dortigen Erdgasfeld befindet sich ein „Eruptionssimulator“, in dem Erdgas unter hohem Druck ansteht und mit dem sich sämtliche Varianten eines Blow-outs eindrucksvoll darstellen lassen und deren Bekämpfung geübt werden kann.

Trainiert wird aber nicht nur das Löschen der Flammen, sondern vor allem auch das Wiederverschließen der Sonde. Lesen Sie dazu unseren Beitrag im Innern des Heftes.

(Fotos: metropress)